

	INHALT
Vorwort	2
Einleitung	4
1. Schwulenbewegung in der DDR: Kirchliche Schwulenarbeit	10
2. Reaktionen der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg: Die Akte „After-Shave“	18
3. Schwule Gleichberechtigung: „Diskriminierung und Diskreditierung der DDR“	75
4. „Schlechte Lauscher“	81
5. Die Maßnahme „Rosa“	87
6. Keine Ehrung „spezieller Opfergruppen“: DDR-Organе widersprechen ihrer eigenen Praxis	96
7. „Krankheitsverlauf unter ständiger Kontrolle“	104
8. „IM-Einsatz soll Kriminalisierung dienen“	119
9. Ein Tag wie mancher andere auch - Eine fast wahre Geschichte	122
Anhang (1-6)	128
Abkürzungen und Erklärungen	138

Redaktioneller Hinweis: Abschriften aus MfS-Unterlagen sind in kursiver Schrift dargestellt. Die darin enthaltenen orthografischen und grammatischen Fehler wurden beibehalten. Schwärzungen wurden so, wie sie vom Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes vorgenommen wurden, übernommen.

Die DDR vermittelte mit großem Aufwand und gestützt auf organisierte Propaganda das Bild eines blühenden Landes, welches sich die Einhaltung der Menschenrechte auf seine Fahnen geschrieben hatte. Genauer hingesehen wurde schon damals, aber nach der Öffnung der Aktenbestände erst recht deutlich, daß es ein Scheinbild war.

Ein Wesensmerkmal von Diktaturen ist es, daß sie sich eine ihnen entsprechende Vorstellung vom Menschen schaffen und versuchen, diese mit allen Mitteln durchzusetzen. Dem eigenen Machterhalt dient es, eine funktionierende Bevölkerung zu haben. Pluralität und die Vielfalt von Lebensentwürfen haben in diesen Systemen keinen Platz.

Auch in dem von der SED festgeschriebenen Bild vom „sozialistischen Menschen“ in der DDR kamen u. a. anders Lebende und Denkende nicht vor. Die Partei- und Staatsführung und in ihrer Folge auch das Ministerium für Staatssicherheit begegneten ihnen mit tiefem Mißtrauen. In ihrem eigenen Denken be- und gefangen, konnten sie hier nur den Einfluß des „Klassenfeindes“ (besonders der Bundesrepublik) wittern. Eigene Strategien wurden automatisch auf die BürgerInnen des Landes übertragen. Dieses wird dort besonders deutlich, wo das MfS den Arbeitskreis Homosexualität der Evangelischen Studentengemeinde Leipzig als „Kaderschmiede“ bezeichnete oder feststellte: *Die AKH wenden die Methoden der KPD aus dem Widerstandskampf an und konspirieren ihre Verbindungen.**

Dieser Kreis, der für eine Minderheit die gleichen Rechte durchsetzen wollte, wie sie für die Mehrheit schon galten, und sich deshalb DDR-weit organisierte, sollte in seiner inhaltlichen Arbeit behindert werden. Was das MfS als politischen Mißbrauch bezeichnete, war die Tatsache, daß es ihm natürlich auch um die Veränderung der Verhältnisse zum Besseren ging.

Die Forderung der Bundesrepublik nach der Einhaltung der Menschenrechte wurde vom MfS in eine Theorie von der „Menschenrechtsdemagogie“^{***}, welche zum Kampf gegen die DDR geschaffen wurde umgedeutet und als Waffe gegen BürgerInnen, welche sich im eigenen Land für die Umsetzung der Menschenrechte einsetzten, benutzt. Ohne Skrupel wurde hierbei durch das MfS neben anderen Mitteln der zeitweise lebensbedrohliche Gesundheitszustand des Autors und damaligen Inspiratoren dieser Arbeit in die Maßnahmepläne einbezogen. Die Ärzte, welche sich in diesem Zusammenhang haben mißbrauchen lassen, sollten sich insbesondere nach ihrer Verantwortung(slosigkeit) fragen.

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 224

** Anhang 1

Dem Ministerium für Staatssicherheit ist es nicht gelungen, diese Arbeit nachhaltig zu behindern oder gar zu verhindern. Die Betroffenen haben auch um ihrer selbst willen zum Glück nicht aufgegeben und mit sehr hohem persönlichen Einsatz zu einem menschlicheren Miteinander beigetragen.

Es bleibt zu hoffen, daß neben der Information über die Bearbeitung von Homosexuellen durch das MfS mit dieser Broschüre auch ein Beitrag auf dem Weg zu mehr Gleichberechtigung von verschiedenen Lebensformen geleistet wird.

Mein Dank gilt Eduard Stapel, einmal für sein Engagement in dieser Frage, zum anderen aber auch dafür, daß er aus dem sehr umfangreich vorhandenen Aktenmaterial die vorliegende Broschüre erstellt hat.

Edda Ahrberg
Landesbeauftragte

Einleitung

Auch zehn Jahre nach dem Ende der DDR fehlen eine Geschichte ihrer Schwulenbewegung und ihrer Schwulenpolitik sowie eine gründliche Auseinandersetzung mit ihnen. Zur Schwulenbewegung erschienen in den vergangenen Jahren hin und wieder kürzere Texte - meist zum 10jährigen Jubiläum verschiedener Schwulengruppen - oder auch wenige ausführlichere Darstellungen (vgl. Thinius, Bert: Vom grauen Versteck ins bunte Ghetto. Ansichten zur Geschichte ostdeutscher Schwuler. In: Schwuler Osten: homosexuelle Männer in der DDR/Kurt Starke. - Berlin: Links, 1994, S. 11 - 90), die mir bisher jedoch allzu sehr ohne gründliche Recherchen und deshalb sehr fehlerhaft oder aus recht subjektiven Blickwinkeln entstanden zu sein scheinen (vgl. Neubert, Ehrhart: Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989/Ehrhart Neubert. Berlin: Links, 1997, S. 461ff., 615ff., 650).

Das ist auch nicht weiter verwunderlich, stellt man die relativ ungünstige Aktenlage in Rechnung: Einerseits entstanden aus Mangel an Papier und Vervielfältigungstechnik ohnehin nicht viele Schriftstücke; andererseits versuchten Selbstzensur oder Furcht vor dem Ausgenutztwerden durch das Ministerium für Staatssicherheit, die Schwulenbewegung mit möglichst wenigen Papieren störungsfrei zu halten.

Von der Schwulenbewegung in der DDR kann man meines Erachtens nur im Singular sprechen, obwohl es mehrere, nach Ansatz, Methoden und Inhalten, Zielrichtungen oder Erfolgen sehr verschiedene Versuche gab, die Lage der Schwulen in der DDR zu verbessern. Ob sie alle als „Bewegung“ bezeichnet werden können, ist umstritten, gibt es doch allzu unterschiedliche Kriterien für die Beurteilung dessen, was eine Bewegung oder eine Schwulenbewegung ist. Die Schwulenbewegung, die von der kirchlichen Schwulenarbeit in den 80ern in der DDR etabliert wurde, halte ich für die einzige Schwulenbewegung in der DDR, folgte sie doch einem politischen Anspruch und einem entsprechenden Programm, war landesweit organisiert und hatte demgemäße Strukturen und „Funktionäre“, füllte nicht nur die kleinen Freiräume, die der Staat bis dato für die Schwulen vorgegeben hatte, sondern erweiterte sie beständig, suchte und fand in den anderen DDR-Oppositionsbewegungen solidarische Bündnispartnerinnen und brachte den Staat auch dazu, ähnliche Bemühungen in seinem eigenen Machtbereich zuzulassen - um nur einige meiner Kriterien zu nennen.

Leider ist diese ausgeprägte Schwulenbewegung in der DDR im vereinten Deutschland bisher kaum bekannt. Dabei hat sie den Teil der jetzigen gesamtdeutschen Schwulenbewegung, der mit seinem bürgerrechtlichen Ansatz den schwulenpolitischen Diskurs in Deutschland seit 10 Jahren dominiert, wesentlich geformt und nach der Vereinigung bestimmt und dafür ihr

Programm und ihre letzte Struktur eingebracht. Vereinigung andersrum eben. Um so unverständlicher und völlig realitätsfern ist es, wenn heute von **der** zweiten deutschen Schwulenbewegung (nach 1969 in der alten BRD) gesprochen wird: Es hat nämlich **zwei** zweite deutsche Schwulenbewegungen gegeben - eine in der alten BRD und eine in der DDR. Manche sprechen inzwischen auch schon von der dritten deutschen Schwulenbewegung im letzten Viertel dieses Jahrhunderts.

Die DDR-Bewegung begann 1982 mit dem Arbeitskreis Homosexualität der Evangelischen Studentengemeinde Leipzig und dehnte sich bis zum Ende der DDR auf fast alle großen und auf einige Mittelstädte aus. Sie entstand als kirchliche Schwulenarbeit und blieb es bis zur Gründung des Schwulenverbandes am 18. Februar 1990. Ihr bürgerrechtlicher Ansatz ließ sie emanzipatorische, partizipatorische und Integrationsarbeit in den Mittelpunkt ihrer Bemühungen stellen und machte sie von Anfang an zu einem festen Bestandteil der DDR-Bürgerrechtsbewegung. Somit geriet auch sie ins Visier des MfS, das weit mehr als 10 000 Seiten Akten über sie anlegte und sie mit zahlreichen Störungs- und Zersetzungsmaßnahmen - erfolglos! - zunächst zu verhindern und dann zu zersetzen versuchte.

Daß diese DDR-Schwulenbewegung bisher kaum öffentlich dargestellt worden ist, hat nicht nur die bereits genannten Ursachen. Was mich betrifft, war mir als „gelerntem“ DDR-Bürger immer klar, daß man keine Geschichte der gesamten Oppositionsbewegung in der DDR oder auch nur eines solchen Teiles wie des der Schwulenbewegung schreiben kann, ohne auch die jeweiligen Akten der Parteien und des Staates dazu zu kennen - seien es die der SED, die der entsprechenden Fachabteilungen der verschiedenen Rats-ebenen, im vorliegenden Fall auch die der Kirchen - und allen voran die des MfS: Kann und muß man doch damit rechnen, daß gerade das MfS viele Schritte, die die DDR-Opposition gegangen ist, bestimmte oder wenigstens mitbestimmte. So habe ich zunächst mehrere Jahre auf die MfS-Akten warten, ihren überaus großen Umfang zur Kenntnis nehmen und verarbeiten und zu den Akteninhalten der kirchlichen Schwulenbewegung sowie zu meinen Erinnerungen in Beziehung setzen müssen, obwohl ich selbst über die wahrscheinlich besten Voraussetzungen dafür, die Geschichte der DDR-Schwulenbewegung darzustellen, verfüge, indem ich den größten Teil dieser Bewegung in Gang setzte, leitete und begleitete und indem ich auf fast alle ihrer Akten Zugriff habe.

Nach der Lektüre von bisher rund 8 500 Seiten Stasi-Akten zu mehreren Kirchlichen Arbeitskreisen Homosexualität ergibt sich für mich ein relativ eindeutiges Bild davon, wie die DDR-Schwulenbewegung allen Einflüssen

von Staat, Staatssicherheit (und Kirchen) zum Trotz funktionierte, ein sehr vielschichtiges Bild jedoch von den Einflüssen durch die Stasi, das ich mit dieser Broschüre zu vermitteln versuche. Dieses Bild hat zu großen Teilen trübe Stellen, vor allem da, wo (fast) keine Gespräche mit den mir bisher bekannten etwa 50 Hauptamtlichen des Ministeriums für Staatssicherheit und mit den beinahe 200 Inoffiziellen MitarbeiterInnen, die DDR-weit mit fast allen der schließlich 21 Kirchlichen Arbeitskreise Homosexualität befaßt waren, einfließen.

Hier tut sich ein weites Forschungsfeld auf, will man beispielsweise die Einstellungen der rund 150 schwulen IM (von den genannten 200) zum eigenen Schwulsein oder zur Schwulenpolitik der DDR untersuchen. Ein weiteres zu bearbeitendes Gebiet könnten all jene MfS-Akten sein, die sich mit Homosexualität und mit Schwulen außerhalb der Kirchlichen Arbeitskreise - etwa mit dem Entstehen und mit der Institutionalisierung nichtkirchlicher Gruppen ab 1987, mit dem Umgang der Staatssicherheit mit einzelnen Schwulen überall in der DDR ohne Kontakt zu den Arbeitskreisen oder zu den nichtkirchlichen Gruppen - befassen. Auch wäre die Rolle mancher SexualwissenschaftlerInnen im Blick auf die Schwulenbewegung oder auf die Schwulenpolitik der DDR aus der Sicht der MfS-Akten von großem Interesse. Möglicherweise gab es auch „an höchster Stelle“ Überlegungen oder gar Diskussionen zum Umgang der DDR mit „ihren“ Schwulen. Vieles von dem wird der folgende Text bestenfalls ansprechen, sich ansonsten aber darauf konzentrieren, meine persönliche Sicht die Dinge zu zeigen, die ich den mir bisher zugänglichen Stasi-Akten habe entnehmen können.

Mein Interesse an ihnen hat bei Beginn der Akten-Lektüre vornehmlich der Frage gegolten, ob sie Gründe für die in den 80er Jahren erfolgte und vermutete oder sogar wahrnehmbare Bekämpfung der Schwulenbewegung durch Staat und Staatssicherheit hergeben. Möglicherweise könnten die Akten sogar das „Geheimnis“ lüften, welche Überlegungen in den Spitzen von SED und DDR-Regierung dazu führten, der schwulen Minderheit in der DDR Gleichberechtigung und Gleichstellung zu verwehren und ihnen Menschenrechte vorzuenthalten, deren Wahrnehmung durch die Schwulen die DDR aus meiner Sicht nicht beeinträchtigt und ihr statt dessen bei „ihren“ Schwulen, aber auch in der internationalen Schwulenbewegung größeres Ansehen eingetragen hätte.

Meine zweite Frage hat sich - wie schon angedeutet - auf die Störmanöver des Staates und seiner Staatssicherheit selbst bezogen:

In welchem Ausmaß und mit welchen Mitteln, Methoden und Personen nahmen sie Einfluß auf unsere Arbeit? Mit welchem Erfolg konnten sie uns von unserem Weg abbringen - oder eben auch nicht? Was machten wir richtig,

und welche Fehler machten wir, und was sollte die Schwulenbewegung heute daraus für ihre jetzige und zukünftige Arbeit lernen? Warum gelang es uns so schlecht, den Staat DDR zur Einhaltung der Menschenrechte von Schwulen zu bewegen?

Erst die Akten-Einsicht hat mich auch dazu gebracht, genauer nach den rund 150 Personen zu fragen, die - obwohl selbst schwul - mit ihrer Spitzeltätigkeit die antischwule Politik der DDR unterstützten und deshalb unsere Arbeit behindern wollten. Genauer gefragt: Warum und in welchem Maße diskriminieren sich Schwule so sehr, daß sie - wenn schon nicht für sie - sogar gegen „ihre“ Bewegung arbeiten, die ihre politische, rechtliche, kulturelle oder psychosoziale Lage verbessern will?

Mitunter nenne ich Namen und Decknamen dieser Leute, die ich aus meiner damaligen gemeinsamen Arbeit mit ihnen in der Regel schon an ihren handschriftlichen Stasi-Akten erkenne. Doch das geschieht rein zufällig. Eine „Enttarnungssorgie“ enthält diese Broschüre also nicht - womöglich zum Verdruß vieler damals Beteiligter oder auch zur Freude der Spitzel selbst. Auf sie kam es mir aus den verschiedenen Gründen aber nie an: da es mir um die „Sache“ geht, treten Personen zwangsläufig zurück; eine Auseinandersetzung mit den Spitzeln trägt nach meinen bisherigen Erfahrungen kaum Früchte - selbst dann nicht, wenn sie in die - inzwischen freilich auf Freizeitgestaltung und individuelle Beratung ausgerichtete - Schwulenarbeit gegangen sind; über Konsequenzen bin ich mir selbst im Unklaren und empfinde lediglich tiefes Mitleid mit denjenigen, die ihren eigenen Leuten ohne bisher erkennbaren Zwang in den Rücken gefallen sind ...

Daß ich mich angesichts der Materialfülle - zumal, wenn sie auf eine kleine Broschüre komprimiert werden muß - auf nur wenige, meiner Ansicht nach aber doch typische Texte und Themenfelder beschränken muß, versteht sich von selbst. Auch muß ich auf die Beantwortung der eben genannten dritten Frage nach der Selbstdiskriminierung beinahe ganz verzichten, setzt sie doch die Kenntnis der IM-Akten von rund 150 schwulen Spitzeln voraus - und das sind mindestens 300 Bände.

Viele andere Themen, die die Akten einem geradezu aufräumen, bleiben ebenfalls unberücksichtigt - beispielsweise die Stasi-Steuerung von Kirchen-(leitenden)leuten im Blick auf die kirchliche Schwulenarbeit; das Unvermögen des MfS, mit dem Strafrecht gegen mich vorzugehen; die Parallelität antihomosexueller Einstellungen und Äußerungen der DDR und ihrer Staatssicherheit, der Kirchen und der Konservativen in westlichen Demokratien seinerzeit wie heute; AIDS in der DDR; die Sicht der Stasi auf die Kirche unter dem Blickwinkel ihrer Politischen Diakonie für die Schwulen ...

Da es sich bei den Stasi-Akten zur DDR-Schwulenbewegung um einen Spiegel handelt und weil die Kenntnis der damaligen Ereignisse nicht vorausgesetzt werden kann, erläutere ich diese Ereignisse vorweg kurz. Diese Erläuterungen sind vor allem aber auch deshalb nötig, weil die Stasi-Texte zwar einerseits für sich sprechen, andererseits insbesondere aufgrund der m. E. völlig unqualifizierten Arbeit der inoffiziellen wie der hauptamtlichen „Hörer und Gucker“ aber so viele Fehler enthalten, daß von ihnen nur sehr bedingt auf die von ihnen abgebildete Wirklichkeit geschlossen werden kann und daß sie durchweg als Zerr-Spiegel bezeichnet werden müssen.

Weil der Text für die Stasi-Akten-Beauftragte des Landes Sachsen-Anhalt entstanden ist, befaßt er sich - von wenigen Ausnahmen abgesehen - nur mit den MfS-Akten zum Arbeitskreis Homosexualität der Evangelischen Stadtmission Magdeburg und mit denen zu meiner dortigen Anstellung für Schwulenarbeit (1983 bzw. 1985 bis 1989/90). Sie tragen den Namen „After(-)Shave“ (unterschiedliche Schreibweisen), dessen Herkunft ich bisher nicht klären konnte. Er erschließt sich auch nicht so einfach aus den Vorurteilen der Staatssicherheits-Leute gegenüber Schwulen, die bei den Benennungen der Akten mancher anderer Arbeitskreise Pate gestanden haben müssen: „Bruder“ für Leipzig oder „Detlef“ für Jena.

Die Rolle der Lesben innerhalb und neben der DDR-Schwulenbewegung sowie im Magdeburger Arbeitskreis und in den entsprechenden Akten lasse ich außer acht und gehe auch der Frage nicht nach, weshalb es für die Stasi immer wieder „politisch-operativ bedeutsam“ ist, daß es auch Lesben in den Gruppen gab.

Ohne die unschätzbare Hilfe durch die Außenstelle Leipzig der Gauck-Behörde, insbesondere ihres Mitarbeiters Uwe Korth, wären mir das Aufspüren und das Auswerten der Akten nicht möglich. Ihm und seinen KollegInnen dort danke ich auch auf diesem Wege sehr. Zu großem Dank bin ich ebenfalls der Landesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt, Edda Ahrberg, verpflichtet. Hat sie mich doch ermutigt, die Thematik so aufzubereiten, daß sie der Öffentlichkeit über einige Vorträge hinaus zugänglich wird und als Teil der DDR wie der neuen Bundesrepublik angenommen werden muß.

So wichtig und interessant der Themenkomplex Homosexualität-Antihomosexualität hinsichtlich der DDR nun aber auch sein mag: Seine Aufarbeitung tut nicht nur in Ost, sondern ebenso in West not. Verhielten sich doch beide deutschen Staaten gegenüber ihren schwulen Bürgern von 1949 bis 1990 fast gleich - nämlich unterdrückerisch und ausgrenzend. Nur die jeweiligen Gesetze zeitigten hier die schlimmeren Folgen dieser Politik, dort die weni-

ger schlimmen. Schlimm waren sie in jedem Fall - ob mit oder ob ohne Ministerium für Staatssicherheit. Und nach der DDR und nach der alten Bundesrepublik hat es auch die neue Bundesrepublik - von einigen unwesentlichen Ausnahmen abgesehen - bis zum heutigen Tage nicht vermocht, ihre Diskriminierung zu beenden und ihnen gegenüber die Menschenrechte einzuhalten.

Bei wohl keinem anderen Thema, das bei der Aufarbeitung der DDR und ihres Ministeriums für Staatssicherheit eine Rolle spielt, scheint es mir so nötig wie bei dem der Schwulenbewegung, den LeserInnen einige Erläuterungen zur Sache selbst zu geben und - bevor es um die Bemühungen des MfS um die Thematik selbst geht - einen gewissen Rahmen abzustecken.

Voraussetzung für die folgende Darstellung und Auseinandersetzung ist also die sexualwissenschaftliche Einsicht, daß Homosexualität eine Normvariante der menschlichen Sexualität ist. Das bedeutet, daß die Minderheit homosexueller Menschen, also Lesben und Schwule, mit der heterosexuellen Mehrheit gleichberechtigt und gleichgestellt sein und die gleiche Teilhabe am gesellschaftlichen Leben wie sie haben muß. Die auch in der bundesdeutschen Gesellschaft des Jahres 1999 übliche Zwangsheterosexualität und ihr Heterosexismus sowie die fortgesetzte Verweigerung der Gleichberechtigung von Lesben und Schwulen und ihrer Partnerschaften verstoßen gegen das Menschenrecht auf das Leben der sexuellen Orientierung ohne jedwede Diskriminierung. Der Umgang mit Lesben und Schwulen ist eine Frage der Demokratie; Antihomosexualität ist undemokratisch und grenzt eine Minderheit aus. Mit einem Antidiskriminierungsgesetz sollte sie endlich verboten werden.

Ohne das Wissen um diese meine Sicht der Dinge, die auch heute noch in der deutschen Gesellschaft und Politik kaum mitgetragen wird, müßten den LeserInnen die meisten meiner Äußerungen zu den MfS-Akten unverständlich bleiben. Ich muß die LeserInnen also einladen, zumindest zeitweise meine Sicht auf das Schwulsein zu teilen. Sollte die Lektüre dazu führen, sich meiner Sicht anzuschließen, hätte das Büchlein einen willkommenen und erfreulichen Nebeneffekt.

1. Schwulenbewegung in der DDR: Kirchliche Schwulenarbeit

Im Herbst 1981 begannen einige Leipziger Schwule, sich in einer privaten Selbsthilfegruppe mit ihrem Schwulsein und vor allem mit dessen Folgen in Form zahlreicher Diskriminierungserfahrungen auseinanderzusetzen. Zustandegekommen war die Gruppe auf Initiative von Christian Pulz, der mich auf einer Leipziger Toilette, die Treffpunkt von Schwulen war, auf einer sogenannten Klappe also, getroffen hatte. Wir waren über die schwierige Situation von Schwulen ins Gespräch gekommen. Als ich recht optimistisch auf Möglichkeiten verwiesen hatte, wie diese Situation zu verbessern wäre, hatte er mich zum Referieren meiner Vorstellungen eingeladen. Und wenige Tage später stellte ich meine Gedanken einer von ihm in seiner Wohnung zusammengetrommelten Schar Schwuler vor.

Ich stand damals gerade am Beginn meines Ersten Theologischen Exams und hatte mich in meinem Studium am Theologischen Seminar Leipzig viel mit einer Theologie der Menschenrechte und mit der Befreiungstheologie befaßt und überall Parallelen zur Situation der beinahe total diskriminierten Schwulen gesehen. Außerdem war ich in mehreren kirchlichen Gruppen aktiv, die in jener Zeit überall im Lande politische Themen bearbeiteten. So entstanden schnell ein Zukunftsbild und Vorschläge, wie die Gruppe arbeiten mußte: zunächst die Auseinandersetzung mit dem eigenen Schwulsein und mit Literatur über Homosexualität, die in der DDR ja nur schwer und in der Regel nur aus dem Westen zu beschaffen war; dazu das Ergründen der permanenten und überall gegenwärtigen Antihomosexualität in der Gesellschaft, beim Staat, in den Kirchen. Am wichtigsten waren mir Selbstvergewisserung und die Stärkung des schwulen Selbstbewußtseins, ohne das Aktivisten die geplante Arbeit nicht würden leisten können. Wenn diese Gruppe auch erst nach etwa einem halben Jahr wöchentlichen Treffen in Privatwohnungen vor der Frage stand, ob die Bemühungen nur den Gruppenteilnehmern gedient haben sollten oder ob und wie man nun auch etwas für andere Schwule tun sollte und könnte, so war doch von Anfang an allen bewußt, es würde keinen Sinn machen, staatliche Stellen um eine Organisationsmöglichkeit zu bitten: Ein Staat, der alles organisierte und in Szene setzte, was er für notwendig hielt, und alles das mit Erfolg verhinderte, was er nicht wollte, hätte sich auch des Themas Homosexualität im Interesse seiner Minderheit schwuler Bürger längst angenommen, hätte er es für richtig befunden. Die heute mitunter auftauchende Überlegung, die Kirchlichen Arbeitskreise Homosexualität wurden nur deshalb vom Ministerium für Staatssicherheit so intensiv ins Visier genommen, weil sie sich als kirchliche Gruppen dem Einfluß des Staates entziehen konnten, nicht aber, weil es ihnen

um den Problemkomplex Homosexualität-Antihomosexualität und damit um demokratische Rechte einer DDR-Bevölkerungsgruppe oder gar um deren Diskriminierung in einem „sozialistischen Staat“ ging und weil sie versuchten, Bewegung für die Rechte schwuler Bürger zu sein, paßt also nicht zu meinen Erfahrungen mit dem Staat DDR. Meiner Ansicht nach - und das belegt auch ein Teil der Stasi-Akten - ging es den staatlichen Organen darum, eben genau jene Bürgerrechtsbewegung der Schwulen zu verhindern, weil man meinte, gleichberechtigte Schwule gehörten nicht in die „sozialistische Gesellschaft“ (vgl. Kap. 3).

Die Frage, ob die Gruppe, nachdem sie ans Ende ihrer Selbsterfahrungsarbeit gelangt war, nun auch etwas für andere Schwule tun wollte, bejahte ein Teil von ihr und ging daran, nach einer rechtlichen „Anbindung“, also Absicherung und nach Räumlichkeiten zu suchen. Daß beides nur in der Evangelischen Kirche gefunden werden konnte, legten die politischen Verhältnisse nahe; daß für mich als Christ und Kirchenmitarbeiter nur sie in Frage kam, lag auf der Hand. Dessen, daß theologische Gründe zumindest sehr offene Gemeinden von unserem Vorhaben überzeugen würden, war ich mir nicht so sicher. Aber schon die ersten Gespräche mit dem Leipziger Studentenpfarrer und mit den Vertrauensstudenten der Evangelischen Studentengemeinde Leipzig genügten. Mut hatte mir auch eine Tagung der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg im Februar 1982 gemacht, zu der ein Teil unserer Selbsterfahrungsgruppe gefahren war und dort hatte lernen können, daß die Evangelische Kirche und ihr unmittelbares Umfeld eben doch nicht so kompakt antihomosexuell waren wie befürchtet. Über eine Kritik an den schlimmen gesellschaftlichen Zuständen für Schwule und an der Schwulenpolitik der Kirche und des Staates kam diese Tagung allerdings nicht hinaus. Auch unsere Vorstellungen über die Entwicklung einer Schwulenbewegung fielen bei den TagungsteilnehmerInnen nur in wenigen Fällen auf fruchtbaren Boden - wenn aus dieser Tagung und im Umfeld der Evangelischen Akademie Berlin-Brandenburg im Laufe des Jahres 1982 auch der Gesprächskreis Homosexualität der Inneren Mission der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche hervorging. - So konnten wir bereits am 25. April 1982 (siehe Abbildung auf der nächsten Seite) einen weiteren Arbeitskreis der Leipziger Evangelischen Studentengemeinde gründen - den Arbeitskreis Homosexualität.

Damit hatte unsere geplante Schwulenarbeit nicht nur Räumlichkeiten, sondern war auch rechtlich abgesichert, nämlich als legaler Bestandteil der ESG. Und sie war damit sogar Teil kirchlicher Arbeit. Meines Wissens hatte es das vorher noch nirgends gegeben, daß eine christliche Kirche sich Schwulenarbeit auf ihre Fahnen schreibt, die nicht eine wie auch immer geartete Seel-

TABU

HOMOSEXUALITÄT

wie gehen wir damit um ?



- ② nach letzten soziologischen Erhebungen sind ca. 5% der Weltbevölkerung homosexuell
- ③ Homosexualität ist nicht unmoralisch und keine Krankheit, sondern gehört zum Menschsein als besondere Anlage und Ausprägung der Sexualität
- ④ viele Homosexuelle, sowohl Frauen als auch Männer, versuchen sich, weil sie um die Vorurteile und Zerrbilder der Heteroschranken, Heiligkeit wissen und es ihnen an Kraft fehlt, gegenüber dieser Mehrheit ihre Veranlagung offen und natürlich zu leben.
- ⑤ wir meinen: DAS MUSS NICHT SO BLEIBEN.

am Sonntag, den **25. April '82**, 19³⁰ h
hält Herr Dr. Jürgen Ziemer, Dozent für praktische
Theologie am theol. Seminar Leipzig, einen Vortrag
zum Thema: „**HOMOSEXUALITÄT IN THEOLOGIE, KIRCHE
UND GESELLSCHAFT**“
im Heim der **ESG**, **Alfred-Körner-Str. 11**
anschließend besteht Gesprächsmöglichkeit.
außerdem ist die Bildung eines Arbeitskreises
„**HOMOSEXUALITÄT**“ geplant, der ab **30.4.82** jeweils **freitags**
19⁰⁰h im Heim der **ESG** stattfinden soll.

Dokument 1: Anonym hergestelltes Plakat (Privat-Archiv Eduard Stapel)

sorge an Schwulen mit dem Ziel des „Ertragens“ oder gar des „Abwerfens der Last“ ist, sondern einem Konzept folgt, das die Annahme des Schwulseins und sein Ausleben auch unter und vor allem gegen alle Diskriminierungen verfolgt und die politischen und gesellschaftlichen Bedingungen dafür verbessern will.

Die Evangelische Kirche - und war es zunächst auch nur eine Gemeinde - wurde zur politischen Diakonin nun auch für Schwule. Diese Neuerung wird auch heute noch manchen verwundern, sei es, weil er Kirche und Kirchen durchweg für schwulenfeindlich hält und entsprechende Erfahrungen mit ihr gemacht hat, sei es, weil er in den vergangenen Jahren seit dem Ende der DDR oft vom „Dach (der) Kirche“ für allerhand politische Gruppen gehört und gelesen hat. Auch in Publikationen zu den kirchlichen Schwulengruppen war und ist immer wieder davon die Rede. Ich vermute dahinter ein zu enges und deshalb falsches Kirchenverständnis, an dem etwa die Offene Arbeit der Evangelischen Kirchen in der DDR und deren Rolle als politische Diakonin vorbeigegangen sind, ohne es zu berichtigen. In den Evangelischen Kirchen in der DDR hatte sich vielerorts die Erkenntnis durchgesetzt, daß Kirche nur dann Kirche ist, wenn sie auch „Kirche für andere“ ist. Und das eben nicht nur im sozial-diakonischen Bereich, sondern auch im politisch-diakonischen. Die Unterscheidung zwischen beispielsweise sozial-diakonischer Arbeit als kirchlicher Arbeit und Menschenrechts-, Frauen-, Umwelt- oder eben Schwulenarbeit als von den Evangelischen Kirchen gewählter Freiraum unter ihrem „Dach“ hält einer Überprüfung nicht stand. Dort, wo es solche Arbeit der Kirchen gab, tat sie sie vom christlichen Glauben her motiviert aus christlicher Verantwortung, verantwortete, bezahlte und verteidigte sie gegen Kritik aus den eigenen Reihen, vor allem aber gegen Angriffe des Staates auf sie.

Nur in wenigen Fällen gewährte sie Gruppen in den genannten Themenbereichen (Frei-)Räume und stellte sie als „Dach“ für sie zur Verfügung: Was die kirchlichen Arbeitskreise Homosexualität angeht, betraf das den „Arbeitskreis bei der Evangelischen Stadtmission Halle“ und eine Berliner Lesbengruppe.

Die Ausbreitung der in Leipzig gestarteten kirchlichen Schwulenarbeit ist schnell beschrieben: Im Laufe der Jahre entstanden bis 1989 in fast allen Großstädten der DDR und in einigen Mittelstädten solche Arbeitskreise. Vor allem die Beteiligung des Leipziger Arbeitskreises an fünf der sieben Kirchentage in der DDR im Luther-Jahr 1983 förderte diese Ausbreitung: In fast jeder Kirchentagsstadt entstand noch 1983 oder bald darauf ein Arbeitskreis.

Sie alle arbeiteten nach einem einheitlichen Schema. Sie hießen nicht nur Arbeitskreise, sondern waren es auch weitgehend. Damit standen Informationen und schwulenpolitische Themen im Vordergrund. Jemand hat deshalb die Arbeit der Gruppen scherzhaft „Schwule Volkshochschule“ genannt - mit einigem Recht. Denn einerseits fehlten Informationen, weil es in der DDR kaum (noch dazu ordentliche) Publikationen zu Homosexualität und schon gar nicht zu Antihomosexualität gab. Andererseits mußte eine entstehende Bürgerrechtsbewegung versuchen, ihre Aktivisten so gut wie möglich in die Lage zu versetzen, bei diesem komplizierten Thema Rede und Antwort stehen zu können. - Die „Schwule Volkshochschule“ leistete das.

Zudem fehlte in der DDR - abgesehen von einigen Schwulen-Kneipen in Berlin, Leipzig oder Dresden - eine „Szene“ westlichen Musters und damit selbst in Großstädten ein Gesprächs- und Kulturangebot für Schwule. So flankierten in den meisten Arbeitskreisen kulturelle Veranstaltungen wie Diskotheken oder Wanderungen die politische Arbeit.* Das hatte u. a. zur Folge, daß sich nur diejenigen Schwulen an der Arbeit beteiligten, die sie für richtig und nötig hielten und vor allem für sich selbst als hilfreich erlebten. Andere, eher an Unterhaltung oder ghettoisierter Gemeinschaft und nicht an der politischen Arbeit Interessierte nahmen das Angebot der Arbeitskreise nur kurzzeitig wahr. Dennoch gefährdete die dadurch verursachte Fluktuation die Beständigkeit eines Arbeitskreises nur selten.

Sobald es mehrere Arbeitskreise gab, begannen sie eine DDR-weite Zusammenarbeit (erste Mitarbeiter-Tagung November 1984). Ging es zuerst vornehmlich um den Erfahrungsaustausch, entwickelten sich ihre vierteljährlichen Koordinierungsgruppen-Tagungen mit VertreterInnen jeweils aller Arbeitskreise (ab 1987) und die jährliche Mitarbeiter-Tagung mit noch mehr Delegierten zu einer Art Vollversammlung der kirchlichen Schwulenarbeit. Zwar entbehrten alle Leiter und Leitungen der einzelnen Arbeitskreise einer demokratischen Legitimation, wie sie etwa die heutigen Vereine haben. Ebenso ging es den Arbeitskreis-VertreterInnen in der Koordinierungsgruppe oder bei der Mitarbeiter-Tagung. Dennoch funktionierte die Zusammenarbeit DDR-weit. Offenbar genügte dafür die Autorität, die sich die Leiter in den einzelnen Arbeitskreisen durch ihr Engagement erworben hatten. Hinzu kamen das gemeinsame Anliegen - nämlich die totale Gleichberechtigung und Gleichstellung der Schwulen mit Heterosexuellen - und der gemeinsame Gegner: die antihomosexuellen Haltungen in den Parteien, beim Staat, in der Gesellschaft. Man kam bis auf wenige Ausnahmen ohne Satzungen, Ordnungen oder gar Wahlen aus. Ist das schon für sich genommen

* Anhang 2 u. 3

und angesichts von der Staatssicherheit inszenierter Streitereien erst recht erstaunlich, muß es noch mehr verwundern, wenn man bedenkt, welch unterschiedliche und in der Regel sogar entgegengesetzte ideologische Vorstellungen sich in den Arbeitskreisen begegneten: von offenen Gegnern der DDR-Politik bis hin zu überzeugten Anhängern. Freilich kamen viele der „staatsfreundlichen“ Besucher, Mitarbeiter und Aktivisten der Arbeitskreise, wie die Stasi-Akten zeigen, auch und oft vor allem als Inoffizielle Mitarbeiter des MfS zum Beobachten und Beeinflussen der Arbeitskreis-Veranstaltungen. Doch die AK-Arbeit war so angelegt, daß diese ideologischen Differenzen (aus-)genutzt werden konnten oder keine Rolle spielten oder wenigstens „ruhten“, so daß der Kampf gegen die allgegenwärtigen Diskriminierungen im Mittelpunkt stehen konnte.

Selbstverständlich bezieht sich das nur auf die Arbeitskreis-Besucher. Leider habe ich bisher nur in wenigen Fällen herausgefunden, ob andere Schwule wegen eben dieser ideologischen Differenzen oder aus anderen Gründen den Arbeitskreisen fernblieben - etwa weil ihnen die „Schwelle Kirche“ zu hoch war oder weil sie - begründet oder unbegründet - Angst hatten, z. B. als Lehrer kirchliche Veranstaltungen zu besuchen, weil sie sich so sehr selbst diskriminierten, daß sie keine staatliche oder gesellschaftliche Diskriminierung von Schwulen in der DDR sahen, weil sie die Arbeit gegen solche Diskriminierungen grundsätzlich oder unsere Art der Arbeit für wenig erfolgversprechend hielten, weil sie den Zusammenhang von Sexualität und Politik nicht erkannten ... - Solche Verhaltensweisen waren die Reaktion auf die Schwulenpolitik der DDR. Seit dem Ende der generellen strafrechtlichen Verfolgung homosexueller Beziehungen 1968 und mit ihrer Reduzierung auf solche Beziehungen, die die sogenannte Schutzaltersgrenze von 18 Jahren überschritten (§ 151 StGB), hatte die DDR zwar ein relativ liberales Strafrecht - z. B. im Vergleich mit der alten Bundesrepublik -, wenn sie auch meinte, Jugendliche vor einvernehmlichen homosexuellen Handlungen zwei Jahre länger „schützen“ zu müssen als vor heterosexuellen. Dieses liberale Strafrecht brachte sie aber nicht zu Regelungen für Schwule und für ihre Partnerschaften zum Beispiel im Zivilrecht oder im Familienrecht. Gleichfalls ließ sie kaum fachwissenschaftliche Texte zu oder zensierte sie furchtbar - erst recht (nicht), wenn sie zu einem Bruch des Tabus Homosexualität hätten führen können (vom Bruch des Tabus Antihomosexualität ganz zu schweigen); entsprechend fehlten eine Aufklärung im Schulunterricht, die Anerkennung und Entschädigung der Opfer der Nazi-Herrschaft unter den Schwulen, kulturelle Angebote usw. usw.

Statt dessen dürfte die DDR über die Verweigerung der genannten und anderer Lebenshilfen für Schwule und über die Tabuisierung hinaus auf die Zwangsheterosexualisierung der Schwulen gesetzt haben: mit ihrer Propa-

ganda ausschließlich für heterosexuelle Beziehungen und vor allem mit der Förderung der naturwissenschaftlichen Erforschung der „Entstehungsbedingungen“ von Homosexualität. Darf oder muß man das Resümee der „Dissertation zur Erlangung des akademischen Grades doctor juris“ von Gerhard Fehr, vorgelegt der „Gesellschaftswissenschaftlichen Fakultät des Wissenschaftlichen Rates der Humboldt-Universität zu Berlin“ 1983 und auch noch positiv begutachtet, als sozialwissenschaftliche Flankierung und ideologische Begründung dieser Hormonforschungen und also politisch gewollt betrachten? Denn dort (S. 115/116) heißt es - die Schwulen kriminalisierend:

Die Gruppe der Homosexuellen

- sind Personen mit stark gleichlaufenden sexuellen Interessen und Organisationsbestrebungen,
- sind Personen, die vorrangig in folgenden Arbeitsbereichen tätig sind:
 - . im Handel und der Gastronomie,
 - . in der Wissenschaft und Kunst,
 - . im Theaterwesen und des Fernsehens sowie
 - . in verschiedenen Dienstleistungs- und Versorgungsbereichen,
- sind Personen, die sich gegenseitig im Arbeitsbereich bevorteilen und begünstigen,
- sind Personen, die sich erlaubt und unerlaubt in größeren und kleineren Gruppen zu bestimmten Anlässen treffen und ihre Lebensauffassungen miteinander austauschen und inneren Zusammenhalt demonstrieren,
- wohnt in Berlin konzentriert zusammen und vermittelt sich gegenseitig Wohnungen und Arbeitsstellen,
- sind auf Grund ihrer vielen sexuellen Kontakte Hauptinfektionsquellen für Syphiliserkrankungen und anderer sexuell übertragbarer Krankheiten,
- ist in der Hauptstadt Berlin zu 90 % an der Erkrankung und Verbreitung der Syphilis beteiligt,
- ist auch maßgeblich an der Erkrankung und Verbreitung von Gonorrhoe beteiligt,
- sind Personen, die sich oft von jungen Jahren an konspirativ gegenüber ihrer Umwelt verhalten und in ihren Bestrebungen, homosexuelle Partner zu gewinnen, rücksichtslos und immer zu ihrem Vorteil handeln,
- betreibt einen hohen Lebensaufwand und sind an großen finanziellen Einkommen interessiert. Sie sind kriminell-gefährdete Personen, die im Handel und besonders in der Gastronomie durch Diebstahl, Betrug und

Spekulationsdelikte zusätzliche Geldmittel erwerben und Kontakte zu Vorbestraften und asozialen Elementen unterhalten,

- *strebt homosexuelle Kontakte zu Ausländern, besonders aus kapitalistischen Ländern, der BRD und Westberlin, an und versucht darüberhinaus, diese Kontakte zu persönlichen Vorteilen und einer evtl. Ausreise auszuweiten,*
- *ist in allen Bereichen unserer Gesellschaft tätig und ist auf Grund ihrer Kontaktfreudigkeit und dem Bestreben, bei jeder Gelegenheit neue Partner für sexuelle Manipulationen kennenzulernen, für den Klassengegner und seinen Agentenzentralen besonders interessante Personen.*

Oder ist das nur verquaster Unfug, der dem Autor dieser Dissertation wie ihren Gutachtern auch dann noch unterlief, als sie ihren Vorurteilen das Studium sexualwissenschaftlicher Literatur zur Seite stellten und sich um ein paar Überlegungen zur Thematik bemühten, wie das beim Erarbeiten und Begutachten einer Dissertation üblich ist?

Mir ist es bis heute nicht gelungen herauszufinden, ob hinter der repressiven DDR-Schwulen-Politik zum Beispiel „nur“ Vorurteile auch ranghoher Politiker standen, sexualwissenschaftliches Unvermögen und/oder Mißtrauen gegen die eigene Sexualwissenschaft, ein „gutgemeintes“ durchdachtes politisches Konzept oder die bewußte Absicht, mit einer heterosexistischen und demzufolge antihomosexuellen Lebensweisen-, Geschlechter- oder Bevölkerungspolitik oder mit der Diffamierung der schwulen Minderheit für ihre Funktionalisierung zu Sündenböcken den „sozialistischen Aufbau“ reibungsloser zu machen.

Man kann wohl nicht davon ausgehen, daß vor allem die mir aus den MfS-Akten bisher bekanntgewordenen 50 Hauptamtlichen, aber auch ein großer Teil der schwulen rund 150 Inoffiziellen Mitarbeiter Fehrs Dissertation konnten oder diesbezüglich „geschult“ wurden. Dennoch mußten ihre Vorstellungen über Schwule - wie auch immer - in eine ähnliche Richtung gelenkt worden sein, monierten sie in den Akten an den Schwulen doch immer wieder fast die selben Dinge: unerlaubte Organisationsbestrebungen, Konspiration, Kontakte zu westlichen Ausländern - insbesondere um persönlicher Vorteile willen, Ausreise-Bestrebungen, „Stützpunkte des Feindes“ in der DDR. So beantworten mir die Akten meine genannten Fragen zwar nur lückenhaft, werfen aber mitunter ein erhellendes Licht auch auf die Schwulenpolitik der DDR.

2. Reaktionen der MfS-Bezirksverwaltung Magdeburg: Die Akte „After-Shave“

Der Anfang des Jahres 1984 beschert der Bezirksverwaltung Magdeburg des Ministeriums für Staatssicherheit ein neues Aufgabenfeld: den am 12. Oktober 1983 gegründeten Arbeitskreis Homosexualität der Evangelischen Stadtmission Magdeburg, im Stasi-Deutsch des *streng geheimen Suchauftrages Stapel, Eduard, 1983/84 Vikar in der St.-Michaels-Gemeinde Magdeburg* (dieser Suchauftrag erstreckte sich auch auf die anfangs im Arbeitskreis aktiven S. L. und S. M.), *Homo A-Kreis* genannt.*

Die Prüfung läßt die Stasi-Mitarbeiter *durch zielgerichteten IM-Einsatz operativ-bedeutsame Anhaltspunkte zu Erscheinungsformen politischer Untergrundtätigkeit gemäß § 218 StGB* (Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele, vgl. Kapitel 8) erkennen und sie am 6. März 1984 unter der Registrier-Nummer VII/733/84 und unter dem Namen „After-Shave“ eine „Operative Personenkontrolle“ (OPK) eröffnen. Hauptamtliche wie Inoffizielle Mitarbeiter sollen *operativ-bedeutsame Anhaltspunkte, insbesondere hinsichtlich der Pläne und Absichten der Zielperson im Zusammenhang mit der Organisation des „Arbeitskreises Homosexueller“ klären und die „Verfolgung gesetzwidriger Ziele“ rechtzeitig erkennen und vorbeugend verhindern.***

Darauf, daß unsere Aktivitäten nun auch in Magdeburg „operativ kontrolliert“ werden müssen, kommt man, weil schon ein knappes Jahr zuvor

*operative Erkenntnisse des MfS besagen, daß ideologische Stützpunkte des Feindes im Innern der DDR gegenwärtig vielfältige Versuche unternehmen, pluralistische Gesellschaftsauffassungen auf die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR zu übertragen, indem sie nach westlichem Vorbild auf der Grundlage einzelner übereinstimmender Interessen außerhalb und zum Teil in bewußtem Gegensatz zu bestehenden politischen Organisationsformen der sozialistischen Gesellschaft sogenannte „alternative Bewegungen“ entwickeln. Diese Interessengruppen werden dabei von politisch-negativen und feindlichen Kräften als Basisgruppen einer politischen Untergrundtätigkeit betrachtet und zunehmend als eine innere Opposition profiliert. Das betrifft u. a. die aus der operativen Praxis bekanntgewordenen Interessengruppen homosexueller Personen. Den maßgeblichen Organisatoren solcher Zusammenschlüsse, homosexuell veranlagter Personen, geht es dabei in erster Linie um die Schaffung der Voraussetzungen für eine „institutionalisierte Tätigkeit von Schwulen für ihre Emanzipation in Osteuropa“.**

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 2, 4, 5

** ebd., Bl. 7

Man ist also vorgewarnt und schon vor dem Magdeburger Kirchentag, auf dem erst ich das Einrichten eines Arbeitskreises Homosexualität in Magdeburg für den Herbst, in dem ich mein Vikariat in einer Magdeburger Gemeinde beginnen würde, ankündigen sollte, über unsere Bemühungen in Leipzig und nach Christian Pulz' Umzug nach Berlin im Herbst '82 sowie nach der Gründung „seines“ Arbeitskreises dort, nach dem Zustandekommen des erwähnten „Gesprächskreises Homosexualität“ bei der Inneren Mission der Berlin-Brandenburgischen Landeskirche und nach dem Entstehen der Berliner Lesben-Gruppe in der Berliner Philippus-Gemeinde ganz allgemein informiert.

Doch schon jetzt steht es um diese Informationen nicht gut. Zunächst hatte die Leipziger Bezirksverwaltung, Abteilung XX (zuständig für den Staatsapparat, die Parteien - außer SED, die Massenorganisationen - außer FDGB, die KdT**, Kunst, Kultur, Kirche und Untergrund) an den Leiter der Hauptabteilung XX im Berliner Ministerium, Generalmajor Kienberg, am 20. Mai 1983 noch ganz wertfrei geschrieben:

Im Frühjahr 1982 bildete sich im Rahmen der Evangelischen Studentengemeinde (ESG) Leipzig ein Arbeitskreis „Homosexualität“ (AKHS) heraus ...

*Als Initiator und gegenwärtiger Leiter des AKHS tritt der S t a p e l, Eduard ... Konviktsinspektor am Theologischen Seminar Leipzig erfaßt für unsere DE*** in Erscheinung. Der AKHS stellt sich das Ziel, homosexuell empfindende Männer und Frauen miteinander ins Gespräch zu bringen und thematisch zur Problematik Homosexualität zu arbeiten. Der AKHS will damit zur Selbsterfahrung des Einzelnen und zum Abbau von Vorurteilen im Lebensraum des Betroffenen durch intensive Informationserarbeitung/deren Austausch beitragen ...*

Der gesamte AKHS führt eine relativ offene Arbeit durch. Zu den Veranstaltungen erscheinen in der Regel zwischen 70 und 100 Personen. Bei besonders ansprechenden Veranstaltungen wurden aber auch schon Teilnehmerzahlen von etwa 300 Personen erreicht. Zum festen Kern des AKHS müssen ca. 50 Personen gerechnet werden ...

Der AKHS ist bestrebt, Kontakte zu ähnlichen Gruppierungen in anderen Städten aufzubauen bzw. zu festigen.

* ebd., Bl. 10, 11

** KdT - Kammer der Technik

*** DE - Dienst Einheit

Durch die Mitglieder des AKHS wird der Standpunkt vertreten, daß die Homosexualität ins Gespräch gebracht werden muß, um später Emanzipationswege beschreiten zu können. Vorliegende staatliche Konzeptionen hätten sich bislang als unzureichend erwiesen, so daß Homosexuelle „auf der Strecke bleiben“, wenn sie sich nicht durch gegenseitige Hilfe aufrichten würden. Durch die Mitglieder des AKHS wird eine Vielzahl von Kontakten zu homosexuell veranlagten Personen im NSW* unterhalten. Durch Stapel besteht so u. a. ein Kontakt zu einem [REDACTED] [REDACTED].

Dieser [REDACTED] sichert Stapel zu, sich in seinem Umgangskreis für die Problematik des AKHS einzusetzen und ihn ins Gespräch zu bringen.

Nach bisher nicht bestätigten inoffiziellen Hinweisen traf sich Stapel mit [REDACTED] Anfang März 1983 in der Hauptstadt, Berlin. Durch die Personen Stapel und [REDACTED] werden Verbindungen zur „Auslandsgruppe der Homosexuellen Initiative Wien“ unterhalten. Diese Vereinigung versteht sich als Mitglied der „International Gay Association“, eines Zusammenschlusses von ca. 110 solcher Vereinigungen in der Welt.

Diese Wiener Gruppe fungiert als Informationssammelstelle über die Lage der Homosexuellen in den sozialistischen Staaten und ist sehr an der Knüpfung von Kontakten interessiert. Feste Kontakte sollen bereits nach der VR Polen und der VR Ungarn bestehen.

Weitere Hinweise zum AKHS liegen gegenwärtig nicht vor.

Leiter der Abteilung
Wallner
Oberstleutnant**

Doch schon dabei hatte man sich auf die Kontrolle meiner Briefpost und auf „bisher nicht bestätigte inoffizielle Hinweise“ gestützt. Und nun heißt es in der Magdeburger

Operativinformation

über Aktivitäten politisch-negativer Kräfte zur Sammlung homosexueller Personen in einer „alternativen Bewegung“ nach westlichem Vorbild und unter Mißbrauch kirchlicher Arbeitsmöglichkeiten

vom 29. April 1983, also schon lange vor Beginn der Arbeit in Magdeburg, als mein Vikariat dort noch gar nicht entschieden und eher Erfurt vorgesehen war, vom Leiter der Abteilung XX, Oberstleutnant Reif, schon recht böse:

* NSW - nicht-sozialistisches Wirtschaftsgebiet

** BStU MfS HA XX ZMA 10050/11 (I); Bl. 75-78

In der Dienstseinheit vorliegenden eigenen operativen Erkenntnissen und Informationen anderer Dienstseinheiten zufolge unternehmen politisch-negative klerikale Kräfte in verstärktem Maße den Versuch, homosexueller Personen in ihre sogenannte Randgruppen-Arbeit einzubeziehen, in einer „alternativen Bewegung“ zu sammeln und perspektivisch als Druckgruppe gegenüber dem Staat zu mißbrauchen. Das Zentrum dieser Bewegung befindet sich in Leipzig-„Arbeitskreis Homosexualität“ (AKHS) der ESG Leipzig. Bei dem Leiter des AKHS handelt es sich um den Journalisten und Theologen

Eduardt („Eddi“) Stapel

30. 5. 1953

HW* : Bismark/Krs. Kalbe/M., Neue Str. 2

NW** : Leipzig, Paul-List-Str. 17/19

Abt. XII*** : erlaubt für BV† Leipzig/Abt. XX.

Stapel ist (bzw. war) ehrenamtlicher Mitarbeiter der Kirchenzeitung „Die Kirche“ sowie Beauftragter des Bischofs der KPS†† für Jugend- und Studentenfragen (was nicht stimmt - E. S.). Er hat eine ablehnende politische Grundeinstellung zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR, die er in der Vergangenheit auch öffentlich bekundete, und verfügt über Verbindungen in die BRD.

Die Aktivitäten des AKHS sind den vorliegenden Erkenntnissen zufolge sowohl sachlich als auch personell eng verbunden mit anderen Erscheinungsformen der politischen Untergrundtätigkeit und ihres Vorfeldes:

- In Anlehnung an die bekannte Basisgruppen-Konzeption versuchen Mitglieder des AKHS weitere derartige Gruppen aufzubauen (Berlin, Frankfurt/O., Dresden (?), Erfurt) und sie in der Perspektive zu einer „Rosa-Bewegung“ zu formieren.
- Mitglieder des AKHS verfügen über Kontakte zu Exponenten einer „alternativen“, „entpolitisierten“ bzw. „außerstaatlichen“ Kultur/Luther-Szene in der DDR, wie [REDACTED] [REDACTED] (der bereits im AKHS gelesen hat). [REDACTED] sowie zu Verfechtern einer oppositionellen „Friedensbewegung“ (Pfarrer Wonneberger). Es handelt sich dabei um solche Personen, die auch als Kontaktpartner der in den OV††† „Spitze“, Reg.-Nr.

* HW - Hauptwohnung

** NW - Nebenwohnung

*** Abt. XII - Zentrale Auskunft/Speicher

† BV - Bezirksverwaltung

†† KPS - Ev. Kirche der Kirchenprovinz Sachsen

††† OV - Operativer Vorgang

VII/1370/81 und OV „Spektrum“, Reg.-Nr. VII/1373/81 der Abteilung XX bearbeiteten Personen bekannt sind.

- Die Mitbegründerin einer „alternativen Frauenbewegung“ in Leipzig gehörte zu den Teilnehmern von Veranstaltungen des AKHS.

Andererseits ist in der Tendenz der Versuch führender Mitglieder des AKHS erkennbar, sich legale Wirkungsmöglichkeiten außerhalb kirchlicher Freiräume zu verschaffen. Diesem Ziel dienen offensichtlich die Kontakte zur Universitätsfrauenklinik der KMU* Leipzig, über deren Zustandekommen gegenwärtig noch keine Aussagen möglich sind (die Herstellung des Kontaktes über homosexuelle Ärzte erscheint als Version möglich).

Operativ bedeutsam sind gegenwärtig Bestrebungen des AKHS, die 1983 stattfindenden Kirchentage zu nutzen, um öffentlichkeitswirksam auf die Existenz erster Homosexuellen-Basisgruppen aufmerksam zu machen und so den Zusammenschluß weiterer homosexueller Personen in „Interessengruppen“ u. ä. anzuregen. Die eigens dafür im AKHS gebildete AG „Kirchentage“ bereitet für die Kirchentage in Erfurt (12. - 15. 5. 1983) und Magdeburg (23. - 26. 6. 1983) (nicht mitbekommen hat Oberstleutnant Reif offenbar unsere Planungen für die Kirchentage in Eisleben, Rostock, Frankfurt/O., Dresden und Wittenberg - E. S.) eine Dokumentation/Ausstellung vor. Der Informationsstand soll die Themenkomplexe Homosexualität und Kirche, Homosexualität und Medizin, Homosexualität und Gesellschaft/ Familie sowie Homosexualität und Moral/gesellschaftlicher Umgang umfassen.

Des weiteren wurden in Vorbereitung auf die Kirchentage ein Fragebogen für statistische Erhebungen zu „Problemen Homosexueller“ entwickelt sowie inhaltlich in der Abteilung XX bisher nicht bekannte Thesen zur Problematik der Homosexualität in der DDR erarbeitet ...

Zusammenfassend ist einzuschätzen:

1. Die politisch-operative Lage unter homosexuellen Personenkreisen ist auch im Bezirk Magdeburg durch die Tendenz zum örtlichen und überörtlichen Zusammenschluß gekennzeichnet, wobei kirchliche Kräfte diese Tendenzen fördern und unterstützen.

Eine Reihe bekannter homosexueller Personen gilt aufgrund vorliegender Hinweise über ihre politisch-negative Einstellung und über unterhaltene Rück- und andere Verbindungen/Kontakte in das NSA**, die operativ bedeutsam sind, als potentielle Straftäter gem. § 213 StGB (Ungesetzlicher Grenzübertritt - E. S.).

* KMU - Karl-Marx-Universität

** NSA - nichtsozialistisches Ausland

2. Die politisch-operative Bearbeitung homosexueller Personenkreise im Territorium erfolgt gegenwärtig schwerpunktmäßig unter dem Gesichtspunkt der Verhinderung ungesetzlicher Grenzübertritte ... Mögliche Zusammenhänge zu Erscheinungen der politischen Untergrundtätigkeit und ihres Vorfeldes bleiben weitestgehend unberücksichtigt.

Auf diese falsche Fährte geraten die Magdeburger Sicherheitsdienstler, weil kurz zuvor zwei Schwulen aus einem Magdeburger Schwulen-Freundeskreis die illegale Ausreise in den Westen gelungen ist und weil man diese Flucht nun mit unserer Arbeit in Zusammenhang bringt. Wird man später auch auf seinen Irrtum kommen, bleibt der Glaube der Stasi in Magdeburg wie auch anderswo, Schwule haben in der Regel die Absicht, die DDR zu verlassen, Bestandteil ihrer Motivation, unsere Arbeit zu zersetzen. Seltsamerweise fehlen in den Akten durchweg Hinweise darauf, daß es uns in der kirchlichen Offenen Arbeit auch darum ging, eben in der DDR zu bleiben und die dortigen Verhältnisse (auch schwulen-)freundlicher zu machen. Genau darauf kam es jedenfalls mir an, und es ist kaum zu verstehen, wie die Stasi das über Jahre hinweg „überhören“ und „überlesen“ konnte. Jedenfalls wird

Im Ergebnis dieser Zusammenfassung ... vorgeschlagen:

1. Die einschlägigen operativen Materialien sind unter den in dieser Operativinformation zuständigen Dienststeinheiten der BV Magdeburg politisch-operativ neu zu bewerten ...
2. Die Abteilung XX hat ihre Anleitungs- und Kontrolltätigkeit zu den genannten Materialien der Kreisdienststellen parallel zur Anleitungs- und Kontrolltätigkeit der BKG* und im ständigen operativen Zusammenwirken mit der BKG zu erhöhen.
3. Über die Abteilung VII** sind die Kräfte, Mittel und Methoden der Arbeitsrichtung I der DVP*** verstärkt auf die Aufklärung homosexueller Personenkreise und ihrer Verbindungen zu orientieren sowie einen ständigen Informationsfluß zur Abteilung XX zu sichern.
4. Den politisch-operativen Sicherungseinsatz zum Kirchentag 1983 in Magdeburg zielgerichtet zur Erarbeitung weiterer operativ-bedeutsamer Informationen zu Personen und Sachverhalten, die im Zusammenhang mit der Entwicklung einer Bewegung Homosexueller in der DDR stehen sowie zur Herstellung von Kontakten zu homosexuellen Personenkreisen

* BKG - Bezirkskoordinierungsgruppe

** Abteilung VII - Abwehrarbeit des Ministeriums des Innern/Deutsche Volkspolizei

*** DVP - Deutsche Volkspolizei

zu nutzen. (Einführung homosexueller IM, Kontaktherstellung durch IM aus der med. Intelligenz aus „fachlichem Interesse“ u.ä.).

Leiter der Abteilung
Reif
Oberstleutnant

Diese Information wird sehr breit verteilt:

Verteiler

Leiter der Bezirksverwaltung	Abteilung XX/4
Stellvertreter Operativ	Abteilung XX/A
Leiter Abteilung XX	KD Kalbe/Milde
HA* XX/AGK**	BKG
HA XX/4	KD Schönebeck
BV Erfurt/Abteilung XX	Abteilung VII
BV Leipzig/Abteilung XX	Abteilung II† ††
KD*** Magdeburg	

Oberstleutnant Reif spricht in dieser „Operativinformation“ beigefügten Beileitschreiben auch gleich noch von Aktivitäten politisch-negativer Kräfte zur Sammlung homosexueller Personen in einer „alternativen Bewegung“ nach wesentlichem (gemeint sein dürfte „westlichem“ - E. S.) Vorbild und unter Mißbrauch kirchlicher Arbeitsmöglichkeiten und bittet speziell seine Kollegen in der Abteilung VII,

in diesem Zusammenhang zu veranlassen, daß die Kräfte, Mittel und Methoden der Arbeitsrichtung I der Deutschen Volkspolizei verstärkt auf die Aufklärung homosexueller Personenkreise und ihrer Verbindungen orientiert werden sowie ein ständiger Informationsfluß über entsprechende Arbeitsergebnisse an die Abteilung XX gewährleistet wird†††,

sowie die für meine Hauptwohnung zuständige Kreisdienststelle,

* HA - Hauptabteilung

** AGK - Auswertungs- und Kontrollgruppe

*** KD - Kreisdienststelle

† Abteilung II - Spionageabwehr; Aufklärung von Organisationen, die im Ausland gegen die DDR arbeiten

†† BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 1-14

††† ebd., Bl. 15

in diesem Zusammenhang zu prüfen, ob in Ihrer Dienstseinheit noch Material zur Person

Eduardt Stapel ...

vorliegt und uns dieses Material zur Auswertung auch für die erfassende Dienstseinheit zu übersenden.

*Weiter bitte ich zu klären, ob Stapel noch über Verbindungen und Kontakte in Ihrem Kreis verfügt und welche operativen Hinweise zu diesen Personen vorliegen (insbesondere auch, ob es sich um Homosexuelle handelt). Im Hinblick auf die Vorbereitung des Kirchentages bitte ich um eine schnelle Realisierung.**

Und schon am 30. Mai 1983 reagiert „streng geheim“ die Hauptabteilung XX im Berliner Ministerium gleichfalls scharf:

Hinweise über Pläne und Aktivitäten zum überbezirklichen Wirksamwerden von Gruppen Homosexueller und deren Einordnung in Versuche zur Schaffung einer „staatsunabhängigen Friedensbewegung“ ... ist erkennbar, daß feindlich-negative kirchliche Kräfte und homosexuell veranlagte Personen Aktivitäten entwickeln, in der DDR „Arbeitskreise Homosexualität“ zu bilden.

*Diese Arbeitskreise sollen mit existierenden „Frauengruppen“ zu einer „alternativen Bewegung“ zusammengeführt werden. Zu beachten sind Versuche, diese Gruppierungen in die Aktivitäten zur Schaffung einer „staatsunabhängigen Friedensbewegung“ einzubeziehen ... Die Versuche zur Gründung weiterer „Arbeitskreise Homosexualität“ bzw. Gruppen in den Bezirken der DDR ... sollten vor allem durch eine verstärkte politisch-operative Kontrolle und Einflußnahme gemeinsam mit der VP** und den gesellschaftlichen Kräften wirksam eingeschränkt und zurückgedrängt sowie eine Öffentlichkeitswirksamkeit dieser weitgehend ausgeschaltet werden.****

Doch das wird dem MfS auf der ganzen Linie nicht gelingen. In der Tat brachte nämlich das Kirchentagsjahr 1983 mit seinen sieben Kirchentagen zu Luthers 500. Geburtstag den bereits bestehenden gesellschaftspolitisch engagierten Menschenrechts-, Frauen-, Ökologie- und anderen Kirchen-Gruppen einen großen Aufschwung, und Kirchentagsvorbereitung und die Kirchentage selbst initiierten weitere solcher Gruppen.

* ebd., Bl. 16

** VP - Volkspolizei

*** BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 18-20

Der Arbeitskreis Homosexualität der ESG Leipzig hatte, wie schon erwähnt, eigens für diese Kirchentage eine Arbeitsgruppe gebildet, in die sich „selbstverständlich“ auch die Staatssicherheitsdienstler einschlichen, und war denn auch auf fünf dieser sieben Kirchentage mit einem Informations- und Beratungsstand, in einigen Arbeitsgruppen und bei Foren vertreten. Schätzungsweise eine halbe Million Menschen wurden so mit dem Themenkomplex Homosexualität-Antihomosexualität konfrontiert; damit war er in der DDR enttabuisiert.

Die DDR-Führung und in ihrem Gefolge die Staatssicherheit waren aber nicht in der Lage zu begreifen, daß diese Kirchengruppen Themen aufgriffen, die in der DDR gewachsen und zu Hause waren. Das MfS wehrte diese Themen von Anfang an ab und schrieb sie „Feind-Stützpunkten“ zu. Auch die Bemühungen der Schwulen konnten aus seiner Sicht - zunächst jedenfalls - nur einem „westlichen Vorbild“ folgen und mußten Einzelinteressen „außerhalb und zum Teil in bewußtem Gegensatz zu bestehenden politischen Organisationsformen der sozialistischen Gesellschaft“ sein. Zwar erkannte die Staatssicherheit richtig, daß es uns um eine „institutionalisierte Tätigkeit von Schwulen für ihre Emanzipation“ ging. Aber ihre ideologischen Scheuklappen machten jede Prüfung von Ursachen und Motiven unserer Arbeit, Gespräche mit uns oder gar Überlegungen zur Verbesserung der politischen, rechtlichen und psychosozialen Situation der Schwulen in der DDR von vornherein und auf längere Zeit unmöglich - sogar dann, wenn „**zuverlässige(r), überprüfte(r) inoffizielle(r)** Quellen“ einschätzten, daß „reale Möglichkeiten bestehen, einen politischen Mißbrauch homosexueller Personen durch mehr staatliche Toleranz und mehr Verständnis zu verhindern“, wie es in der „Information“ schon Ende des Jahres 1983 heißt* - also nach den Kirchentagen und nach der AK-Gründung in Magdeburg und in einer noch schärferen und detaillierteren Zusammenfassung der inzwischen hinzugewonnenen Erkenntnisse.

Der Leiter der Abteilung XX, Oberstleutnant Reif, greift mit dieser „Information“ vom 30.11.1983

über erkannte Pläne und Aktivitäten zur Sammlung homosexueller Personen in einer „alternativen Bewegung“ nach westlichem Vorbild und deren Mißbrauch zur Durchsetzung politisch-negativer und feindlicher Ziele

zunächst auf bereits bekannte Sätze aus früheren „Informationen“ zurück, fährt dann aber mit Neuem fort:

* ebd., Bl. 51ff.; BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 14ff.

Sie (die sogenannten alternativen Bewegungen - E. S.) wirken dabei vielfach mit Kräften im Operationsgebiet (gemeint sind die BRD und westliche Staaten - E. S.) zusammen, die inspirierend und anleitend tätig werden.

Bis zum Ende der DDR „bekam“ MfS nicht „heraus“, daß unsere Bemühungen in der Schwulenbewegung (und m. W. auch anderswo) keinesfalls von „Kräften aus dem Operationsgebiet inspiriert“ waren, die auch noch uns „anleitend tätig“ geworden sein sollten. Eher im Gegenteil: Unsere Schwulenbewegung als kirchliche Schwulenaarbeit stieß im Westen auf großes Unverständnis und auf Protest und machte unsere dortigen Partner beim Erfahrungsaustausch skeptisch und ratlos.

Oberstleutnant Reif verweist ein weiteres Mal auf Versuche, „eine innere Opposition zu profilieren“, geht nun aber noch einen Schritt weiter und bringt uns in die Nähe von Ausreisewilligen:

Das betrifft die aus der operativen Praxis bereits seit längerem bekannten Interessengruppen von Personen, die versuchen, die Übersiedlung in das NSA und nach Berlin-West zu erreichen („Ausreisegemeinschaften“) bzw. von aktiven Pazifisten („Friedenskreise“ u. a.), zunehmend aber auch Interessengruppen homosexueller Personen („Homokreise“, „Arbeitskreise Homosexualität“).

Immerhin hat er jetzt aber auch einige Sachinformationen zu bieten und scheint sich diesbezüglich ein wenig kundig gemacht zu haben:

Nach offizieller Einschätzung von Soziologen, Sexualpädagogen und Mediziner sind etwa 4-5 % der DDR-Bevölkerung homosexuell veranlagt. Homosexuelle Personen finden sich in allen Alters- und Berufsgruppen sowie gesellschaftlichen Bereichen (Arbeiter, Angestellte, Angehörige der medizinischen, künstlerischen und sonstigen Intelligenz, Mitarbeiter des Staatsapparates, kirchliche Amtsträger). Sie vertreten auch unterschiedliche weltanschauliche Positionen (religiös, kleinbürgerlich, marxistisch-leninistisch).

Allerdings folgen diesen Sachkenntnissen das Bedienen des Klischees und das Andichten staatsfeindlicher Haltungen auf dem Fuße:

Zwischen homosexuellen Personen bestanden immer schon sowohl überörtlich wirksame Verbindungen innerhalb der DDR als auch homosexuell motivierte Kontakte in das NSA, in die BRD und nach West-Berlin.

Der Schwule also als (potentieller/s) Vaterlandsverräter und Trojanisches Pferd und - neben dem bereits bekannten Angreifer auf die „bestehenden politischen Organisationsformen der (sozialistischen) Gesellschaft“ - Straftäter:

Hieraus ergaben sich in der Vergangenheit insbesondere Motive für strafbare Handlungen gemäß § 213 StGB und Versuche, die Übersiedlung in die BRD zu erreichen, die auch weiterhin operativ bedeutsam sind.

Aus den in diesem Zusammenhang 1982/83 erarbeiteten inoffiziellen Informationen ist als eine neue, operativ zu beachtende Tendenz erkennbar, daß politisch-negative und feindliche Kräfte und homosexuell veranlagte Personen (darunter solche, die bereits im Zusammenhang mit anderen Erscheinungsformen einer vom Feind inspirierten politischen Untergrundtätigkeit operativ in Erscheinung getreten sind) Aktivitäten entwickeln, diesen Personenkreis unter Mißbrauch kirchlicher Arbeitsmöglichkeiten zusammenzuführen und sie für die Realisierung ihrer feindlichen Pläne und Absichten zu motivieren und zu aktivieren ...

Genutzt wurden und werden dabei bisher vorliegenden Erkenntnissen zufolge vor allem

- die Kirchentage 1983 zur öffentlichkeitswirksamen Propagierung der Arbeit von Basisgruppen homosexueller, die zu diesem Zeitpunkt bereits bestanden, und zur Erfassung homosexuell veranlagter Personen (AG „Kirchentage“ des Arbeitskreises Homosexualität der ESG Leipzig);
- die insbesondere durch die Innere Mission der Evang. Kirche geleistete sogenannte Randgruppenarbeit zur Erfassung, Beratung und Zusammenführung homosexuell veranlagter Personen;
- die Arbeit der Evang. Akademie Sachsen-Anhalt zur Zusammenführung und ideologischen Beeinflussung homosexuell veranlagter Personen und sogenannter „Sympathisanten“ sowie zur Popularisierung von Veranstaltung bereits bestehender „Homokreise“ (Tagung der EAK/M am 01.10.1983 in Halle zum Thema „Homosexualität und Gesellschaft“) ...

Die Stasi scheint zu bedauern, daß die Kirchenleitungen gegen all diese Aktivitäten nicht eingreifen:

Die Haltung kirchlicher Amtsträger zu diesen Aktivitäten ist sehr differenziert und reicht von der Unterstützung bis zu einer offenen Ablehnung. In der Tendenz ist das Bemühen der Organisatoren einer „alternativen Bewegung“ Homosexueller in der DDR zu erkennen, Verständnis, Hilfe und Unterstützung an der kirchlichen Basis zu erhalten (z. B. durch Vorträge zur Homosexualität in kirchlichen Studieneinrichtungen, Gemeindekreisen, Jungen Gemeinden und ESG'n), um so und mittels Eingaben an die Synoden Druck auf die Evangelische Kirchenleitung ausüben zu können, deren Haltung gegenwärtig insgesamt noch unklar, zögernd und zurückhaltend ist, die Bemühungen ihrer Amtsträger um Homosexuelle jedoch toleriert ...

Neben dem angestrebten Mißbrauch kirchlicher Arbeitsmöglichkeiten ist in der Tendenz der Versuch erkennbar, sich legale Wirkungsmöglichkeiten außerhalb kirchlicher Freiräume zu verschaffen. So gibt es erste Hinweise auf eine angestrebte Infiltration bestehender „Klubs der Alleinstehenden“.

Verschiedene politisch loyale Kräfte orientieren auf verstärkte Kontakte und Zusammenarbeit mit staatlichen und medizinischen Einrichtungen (Ehe- und Sexualberatungsstellen), wobei diese Vorstellungen mit Hinweis auf bisherige schlechte Erfahrungen von der Mehrzahl abgelehnt werden.

Die im Prozeß der politisch-operativen Aufklärung von Versuchen zur Zusammenführung homosexuell veranlagter Personen gewonnenen Erkenntnisse lassen erkennen, daß die Organisatoren derartiger Versuche im wesentlichen folgende Ziele und Aufgaben verfolgen:

1. Kritik und Veränderung einer Homosexualität unterdrückenden gesellschaftlichen Situation, Kampf um Gleichberechtigung für Homosexuelle als Chance auch für mehr Freiheit für die heterosexuelle Mehrheit der Gesellschaft durch Mittel und Methoden des passiven Widerstandes (wobei sich auch der Gedanke militanter Mittel und Methoden in Ansätzen findet), durch bewußtes politisches Engagement als Homosexueller in den Massenorganisationen des Staates, in der Kirche und in der (oppositionellen) Friedensbewegung mit dem Ziel, Freiräume zu erschließen, Forderungen zu stellen und die Interessen der Homosexuellen durchzusetzen;
2. Entwicklung einer „Schwulen-Solidarität“ auf nationaler und internationaler Ebene gegen die staatliche und gesellschaftliche Observation und gegen die öffentliche Meinung über Homosexualität in Kirche und Staat sowie Entwicklung von Voraussetzungen und Möglichkeiten für ein Bündnis mit anderen gesellschaftlichen Minderheiten (z. B. den „Gesellschaftskritikern“);
3. Entwicklung von Selbstvertrauen und Mut für das öffentliche Bekenntnis zur eigenen Homosexualität sowie Interessenvertretung und „Lebenshilfe“ für Homosexuelle durch Schaffung eines „Beratungsdienstes von Schwulen für Schwule“ in Zusammenarbeit mit Pfarrern, Ärzten, Psychologen und Ehe- und Sexualberatern, durch Schaffung von Möglichkeiten für eine öffentliche Kommunikation sowohl über Homosexualität als auch über politische Fragen (z. B. durch „Aufkaufen“ von Veranstaltungen oder Nutzung der Reservierungsmöglichkeiten in Gaststätten) und durch Publikationen zur Homosexualität in zunächst kirchlichen Zeitungen („Die Kirche“, „Der Neue Weg“*);

* DER NEUE WEG war keine kirchliche, sondern die Tageszeitung der CDU in den Bezirken Magdeburg und Halle und für unser Anliegen ebenfalls „selbstverständlich“ nicht „zugänglich“.

4. Organisation der Arbeit mit homosexuellen Jugendlichen unter Beachtung des § 151 StGB.

In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß nach Einschätzung zuverlässiger, überprüfter inoffizieller Quellen reale Möglichkeiten bestehen, einen politischen Mißbrauch homosexueller Personen durch mehr staatliche Toleranz und mehr Verständnis zu verhindern.

Als Hauptorganisator einer „alternativen Bewegung“ Homosexueller in der DDR muß den in der Dienstseinheit vorliegenden Hinweisen zufolge

Eduard („Eddi“) S T A P E L 30. 05. 1953
 HW: Bismarck/Krs. Kalbe/M., Neue Straße 2
 NW: Magdeburg, Leipziger Straße 55
 Vikar, St.-Michael-Gemeinde Magdeburg

gelten. Der von ihm Anfang 1982 in Leipzig gegründete „Arbeitskreis Homosexualität“ der ESG Leipzig (AKHS) entwickelte sich zu einer „Kaderschmiede“ und Ausgangspunkt für die Bildung weiterer AKHS in der DDR durch ehemalige Mitglieder der AKHS (Berlin, Erfurt, Frankfurt/Oder (?), Dresden (?), Magdeburg)

Der Magdeburger „Arbeitskreis Homosexualität“ (AKHS/M) wurde durch STAPEL am 12. 10. 1983 in der Evang. Stadtmission zunächst als einer ihrer Arbeitskreise gegründet. An der Gründungsveranstaltung nahmen etwa 30 männliche und weibliche, bisher nur zum Teil identifizierte Personen aus Magdeburg und den Kreisen Oschersleben, Staßfurt, Wanzleben und Haldensleben teil (Homosexuelle und sogenannte Sympathisanten). Aus diesem Personenkreis heraus bildete sich ein sogenannter Leiterkreis (5 männliche / 3 weibliche Personen), der die weitere Arbeit organisieren soll. Für die Phase der Festigung des AKHS/M wird zunächst auf eine korrekte Zusammenarbeit mit staatlichen Stellen orientiert, um Konfrontationen auszuschließen. Die Arbeit des AKHS soll sich in dieser Phase auf thematische Veranstaltungen, Tanzveranstaltungen u.ä. und den Ausbau der Kontakte zu anderen Homokreisen konzentrieren. Dafür sollen die Räumlichkeiten der Evang. Stadtmission und die Privatwohnungen der Mitglieder des AKHS/M genutzt sowie ein „Katalog“ mit Adressen bestehender Homo-Kreise und -Clubs, Anlauf- und Kontaktadressen, Terminen und Veranstaltungsübersichten für die gesamte DDR erarbeitet werden.

STAPEL plant die Bildung weiterer Arbeitskreise Homosexualität in Halle und Wittenberg. Weitere Aktivitäten sind auf die Schaffung einer die Arbeit aller AKHS der DDR koordinierenden zentralen Leitung gerichtet und in diesem Zusammenhang auf die Gründung einer DDR-weiten Organisation nach dem Vorbild der in der BRD existierenden Bewegung „Homosexuelle und Kirche“ (HuK).

Die Organisatoren einer „alternativen Bewegung“ homosexuell veranlagter Personen in der DDR verfügen über zahlreiche Kontakte zu Organisationen und Kräften im Operationsgebiet, die ihnen einerseits Erfahrungen, Hinweise, Anregungen und vor allem einschlägige Literatur vermitteln und die andererseits im Operationsgebiet die konkrete Unterstützung der Arbeit der DDR-Homosexuellen-Bewegung im Sinne der o. g. „Schwulen-Solidarität“ organisieren ...

Bedeutsam sind in diesem Zusammenhang vor allem: ...

- die Auslandsgruppe der „HOMOSEXUELLEN INITIATIVE Wien“, die als Mitglied der „International Gray (gemeint ist Gay - E. S.) Association“ (IGA), eines Zusammenschlusses von ca. 110 solcher Organisationen in der Welt, als Informationssammelstelle über die Lage der Homosexuellen in den sozialistischen Ländern fungiert.

Auf der 6. Tagung der IGA im Juli 1984 in Helsinki soll einem in der Dienstseinheit vorliegenden Hinweis zufolge der internationalen Öffentlichkeit ein Bericht zur Lage Homosexueller in den sozialistischen Staaten übergeben werden. Es ist zu erwarten, daß in diesem Bericht auch die gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR angegriffen und verleumdet sowie Homosexuellen-Gruppen in Westeuropa zu „verstärkter Solidarität“ und Kontakttätigkeit aufgerufen werden.

Zusammenfassend ist einzuschätzen, daß die politisch-operative Lage unter homosexuellen Personenkreisen im Bezirk durch die zunehmende Tendenz zum örtlichen und überörtlichen, republikweiten Zusammenschluß gekennzeichnet ist, wobei kirchliche Kräfte diese Tendenzen fördern und unterstützen. Die zu den Organisatoren derartiger Zusammenschlüsse vorliegenden personenbezogenen Hinweise und Informationen, der Charakter der von ihnen unterhaltenen Verbindungen und Kontakte in das NSW sowie die von ihnen verfolgten Ziele und Absichten kennzeichnen die Versuche, homosexuell veranlagte Personen zusammenzuführen und zu organisieren als Erscheinungsformen politischer Untergrundtätigkeit.

Darüber hinaus müssen eine Reihe bekannter homosexueller Personen aufgrund ihrer politisch-negativen Einstellung und der von ihnen in das NSA unterhaltenen Rück- und homosexuell motivierten Verbindungen und Kontakte als potentielle Straftäter gemäß § 213 StGB angesehen werden.

Zur Verhinderung sowohl des politischen Mißbrauchs homosexuell veranlagter Personen durch politisch-negative und feindliche Kräfte im Sinne einer politischen Untergrundtätigkeit als auch zur Zurückdrängung strafbarer

Handlungen gemäß § 213 StGB und von Versuchen, die Übersiedlung in die BRD/WB zu erreichen, sind folgende grundsätzliche politisch-operative Aufgabenstellungen zu realisieren:

- Die Abteilung XX nimmt die komplexe operative Federführung bei der Aufklärung und Zurückdrängung von Versuchen feindlicher und politisch-negativer Kräfte wahr, homosexuell veranlagte Personen im Sinne der politischen Untergrundtätigkeit zu organisieren und gestaltet gleichzeitig eine enge Zusammenarbeit mit der BKG auf der Grundlage der in der DA 2/83 des Genossen Minister getroffenen Festlegungen.
- Durch die Kreisdienststellen sind unter Nutzung der Möglichkeiten der Arbeitsrichtung I der DVP sowie der offiziellen und inoffiziellen Kontakte im und in den medizinischen Bereich, zu Psychologen und Ehe- und Sexualberatern konkrete Hinweise zu homosexuell veranlagten Personen zu erarbeiten.

Über die Abteilung VII sind in diesem Zusammenhang die Kräfte, Mittel und Methoden der Arbeitsrichtung I der DVP verstärkt auf die Aufklärung homosexueller Personenkreise und ihrer Verbindungen zu orientieren sowie ein ständiger Informationsfluß zur Abteilung XX zu sichern.

- *Erkannte homosexuell veranlagte Personen sind in dem „Wer ist Wer?“ - Prozeß zur Aufklärung ihrer Persönlichkeit, ihrer politischen Grundhaltung sowie ihrer Verbindungen und Kontakte im Innern der DDR und in das NSA mit dem Ziel einzubeziehen, sowohl Hinweise über feindlich-negative Pläne und Absichten zu erarbeiten als auch für eine inoffizielle Zusammenarbeit geeignete Personen zu erkennen.*
- *Aus den Bereichen des Gesundheitswesens (Ärzte, Psychologen, Ehe- und Sexualberater) und der Volksbildung (Biologielehrer) sind IM/GMS zu gewinnen bzw. bereits vorhandene Quellen zielgerichtet einzusetzen, um als „Sympathisanten“ positiven Einfluß auf die inhaltliche Gestaltung der Arbeit von Zusammenschlüssen homosexuell veranlagter Personen zu nehmen und Ansatzpunkte für deren Mißbrauch durch politisch-negative und feindliche, insbesondere kirchliche Kräfte vorbeugend zu unterbinden bzw. zu beseitigen.*
- *Mit den vorhandenen IM im kirchlichen Bereich bzw. unter Einflußpersonen auf den kirchlichen Bereich (letzteres auf der Grundlage qualifizierter Parteiinformationen über diese Neue Variante des angestrebten Mißbrauchs kirchlicher Freiräume nur Schaffung einer inneren Opposition und über dabei erkannte personelle Schwerpunkte) ist der innerkirchliche Widerstand gegen den Mißbrauch der Kirche für die Organisierung der Homosexuellen bewußt zu stärken.*

- *Erkannte Organisatoren und Inspiratoren eines feindlichen bzw. politisch-negativen Mißbrauchs homosexuell veranlagter Personen im Sinne der politischen Untergrundtätigkeit sind in Abstimmung mit der Abteilung XX operativ zu bearbeiten.*
- *Die Kreisdienststellen und Abteilungen haben den Informationsfluß über Vorkommnisse, Erscheinungen sowie zur Lage und Situation unter homosexuellen Personenkreisen an die Abteilung XX und die AKG zu sichern sowie gemäß DA 1/80 zu erfassen und zu speichern (HMK 2 - sonstige im Rahmen der Bekämpfung der politischen Untergrundtätigkeit festgestellten Zusammenschlüsse und Konzentrationen von Person).*

Leiter der Abteilung
Reif
Oberstleutnant

Anlagen

Die Anlagen sind

- 1 *Bekannte Kontaktadressen für homosexuell veranlagte Personen in der DDR*
- 2 *In der Abt. XX bisher bekannt gewordene Mitglieder des Arbeitskreises Homosexualität Magdeburg*

Hatten zunächst die „Berichte“ der Magdeburger Inoffiziellen Mitarbeiter für Sicherheit (lt. Richtlinie Nr. 1/79: IM zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches) „Jessica“, „Andreas Kramer“, „Albert Matthies“, „Vera Jansen“, „Petra Focke“, „Heinz Fischer“ und „Franz Müller“ sowie des Inoffiziellen Mitarbeiters-Vorlauf zur Werbung „Katja Frey“, deren Klarnamen wie die der meisten anderen IM mir zum größten Teil bekannt sind, innerhalb weniger Tage und Wochen dafür gesorgt, daß die Magdeburger Bezirksverwaltung von der Gründung des Magdeburger Arbeitskreises nun auch auf „inoffiziellen Wege“ erfuhr** und damit die „Vorwarnungen“ bestätigt, wurden sofort fünf dieser IM „zum direkten Einsatz“ in unseren seinerzeit etwa 30 BesucherInnen starken Arbeitskreis sozusagen abkommandiert*. Dabei konnte man auf noch weitere *In der Abteilung XX bekannte homosexuelle IM (H)* (diese Bezeichnung habe ich in den entsprechenden Listen (noch) nicht gefunden; es dürfte sich um eben die **homosexuellen** MfS-Mitarbeiter handeln, die die Magdeburger BV schon früher listenmäßig erfaßt hatte; der diese in den After-Shave-Akten mitunter genannte Liste führende Mitarbeiter erntet Kritik, weil sie beim Beginn unserer Arbeit in Magdeburg nicht aktuell ist - E. S.) bzw. *IM mit Einsatzmöglichkeiten unter*

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 15

** Anhang 4 u. 5

*** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 16

homosexuellen Personenkreisen* zurückgreifen. Sie sollten nun die vorliegenden operativ- bedeutsamen Anhaltspunkte zum Arbeitskreis Homosexueller klären, die Persönlichkeit der Zielperson (Eduard Stapel - E. S.), ihren Aktivitäten sowie Verbindungen und Kontakte in der DDR sowie, insbesondere in das NSW, die Pläne und Absichten der Zielperson im Zusammenhang mit der Organisation des Arbeitskreises - aus Sicht des MfS selbstverständlich unter Mißbrauch der Kirche - und den Teilnehmerkreis(es) von Homosexuellen und Lesbierinnen weiter aufklären sowie die Realisierung feindlicher Pläne und Absichten des Arbeitskreises Homosexueller ... vorbeugend verhindern**.

Das MfS „weiß“ auch schon, daß sich STAPEL z. Z. noch nicht konkret zu gesellschaftspolitischen Problemen in der DDR äußert, sich erst einmal „Gewißheit“ über die Mitglieder des Arbeitskreises verschaffen sowie ihr Vertrauen erringen will. STAPEL sichert sich ab und vermutet im Zusammenhang mit dem Arbeitskreis Homosexueller operative Kontrollmaßnahmen durch das MfS.***

Zunächst wird die Laufzeit der OPK bis zum 1. März 1986 - also auf zwei Jahre - festgelegt; bis dahin gibt es Kontroll- und Etappenziele, die mit einem entsprechenden ersten Maßnahmeplan[†] vom 29. Februar 1984 realisiert werden sollen. Darin ist u. a. festgelegt:

1. Politisch-operative Maßnahmen

1. 1. Überprüfungen des St. (Stapel - E. S.) in den Speichern des MfS und der Zollverwaltung zur Feststellung von bereits vorhandenen operativen Materialien.

Termin: 10. 3. 1984

Verantwortl.: Hptm. Loos erl.

1. 2. Zusammenführung des in der Abt. XX/4 der BV Leipzig vorhandenen operativen Materials zur Zielperson ...
1. 3. Erarbeitung eines Ermittlungsauftrages an KD Kalbe/Milde mit dem Ziel, konspirative Wohngebietsermittlungen zu den Eltern, evtl. Geschwistern, Freunde und Bekannte zu führen. Gleichzeitig sollen seine Aufenthaltshäufigkeit in Kalbe/Milde (gemeint ist mein Hauptwohnsitz Bismark im Kreis Kalbe - E. S.) und seine Besitzverhältnisse aufgeklärt werden ...

* BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 64, 66; vgl. Anhang 6

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 14

*** ebd., Bl. 12/13

† ebd., Bl. 17ff.

1. 4. Einleitung von spezifischen Maßnahmen in den Abteilungen M* und PZF** mit dem Ziel der Feststellung von weiteren Kontaktpartnern im NSW ...

1. 5. Überprüfung der bekanntgewordenen Verbindungspersonen des St. in der Abt. XII ...

1. 6. Erarbeitung von konkreten Auftragsstrukturen für die zum Einsatz gelangenden IMS ...

- Aufklärung des Teilnehmerkreises ...

1. 7. Überprüfung der bereits bekannten und noch bekanntwerdenden NSW-Kontaktpartner in den Speichern des MfS und Vorbereitung von Leiterentscheidungen über die Realisierung weiterer operativer Kontroll- und Aufklärungsmaßnahmen ...

1. 8. Überprüfung der Realisierung operativer Maßnahmen A der Abt. 26*** zu STAPEL ...

1. 9. Erarbeitung eines ständig zu aktualisierenden Verbindungsplanes ...

- 1.10. Übergabe des Einleitungsberichtes an Abt. XX als federführende Abteilung und ständiger Informationsaustausch auf Leiterebene ...

2. Kräfteinsatz

(neben den bereits genannten IMS - E. S.)

- differenzierter Einsatz von weiteren IM des Referates 1 ...

4. Termine und Verantwortlichkeiten

... Nach Abschluß der wesentlichsten Überprüfungsmaßnahmen, bis 10. 7. 1984, erfolgt die Erarbeitung einer Zwischeneinschätzung zum Stand der politisch-operativen Bearbeitung der OPK. Darauf aufbauend werden weiterführende politisch-operative Maßnahmen zur Leiterentscheidung vorbereitet ...

Einem gelernten DDR-Bürger, eine „erfolgreiche“ Lehre vorausgesetzt, war selbstverständlich klar, daß er mit derlei Überprüfungen durch die Staatssicherheit zu rechnen hatte, ließ er sich auf ein entsprechendes Engagement ein. Daß das MfS damit rechnete, ich „sicherte mich ab“, ist aus seiner Sicht zwar verständlich, hatte aber mit der Realität nicht viel zu tun: Wer solche „offenen Gruppen“, wie sie zur „Offenen Arbeit“ der Evangelischen Kirchen in der DDR in jener Zeit gehörten, ins Leben rief und leitete, mußte immer davon ausgehen, daß der Sicherheitsdienst schnüffelte. „Gewißheit“ über die Mitglieder des Arbeitskreises und Vertrauen waren nicht zu erlangen.

* Abteilung M - Postkontrolle

** PZF - Postzollfahndung

*** Maßnahme A der Abt. 26 - Telefonüberwachung

Stattdessen kam es darauf an, ein „gesundes Mißtrauen“ und eine möglichst große Offenheit bei sich selbst und bei den Arbeitskreis-Besuchern so in der Waage zu halten, daß die beabsichtigte Arbeit möglich wurde und blieb. Daß das gerade in den wohl offensten Kirchengruppen, was die Bandbreite der politischen und ideologischen Anschauungen ihrer Teilnehmer angeht, nämlich in den Schwulengruppen, besonders schwierig war, läßt sich leicht denken: Die „persönliche Betroffenheit“ des Schwulseins machte keinen Unterschied etwa zwischen SED-Funktionären und „Staatsfeinden“, auch wenn man davon ausgehen sollte, die „persönliche Betroffenheit“ nehme je nach allgemeiner Minderheiten- oder spezieller Schwulenpolitik eines Staates entsprechenden Einfluß auf die individuellen politischen Haltungen der „Betroffenen“. Aber die übermächtige Diskriminierung von Schwulen schlägt in Selbstdiskriminierung um, die die Schwulen wiederum in den gewählten Nischen verharren und sie sie sogar bestreiten läßt.

Sobald also die antihomosexuelle Politik der DDR zur Sprache kam - und das mußte aufgrund unseres Ansatzes der Schwulenarbeit Dauerzustand sein -, mußten die Befürworter des Systems in den Gruppen so manchen Spagat machen. Und als Leiter solcher Gruppen war man in der Verantwortung, diejenigen, die sich zum Beispiel bei erregten Diskussionen besonders „staatsfeindlich“ äußerten, auf die Möglichkeit, ja Gewißheit hinzuweisen, daß MfS-Leute mithörten. So ist in den After-Shave-Akten immer wieder - wahrheitsgetreu - zu lesen, ich vermutete die Anwesenheit des MfS. Schlußfolgerung der Stasi: Ihre Mitarbeiter sollten noch konspirativer auftreten, um ja nicht entdeckt zu werden. Dabei hätte sich meine wie wohl die Arbeit aller schwulenpolitisch in den Kirchlichen Arbeitskreisen Homosexualität Engagierten keineswegs geändert, hätten sie um die MfS-Zugehörigkeit eines Arbeitskreis-Besuchers sicher gewußt.

Allerdings bestand eine der hauptsächlichen Aufgaben dieser Aktiven über die Jahre eher darin, immer wieder auftauchende Stasi-Verdächtigungen von Arbeitskreis-Teilnehmern zurückzuweisen, insbesondere dann, wenn IM zur Zerstörung der Gruppenarbeit entsprechende Gerüchte als „Zersetzungsmaßnahme“ des MfS in die Welt setzten. Solche Gerüchtere Verbreitung gehörte zu einem ganzen Katalog von Zersetzungsmaßnahmen, wie sie in der Richtlinie Nr. 1/76 des MfS zur Bearbeitung Operativer Vorgänge verzeichnet sind:

Bewährte anzuwendende Formen der Zersetzung sind:

- *systematische Diskreditierung des öffentlichen Rufes, des Ansehens und des Prestiges auf der Grundlage miteinander verbundener wahrer, überprüfbarer und diskreditierender sowie unwahrer, glaubhafter, nicht widerlegbarer und damit ebenfalls diskreditierender Angaben;*
- *systematische Organisation beruflicher und gesellschaftlicher Mißfertige zur Untergrabung des Selbstvertrauens einzelner Personen;*

- *zielstrebige Untergrabung von Überzeugungen im Zusammenhang mit bestimmten Idealen, Vorbildern usw. und die Erzeugung von Zweifeln an der persönlichen Perspektive;*
- *Erzeugen von Mißtrauen und gegenseitigen Verdächtigungen innerhalb von Gruppen ...*
- *Erzeugen bzw. Ausnutzen und Verstärken von Rivalitäten innerhalb von Gruppen ... durch zielgerichtete Ausnutzung persönlicher Schwächen einzelner Mitglieder;*
- *Beschäftigung von Gruppen ... mit ihren internen Problemen ...*
- *Örtliches und zeitliches Unterbinden bzw. Einschränken der gegenseitigen Beziehungen der Mitglieder einer Gruppe ... auf der Grundlage geltender gesetzlicher Bestimmungen, z. B. durch Arbeitsplatzbindungen, Zuweisung örtlich entfernt liegender Arbeitsplätze ...**

Gegen solche Gerüchte konnten die Arbeitskreis-Leitungen nun allerdings ganz ruhig antworten: Zum einen waren die Gruppen als kirchliche Schwulenarbeit - und nicht, wie die MfS-Akten dauerhaft verzeichnen, „unter Mißbrauch der Kirche“ - völlig legal. Zum anderen waren sie für jedermann zugänglich - ein Wesenszug kirchlicher Veranstaltungen. Und: Wir wollten ja, daß „der Staat“ alles hört, was wir als Schwule zu sagen hatten; wie sonst sollte er darauf kommen und verstehen, daß seine Schwulenpolitik lediglich aus Diskriminierung bestand?! Alle konnten wir freilich mit diesen Argumenten nicht überzeugen und zum Bleiben bewegen.

Jedenfalls ist es purer Unfug, wenn IM in den Akten immer wieder davon sprechen, sie hätten sich die Informationen „erarbeitet“. Sie standen auf Ormig-Abzügen oder wurden angesagt; jeder konnte nicht nur, sondern sollte sogar Programme und Einladungen für potentielle Arbeitskreis-Interessenten mitnehmen und weitergeben - schließlich durften wir „nur für den innerkirchlichen Dienstgebrauch“ vervielfältigen und „veröffentlichen“.

Noch größeren Unfug machte ein IM, als er nur ein Exemplar eines Programmabzuges mitnahm, um nicht verdächtigt zu werden, er gäbe das weitere Exemplar dem MfS. - Ähnliche Angst vor der Dekonspiration hatte ein anderer IM, der sich nicht in eine Weihnachtsfeier-Liste eintrug, die im Arbeitskreis herumgegeben wurde: *Auf dieser Liste sollten Vorname, Name und Anschrift eingetragen werden aus konspirativen Gründen habe ich mich nicht in diese Liste eingetragen und demzufolge auch nicht an dieser „Weihnachtsfeier“ teilgenommen ...*** - Und der Gipfel: In vielen Fällen wurden die in der

* Gill, D./ Schröter, U: Das Ministerium für Staatssicherheit. Anatomie des Mielke-Imperiums, Reinbek bei Hamburg 1993, S. 390f.

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 57f.

Regel Halbjahres-Programme der Arbeitskreise, also ein bis vier DIN-A-4-Seiten* in den Dienststellen des MfS abgetippt und dem IM für seine „operative Arbeit“ zurückgegeben. Doch anstatt aus den o. g. „ersten Erkenntnissen“ z. B. zu schließen, daß die Evangelische Stadtmission ihre Arbeitszweige mit dem Arbeitskreis Homosexualität um den der Schwulenarbeit nur erweitert hatte, daß dieser Kreis keinesfalls „Politische Untergrundtätigkeit“ betrieb oder gar daß Schwule in der DDR tatsächlich diskriminiert wurden, und auf diese Weise zur oben erwähnten „wertfreien Einschätzung“ zurückzukehren, kam am 27. April 1984 eine Runde der bisher mit den Untersuchungen befaßten MfS-Mitarbeiter, bestehend aus dem Leiter der Abt. XX, OSL Reif, aus dem Mitarbeiter für OV-Bearbeitung, Major Zimolong, aus den operativen Auswertern Hptm. Schuart und Hptm. Landmann, aus dem Referatsleiter VI/1, Major Hochmuth, und aus dem OPK-führenden Mitarbeiter, Hptm. Loos**,

*ausgehend von den operativen Ergebnissen der Absprache und der politisch-operativen Bedeutung****

nach dreieinhalbstündiger Beratung zu der Erkenntnis,

... daß bei Bestätigung des Anlegens eines Operativvorganges, aufgrund der operativen Breite und der ständigen Gewährleistung der operativen Aktualität, die Bearbeitung durch eine zeitweilige Arbeitsgruppe erfolgen mußte.

Die politisch-operative Bedeutsamkeit ...

sehen die Teilnehmer dieser Runde

*... dadurch unterstrichen, daß aus der operativen Bearbeitung resultierende Leiterentscheidungen nur über den Leiter der Hauptabteilung XX, Genossen Generalmajor Kienberg, getroffen werden können****

- also des u. a. für die Bearbeitung des sogenannten PID/PUT † zuständigen Mannes in der Berliner Zentrale des MfS.

Es gab also

*zentrale operative Erkenntnisse, insbesondere zu Leitungsstrukturen, strategisch-taktischen Zielstellungen, hinsichtlich konzeptioneller Verbindungen der einzelnen bezirklichen AKH zur Schaffung einer politischen Plattform, der umfangreichen NSW-Verbindungen zu feindlich-negativen Zentren/Organisationen sowie der Anwendung konspirativer Mittel und Methoden in ihrer Arbeit innerhalb der DDR ... ***;*

* Anlagen 2 u. 3

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 220

*** ebd., Bl. 222

† PID/PUT - Politisch-ideologische Diversion/Politische Untergrundtätigkeit

die Oberstleutnant Reif der Runde dargelegt hatte. Diese Runde beschloß nun ein ganzes Bündel von Maßnahmen, um sie nach einem nächsten Absprache-Termin am 24. Mai 1984 *zum Anlegen des Operativvorganges ... den beiden Stellvertretern Operativ und dem Leiter der Bezirksverwaltung zur Bestätigung** vorzulegen: Zunächst erarbeitet die Abt. XX eine *Auswertungsinformation ... zur OPK „After-Shave“ und sichtet das vorliegende operative Material zu STAPEL ... und arbeitet es der Abteilung VI/1** zu****. Die Abteilung VI/1 macht daraus einen *Sachstandsbericht zur OPK** und arbeitet ihn wiederum der Abteilung XX zu.

Dann wird der Operativ-Vorgang „After-Shave“ konzipiert. Er enthält einen *Operativplan* folgenden Inhalts:

- a) Maßnahmen zur Zielperson STAPEL,
- b) Maßnahmen zur Leitung des AKH/Magdeburg,
- c) Maßnahmen zu den überbezirklichen Verbindungen/Kontakten in der DDR sowie den SW†- und NSW-Verbindungen/Kontakten,
- d) konzeptionelle Aufteilung der bisher bekannten Verbindungspersonen zur Beauftragung der zuständigen Dienstseinheiten (Abteilungen/Kreisdienststellen) mit der zielgerichteten Bearbeitung,
- e) Federführung der Abteilung XX und ständige Abstimmung mit der Hauptabteilung XX/9, die mit der Bearbeitung der Homo-Kreise zentral beauftragt wurde,
- f) periodische Beratungen, Abteilung XX/VI, unter differenzierter Hinzuziehung derjenigen Dienstseinheiten, die Verbindungspersonen bearbeiten, mit den Aufgaben
 - . Abstimmung des erreichten Standes der operativen Bearbeitung
 - . Festlegung weiterführender abgestimmter operativer Maßnahmen,
- g) Prüfung von Möglichkeiten des IM-Einsatzes ins Operationsgebiet mit dem Ziel der inoffiziellen Steuerung von NSW-Kontakten und des Eindringens in die NSW-Zentren der politischen Untergrundtätigkeit,
- h) weiterer zielgerichteter Einsatz des IMS „Andreas Kramer“ unserer Dienstseinheit zur Festigung des Vertrauensverhältnisses zu STAPEL und der

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 221

** Abteilung VI/1 - Tourismus/Paß- und Kontrolleinheit

*** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 220

† SW - sozialistisches Wirtschaftsgebiet

aktiven Einbeziehung in den Kreis der Leitung des AKH (absolute Schwerpunktaufgabe des IMS!).*

Eine Woche später kommt es zur Erweiterung des Fahndungsauftrages STAPEL, Eduard auf Inlandpost.

Im Prozeß der politisch-operativen Bearbeitung der Person STAPEL wurde inoffiziell bekannt, daß St. pro Woche ca. 20 Briefe von operativ-interessanten DDR-Bürgern, insbesondere Homosexuellen, Lesben und Antragsteller auf Übersiedlung, erhält.

Zur weiteren Aufklärung der Aktivitäten der Zielperson ist diese Maßnahme dringend notwendig.**

Und ebenso die Überwachung meines Diensttelefons:

Im Zusammenhang der konspirativen Zerschlagung der vom AK „Homosexualität“ geplanten Veranstaltung ... wurden operativ-technische Maßnahmen „A“ der Abteilung 26 zur Zielperson St. eingeleitet. Die Zielstellung dieser Maßnahme besteht darin, im Zusammenhang mit der Zerschlagung

- Pläne, Absichten, Maßnahmen des STAPEL und des Leiterkreises zu erarbeiten,
- Kontaktpartner, die im Besitz einer Einladung waren, aufzuklären und die Personenübersicht zu vervollständigen.***

In der besagten „Auswertungsinformation“ machte OSL Reif

deutlich, daß die AKH eine alternative Bewegung in Gang setzen wollen. Seit Jahren liegen gesicherte Erkenntnisse vor, daß hieraus auch eine „Fluchtbewegung“ entstanden ist. Als besonders wichtig in der operativen Arbeit sind die Beziehungen zum NSW unter operativer Kontrolle zu halten. Aus diesem Grunde sind alle NSW-Personen zu überprüfen.†

Nachdem einige Worte über die

bisher bekanntgewordenen feindlich-negativen Zentren ... IKV - Interkirchlicher Friedensrat ... „Frauen für den Frieden“ und die „nordirische Friedensbewegung“ ... die Eurokommunistische Friedensbewegung in Italien sowie die „Graswurzler“ aus Berlin-West ... in der CSSR ... die „Chartisten“†

verloren werden, die hinsichtlich unserer Arbeitskreise keine Rolle spielten, heißt es

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 221

** ebd., Bl. 241

*** ebd., Band 2, Bl. 15

† ebd., Band 1, Bl. 223

zur Zielperson der OPK „After Shave“ ... daß bei Stapel nach einer legalen und einer illegalen Leitung zu suchen ist. In der weiteren Bearbeitung ist Augenmerk darauf zu legen ob St. mit dem OWG* beizukommen ist.

Grundsätzlich sind alle „Normüberschreitungen“ der Zielpersonen so zu betrachten, weiter aufzuklären und nach Möglichkeit operativ zu zerschlagen.

Die AKH wenden die Methoden der KPD aus dem Widerstandskampf an und konspirieren ihre Verbindungen.**

Kein Wunder also, wenn bereits wenig später der Leiter der Abteilung VI, Referat 1, Oberstleutnant Masog, von zu diesem Zeitpunkt nicht weniger als acht IM spricht, „darunter Homosexuelle und Lesben“, die

durch den zielgerichteten Einsatz ... sowie die konspirative Einführung des IMS „Andreas Kramer“ in die operative Personenkontrolle und die Herstellung vertraulicher Beziehungen zur Leitung des Arbeitskreises ... operativ-bedeutsame Informationen zur Aufklärung der Pläne, Maßnahmen und Zielstellungen des Arbeitskreises sowie zur Identifizierung beteiligter Personen in Magdeburg, Berlin, Leipzig und dem NSW erarbeitet***

haben.

Und er kündigt eine Beratung an,

wobei geprüft werden soll, der Leitung der Bezirksverwaltung die Einleitung eines Operativ-Vorganges vorzuschlagen und die erforderlichen Dokumente dazu zu erarbeiten†.

Doch bis dahin werden noch einige Jahre vergehen. Warum das bis 1987 nicht geschah, kann ich den Akten leider nicht entnehmen. Zunächst fordert ein handschriftlicher Vermerk auf Masogs Rapport: Ziel Zersetzung des Arbeitskreises.***

Wie die Geschichte der Kirchlichen Arbeitskreise Homosexualität zeigt, wird das Ministerium für Staatssicherheit dieses Ziel bis zu seinem eigenen Ende nicht nur nicht erreichen, sondern die Fortsetzung und Ausdehnung unserer Arbeit Stück um Stück hinnehmen müssen. Aber es unternahm große - und je länger, desto größere - Anstrengungen und füllte im Durchschnitt täglich rund eineinhalb Seiten zu unserer Arbeit allein in Magdeburg.

* OWG - Ordnungswidrigkeiten-Gesetz

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 224

*** ebd., Bl. 292

† ebd., Bl. 294

Ich habe den Anfang der Akten so ausführlich dargestellt, um einerseits deutlich zu machen, mit welchem Aufwand und in welcher Breite zahlreiche MfS-Dienststellen am Entstehen der Magdeburger, aber auch zahlreicher gleicher Akten überall in der DDR beteiligt waren, und um andererseits diesen riesigen Aufwand beispielhaft für fast jeden weiteren Schritt durch die Jahre hindurch aufzuzeigen.

Mit diesen ersten Akten legten die Sicherheitsdienstler eine qualitative Basis, die sich bis 1989 nicht wesentlich veränderte. Aus ihr erwuchsen jedoch unterschiedlich große Quantitäten - jeweils abhängig von unseren Veranstaltungen. Neue Ereignisse und unsere weiteren Aktivitäten wurden eingeordnet und führten zu einem immer verzweigteren Netz der sicherheitsdienstlichen Bemühungen.

Selten kam es zu neuen Zungenschlägen in der politischen Bewertung. Es zeigt sich, daß das MfS insgesamt und seine an der Akte „After-Shave“ beteiligten hauptamtlichen wie Inoffiziellen Mitarbeiter weder in der Sache, also zur Homosexualität, noch hinsichtlich der weiterhin Schwule diskriminierenden DDR-Politik etwas hinzulernten und offenbar auch nicht bemerkten, daß uns auf dem vom MfS eingeschlagenen Weg nicht beizukommen war und daß das bisher angewendete sicherheitsdienstliche Handwerkszeug nicht ausreichte und man andere Geschütze auffahren mußte.

So entstanden entsprechend den jeweiligen „Zuarbeiten“ der vielen IM-Zuträger, den daraus von den Hauptamtlichen zusammenfassenden Berichten und Beurteilungen unserer Arbeit sowie den davon abgeleiteten Anforderungen beispielsweise in „Maßnahmeplänen“ alle möglichen, für die Arbeit eines solchen Geheimdienstes wie des MfS aber wohl völlig gewöhnlichen Texte, wie sie der folgende, aber längst nicht vollständige Überblick zeigt:

- Berichte über unsere Veranstaltungen und Tagungen aller Art, also von der politischen Diskussion bis zur Diskothek in den verschiedenen Magdeburger Kirchen - zur gegenseitigen Kontrolle der IM oft auch mehrere von verschiedenen IM, die ja nicht voneinander wußten;
- Anwesenheitslisten, Programme, Absicherungsinstruktionen;
- Aktenvermerke über Äußerungen, die dem IM „auffielen“ oder auch dem Hauptamtlichen „relevant“ schienen;
- Vortrags-Mitschriften und -Mitschnitte;
- Situations-, Stimmungs- und Charakter-Einschätzungen von Gruppen und Einzelpersonen;
- vielerlei Informationen zu Personen - vom beruflichen Werdegang über familiäre Verhältnisse bis zur Beschreibung von Kontakten zu anderen Personen;

- Instruktionen von Staatsfunktionären für und deren Zuarbeiten über Gespräche mit Aktivisten;
- Schriftwechsel der Beteiligten mit staatlichen und kirchlichen Behörden und einzelnen Funktionären;
- Berichte über Kirchenleitungs-Sitzungen, wenn das Thema Homosexualität oder ich selbst/meine Ordination zur Debatte standen (in der Magdeburger Kirchenleitung hatte das MfS in jener Zeit ständig zwei Offiziere im Besonderen Einsatz/OibE und oft auch noch eine Konsistoriumsjuristin zu sitzen, die „IM der Abt. XX/4 der Bezirksverwaltung Halle“ war);
- speziell schwulenpolitische Anforderungsprofile für Inoffizielle Mitarbeiter;
- Ergebnisse der Grenzkontrollen von Besuchern aus dem „NSW“;
- Post-Kontroll-Ergebnisse, Protokolle über die Entnahme von Büchern und Zeitschriften(-Artikeln) aus Paketen und Briefen;
- Telefon-Abhör-Protokolle;
- Beschreibungen der Beziehungen zwischen einzelnen Personen und Berichte über Besuche u. a. Begegnungen bei/mit ihnen;
- Liebesbriefe;
- Berichte über meine Klinik-Aufenthalte und Operationen sowie einen großen Teil meiner Krankenakten;
- literaturwissenschaftliche (???) Analysen von Texten, um sie bestimmten Autoren zuschreiben zu können;
- Kontrollen persönlicher finanzieller Verhältnisse; Berechnung von Trinkgeldern, die ich beim Kellnern in Bismarcker Gaststätten verdiente;
- Wiedergabe von Gerüchten über einzelne Personen und Anordnungen zu ihrer Überprüfung;
- Auskünfte über ausländische Schwulen-Organisationen und über deren Funktionäre;
- Dienstgesprächs- und -beratungs-Protokolle hauptamtlicher Mitarbeiter der verschiedenen Ebenen;
- Presseberichte über die westliche Schwulen-Bewegung, insbesondere aber solche über uns in der DDR;
- unsere Positionspapiere und MfS-Analysen dazu ...

Der letzte Bericht ist der von IM „Roy“ vom 10. Oktober 1989 an seinen Führung-Hauptmann Aporius mit den Informationen, daß im Raum des Arbeitskreises in der Evangelischen Stadtmission Magdeburg eine Abschrift der Forderungen des „Neuen Forums“ hänge und daß ich um Unterschriften für diese Aktion bäte.

Insgesamt entstanden im Laufe der Jahre zum Arbeitskreis Homosexualität der Evangelischen Stadtmission Magdeburg nach meinem jetzigen Kenntnisstand 14 Bände mit zusammen 3.104 Seiten:

- unter dem Namen „After-Shave“ mit der Registrier-Nummer VII/ (meint den Bezirk Magdeburg) 733/84, Abt. XX bzw. mit der Archiv-Nummer AOP 9/91 sind es schließlich 7 Bände mit 1.958 Seiten;
- unter der ZMA- (Zentrale Materialablage) Nummer 5349, Abt. XX, 5 Bände mit 765 Seiten;
- unter den ZMA-Nummern 10050/12a und 10050/12b, HA XX, 2 Bände mit 381 Seiten.

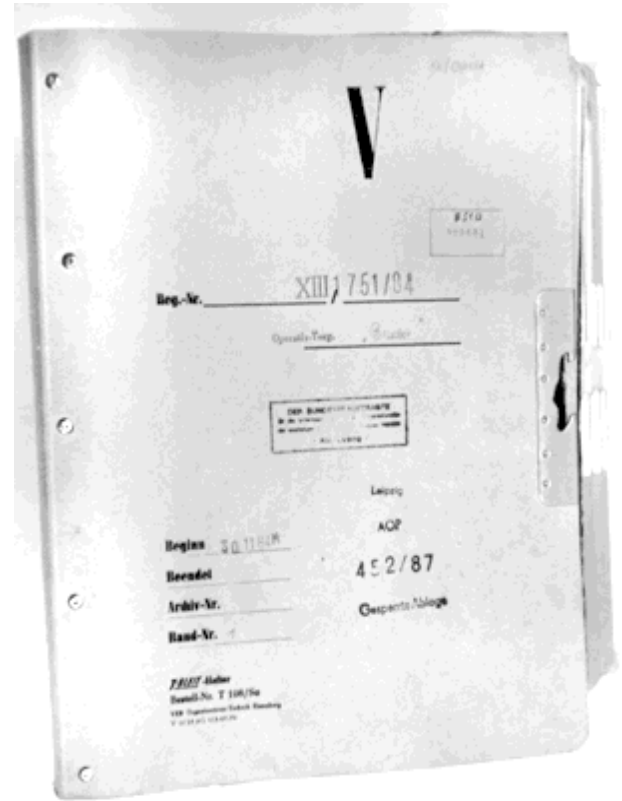
Diese Bände konnte ich zu großen Teilen lesen. Dank der Bereitschaft anderer „aktenkundiger“ Aktivisten in verschiedenen Arbeitskreisen und weil ich in den meisten dieser Arbeitskreise irgendwie tätig war und also auch in ihren Stasi-Akten auftauche, hatte ich entsprechend dem „Gesetz über die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (Stasi-Unterlagen-Gesetz - StUG)“ auch Einblick in etwa 25 weitere Bände - insbesondere in den OV „Bruder“ über den Leipziger Arbeitskreis mit seinen 6 Bänden und etwa 1.500 Seiten. Für diese Möglichkeit danke ich den damaligen Mitstreitern sehr.

Meine Hoffnung geht dahin, diesen Bereich staatssicherheitsdienstlicher Bearbeitung des Themenfeldes Homosexualität noch viel umfangreicher öffentlich darstellen zu können, als es in dieser Broschüre möglich ist.

Doch zurück zur Akte „After-Shave“. Wenn die MfS-Mitarbeiter sie bis zum Herbst 1989 Tag um Tag, Monat um Monat und Jahr um Jahr auch in beinahe gleichförmiger Weise füllten, so verschärften sie doch ihren Ton immer mehr, versuchten „spektakuläre“ Aktionen (vgl. Kap. 5 und 7) oder zurrten die strafrechtlichen Konsequenzen meiner Aktivitäten immer fester (vgl. Kap. 8).

Das mochte mit der - relativen! - Erfolglosigkeit fast aller ihrer Anstrengungen - insbesondere ihrer Zersetzungs-Bemühungen - gegen uns, wenn die in den Akten auch nur höchst selten eingestanden wird, eher aber mit unserem konsequenten, sich immer weiter ausdehnenden Engagement und vor allem mit unseren inzwischen in großer Breite erarbeiteten Forderungen zusammenhängen. Jedenfalls fielen diese Dinge zeitlich zusammen.

Ein wichtiger Schritt dafür war die schon zum dritten Mal veranstaltete Tagung der Evangelischen Akademie Sachsen-Anhalt „Homosexuelle 1987 - Fortgesetzte Versuche zur Verständigung“, nach den Problemanzeigen „Homosexualität und Theologie/Kirche“ 1983 und „Homosexualität und Gesellschaft“ 1985 nun unter dem Motto „Integration! - Aber wie?“ - diesmal mit



Dokument 2: Akte Operativ-Vorg.(ang) „Bruder“ zum Arbeitskreis Homosexualität der Evangelischen Studentengemeinde Leipzig (BStU Ast. Leipzig AOP 452/87; Bände 1-4)

fast 500 BesucherInnen auf dem riesigen Gelände des Magdeburger Domes. In etwa 20 Arbeitsgruppen erarbeiteten die vielen TeilnehmerInnen eine Art Forderungskatalog, der später zwar kein „verbindliches Papier“ aller Arbeitskreise wurde, dem Ministerium für Staatssicherheit und den Verantwortlichen in der DDR-Führung aber zeigen mußte, daß hier nicht nur vereinzelte „Staatsfeinde“ und „Mißbraucher der Homosexuellen in der DDR“ am Werk waren, sondern daß die „Inspiratoren und Organisatoren“ der Arbeitskreise (Stasi-Sprache) inzwischen eine relativ große Basis hinter sich gebracht hatten. Und vor nichts hatte die Stasi mehr Angst als davor, daß „Staatsfeinde“ ihre Positionen und ihre Forderungen an den Staat „öffentlichkeitswirksam“ formulierten und präsentierten und daß solch ein Forderungskatalog womöglich auch noch in westlichen Medien zur Sprache kam. Dabei waren diese Forderungen weder neu noch bisher nicht öffentlich ausgesprochen. Allerdings kamen sie so komprimiert bis dato immer nur von manchen der Aktivisten:

HA XXII Anlage 3 zum Rapport vom 21.12.89

151233

ZMA	10050/12
-----	----------

BStU 00023

Eduard Stapel
Leibniz-Str. 48
Magdeburg, 3010
Tel. 32 002
8. Dezember 1987

Liebe Mitglieder der Koordinierungsgruppe der kirchlichen Arbeitskreise Homosexualität in der DDR!

Hiermit sende ich Euch meine Redaktion der Ergebnisse der Gruppenarbeiten der Tagung am 26. 9. 1987. So hatten wir das in Brandenburg wohl verabredet.

Diese Texte kommen nicht in das zu veröffentliche Tagungsmaterial. So wird Eure Arbeit mit diesen Wünschen, Erwartungen und Forderungen in Euren Arbeitskreisen sehr wichtig sein.

Von Rostock aus ist dann sicher bald zu hören, wie wir mit diesen Texten umgehen wollen. Dessen ungeachtet müßt Ihr selbst entscheiden, in welcher Form und Art und Weise Ihr sie in die Arbeitskreise einbringen wollt und was die Arbeitskreise mit diesen Gedankenanstößen machen werden.

Mit freundlichen Grüßen
gez. Eddi Stapel

Dokument 3: BStU MfS HA XX ZMA 10050/12b, Bl. 23-25

- Tagung d. Evang. Akademie Sachsen-Anhalt, der Männerarbeit in der Kirchenprovinz Sachsen u. d. Evang. Stadtmission Magdeburg zur Thema "Homosexualität 1987" - Fortgesetzte Versuche zur Verständigung" unter dem Motto "Integration! - Aber wie?" am 26. September 1987 in Magdeburger Domgallende
- Ergebnisse d. Gruppenarbeiten: Wünsche, Erwartungen, Forderungen
- A. Allgemeine Wünsche, Erwartungen, Forderungen
- Das Thema Homo-/Antihomosexualität möge statt eines isolierten, medizin. o. d. sozialwiss. Themas werden.
 - Gesetzl. Gleich-/Ähnlichstellung d. Lesben u. Schwulen (Antidiskriminierungsgesetz).
 - Aus- u. Weiterbildung zum Thema Homo-/Antihomosexualität in allen Bereichen d. gesellschaftl. Lebens auf sexualwiss. Grundlage, sexualwiss. Aufklärung.
 - Sexualwiss. begründete sexuelle Aufklärung in Familie u. Schule
 - Änderungen in jetzigem B. u. Verhalten von Mann u. Frau
 - Abschaffung d. patriarchalen Machtsystems
 - größere Publizität d. Themas Homo-/Antihomosexualität
 - Verbesserung d. Toleranz
 - Solidarität unter Lesben- u. Schwulen und Homo- u. Heterosexueller miteinander.
- B. Formen u. Methoden
- Ringe über die Arbeitskreise an: Ministeriat, Ständerat, Medien, Kulturbereich, Kirchen, Minister f. Volkshochschul- u. Minister f. Hoch- u. Fachschulen
 - Beratungsstellen (psychische)
 - Mehr Einladungen d. Lesben u. Schwule selbst an Heterosexuelle u. an Institutionen
 - Öffnung der Informationspolitik
 - Kontaktanzeigen
- C. Spezielle Wünsche, Erwartungen u. Forderungen an Institutionen
1. Staat (Recht, Nation, gesellschaftl. Organisationen, Staatsapparat)
- Staatsapparat:
 - Aufklärerische Weiterbildung von Funktionären auf sexualwiss. Grundlage
 - Erklärung von Homo-/Antihomosexualität aus gesellschaftl. Problem u. seine komplexe Behandlung
 - Recht:
 - Gesetzl. Gleichstellung von Lesben u. Schwulen sowie ihrer Partnerschaften
 - Antidiskriminierungsgesetz
 - Steuer-, Erb-, Erbschafts-, Adoptions-, Wohnrecht; sozialpolitische Maßnahmen
 - keine mit Homosexualität begründ. Berufsverbote
 - öffentl. Anerkennung gleichgeschlechtl. Partnerschaft
 - gemeinsame Wohnungen für Paare außerhalb der Ehe (Gleichstellung mit Verheirateten)
 - Medien:
 - Zeitschrift für/von Lesben u. Schwulen
 - allgemein positive Darstellung homosexueller Beziehungen in den Medien
 - Dorchesterstattung über die Aktivitäten von Lesben- u. Schwulengruppen
 - Kontaktanzeigen
 - Kommunikation:
 - nichtkommerzielle, niveaufullev Begegnungsabgl.
 - Ausbau der einschlägigen Gostetäten
 - Kommunikations- u. Beratungszentren
 - Bildung/Erzieh.:
 - Aus- u. Weiterbildung d. Erzieher/Lehrer (Literatur, Biologie, Staatsbürgerkunde)
 - sexualwiss. Lehrplangestaltung, Schülerakademien, außerunterrichtl. Veranstalt. zur Thematik

- 2 -

2. Kirche

- Aus- u. Weiterbildung zur Theoz. auf sexualwiss. Grundlage/Aufklärung sexualwiss. Erkenntnisse
- größere Publizität d. Theoz., z.B. auf Kirchentag
- keine mit Homosexualität begründeten Berufsverbote
- Gründung von bedeutend mehr Arbeitskreisen
- sowie Anstellung weiterer hauptamtl. Mitarbeiter für die Homosexualitäten-Arbeit

3. Sexualwissenschaften

- telefonische Beratung
- mehr Fachliteratur (auch Lizenzen o.d. Ausland)
- Ausrichtung d. Informationsfand. Foren, Sem.
- Prof. Büttner u. Besoro Aufklärung darüber
- sexualwiss. Beratungsstellen
- mehr Forschungen über "weibliche Homosexualität"
- breitere Publizierung sexualwiss. Erkenntnisse
- Lehrstühle für Sexualwissenschaften
- Überarbeitung Lehrbuch-Suches

4. Wissenschaften

4.1. Psychologie:

- Aus- u. Weiterbildung auf sexualwiss. Basis
- bessere Kontaktfähigkeit/Einbeziehung Homosex.

4.2. Medizin:

- Entlassung v. Problemkreisen Homo-/Antihomosexualität aus dem Fach Medizin
- Streichen d. "Homosexualität" aus dem Krankheitsverzeichnis
- Verbot von Manipulationsversuchen, bes. der Drogenforschungen
- Beseitigung von aus der Diskriminierung Homosexueller herrührender Krankheiten unter ausschließl. Berücksicht. d. Sexualwiss.
- Aus- u. Weiterbildung d. Medizin. Personals auf sexualwiss. Basis
- Aufklärung des Einwirkens d. Medizin auf die Gesellschaft insgesamt in ihrer Multifunktionsfunktion

5. Kunst/Kultur:

- einschläg. Kollektistik, Filme u.a. Kunst

6. Spezielle Wünsche, Erwartungen u. Forderungen an alle Betroffenen

1.an Heterosexuelle:

- Bereitschaft zur Aufklärung zu größerer Toleranz

2.an Homosexuelle:

- Bildung von Autorennkollektiven "Homosexuelle für Homo"
- Bildung von Arb.-gemeinsch. fachkundiger Homosexuell gegen Berufs- Diskriminierung
- Bildung weiterer Gruppen zur Stärkung d. Integrationsfähigkeit
- offenes Auftreten statt Anonymität
- Eingaben
- Gesprächsarbeit, gegenüber u. Verständnis für Homosexuelle/n
- Solidarität statt Diskriminierung untereinander
- weitere Öffnung der Arbeitskreise
- größere Verbindlichkeit bei Partnerschaften (ethische Normen)
- mehr Geduld an Aufklärung/Aufbau der theoretischen Beschäftigung mit der Theoz.
- engagierte Mitarbeit in den AK
- Beratung u. Hilfe untereinander
- engagiertes Handeln gegen das jetzige Rollenverhalten
- bessere Nutzung d. persönl. Umfelds für diese Aktivitäten

000025

KOPIE BStU

Die Bemerkung eines MfS-Mitarbeiters dazu lautet:

zu 3.

*Durch den operativ bekannten STAPEL, Eduard erfolgte eine Aufarbeitung der Ergebnisse einer Beratung von Leitern kirchlicher Arbeitskreise Homosexualität am 26.9.87 in Magdeburg, die er nun postalisch an die Arbeitskreise versendet ... **

zu 3. bezieht sich auf Punkt 3 der Zielstellungen des im Anschluß zu besprechenden *Eröffnungsbericht(es)* zum OV „After Shave“, wo es u. a. heißt:

3. Verhinderung öffentlichkeitswirksamer, auf Konfrontation mit dem Staat gerichteter Maßnahmen St. - Maßnahmen:

3.1. Schaffung offizieller Beweise die dazu verwendet werden können... - Kräfte und Mittel: ... Auswertung von Dokumenten, Eingaben, Reden und andere Schriftstücke des St., die er an offizielle Stellen versendet oder die sich anderweitig offiziellisieren lassen ... **

Manche dieser Forderungen - besser: Vorstellungen für eine Integration der heterosexuellen Mehrheit und der homosexuellen Minderheit der Bevölkerung in eine Gesellschaft ohne Heterosexismus - hatte das MfS sogar selbst schon lange vor dem Herbst 1987 zusammengestellt; allerdings hatte es sie den verschiedenen Äußerungen lediglich der Aktivisten entnommen (siehe Seiten 50/51).

Außerdem hatte die Bezirksverwaltung Leipzig, Abteilung XX ebenfalls schon lange vorher, nämlich in einer *Einschätzung zur gegenwärtigen Situation im AKHS Leipzig* vom 10. Februar 1984, und um uns damals bereits den Wind aus den Segeln zu nehmen und deshalb die Schwulenarbeit von den „politischen auf die sexuellen Probleme“ zu reduzieren, selbst Ideen und Vorschläge entwickelt:

Konzeptionelle Vorschläge zur weiteren Bearbeitung des AKHS

Ausgangspunkt für die weitere Bearbeitung sollte die Erkenntnis sein, daß der überwiegende Teil der Teilnehmer an den Zusammenkünften des AKHS aus sexuellen Problemen heraus teilnimmt.

Daraus ableitend:

1. Schaffung staatlicher Voraussetzungen für Zusammenkünfte homosexueller Frauen und Männer. Dazu sollte die Tanzgaststätte „Steinbar“ in der Cichorius-Straße geprüft werden, da hier bereits inoffiziell Tanzabende für HS stattgefunden haben.

* BStU MfS HA XX ZMA 10050/12b, Bl. 22

** ebd., Bl. 18

030079

Anlage 2Zusammenfassung

gekannter Forderungen Homosexueller an die sozialistische Gesellschaft der DDR, die in offiziellen Eingaben oder bei internen Diskussionen vorgebracht wurden

1. Stärkere Aufklärung der Gesellschaft über die Homosexualität und die Probleme Homosexueller

- Vorträge, Artikel, Veröffentlichungen usw. durch die Medien, Presseorgane, in Veröffentlichungen der "Uranit" u.ä.
- Aufnahme eines Faches Sexkunde in den Schulunterricht, in dem neben anderen Fragen der Sexualität auch eine urteilsfreie Wertung der Homosexualität vorgenommen werden soll, bzw. Lehrpläne mit analogen Inhalten.

2. Verbesserung der Möglichkeiten für die Partnersuche und Begegnung Homosexueller

- Schaffung eines Kultur-, Beratungs- und Begegnungs- (Kommunikations-) Zentrums in der Hauptstadt der DDR bzw. entsprechender Möglichkeiten in vorhandenen Klubs und Kulturhäusern
- Genehmigung von geschlossenen Veranstaltungen für Homosexuelle (Tanzabende, Diskotheken, Faschingsveranstaltungen, Fahrten mit der "Weißen Flotte" u.ä.)
- Gestaltung von Annoncen zur homosexuellen Partnersuche in Zeitungen/Zeitschriften der DDR (z.B. Anbahnung als Brieffreundschaften, Angebote gemeinsamer Freizeitgestaltung, Reisen u.ä., ohne die konkreten Hinweise auf die Homosexualität)

030080

2

Vorbereitung der Möglichkeiten für homosexuelle "Paare"

- Beseitigung der Benachteiligung bei der Wohnraumvergabe
- Zulassung und Regelung homosexueller "Ehen"
- Adoption von Kindern durch homosexuelle "Paare"

4. Zulassung einer Vereinigung Homosexueller in der DDR, einschließlich der Bildung "schwuler Jugendgruppen" und der Anknüpfung von Kontakten dieser Organisation (en) zu homosexuellen Organisationen des westlichen Auslands.

5. Aufarbeitung der Geschichte der Verfolgung Homosexueller in der Zeit des Faschismus

- Zugang zu den entsprechenden Archiven
- Gestaltung spezieller Abteilungen oder Gedenkstätten des antifaschistischen Widerstandskampfes
- Ermöglichung von Ehrungen für homosexuelle KZ-Opfer

6. Abschaffung des § 151 StGB

7. Herausgabe bzw. Ermöglichung der Einfuhr homosexueller Literatur und Zeitschriften sowie Zugang zu entsprechender Literatur in den Bibliotheken.

8. Wegfall der Klassifizierung der Homosexualität als Krankheit seitens der WHO und in nationalen Maßstab.

9. Abbruch von medizinischen Forschungen in der DDR, die auf eine Umpolung homosexueller Neigungen in heterosexuelle gerichtet sind.

10. Schaffung einer staatlichen Stelle, die sich für die Probleme Homosexueller zuständig erklärt und eine einheitliche und gerechte Anwendung auf diesen Personalkreis bezogener Rechtsvorschriften und staatlicher Maßnahmen sichert.

Dazu ist es notwendig, einen Überblick über die Leitungsstruktur dieser Gaststätte zu erarbeiten und die Möglichkeiten zur inoffiziellen Absicherung prüfen, eventuell Schaffung einer Quelle

2. *Durch den zu schaffenden IM in Schlüsselposition wird darauf Einfluß genommen, daß der Einfluß des AKHS zurückgedrängt wird und die gebotenen offiziellen Möglichkeiten genutzt werden. Durch diesen IM ist ein Konzept zu möglichen Veranstaltungen und Vorträgen zu erarbeiten.*
3. *Frau Prof Aresin (Sexualwissenschaftlerin - E. S.) ist in einem Gespräch darzulegen, welche Zielstellung einige Mitglieder des AKHS verfolgen und welche politisch negativen Folgen daraus entstehen können. Sie ist für eine Mitarbeit in den Zusammenkünften der HS zu gewinnen, die auf staatliche Initiative hin ermöglicht werden. Zu gegebener Zeit können positive Erfahrungen dabei durch Frau Prof. Aresin popularisiert werden.*
4. *Durch die Schaffung offizieller Möglichkeiten zur Trefftätigkeit der HS wird der Differenzierungsprozeß innerhalb des jetzigen AKHS beschleunigt. Feindlich-negative Personen können besser erkannt werden. mit einer differenzierten operativen Bearbeitung ist zu beginnen.**

Aber zur Verwirklichung solcher Ideen kam es lange Zeit nicht - mal abgesehen davon, daß man des Geistes zweifelsohne nicht mehr Herr geworden wäre, hätte man ihn erst aus der Flasche gelassen. Das hatte zwar jahrelang mit der Berliner Schwulen-Kneipe „Schoppenstube“, die recht großzügig vom MfS „inoffiziell abgesichert“ war, geklappt. Doch inzwischen hatten sich die Zeiten geändert, und es gäbe eben auch unter den Schwulen in der DDR. - Erst ab 1987 werden nichtkirchliche bzw. „staatlich angebundene“ Gruppen zugelassen, deren Konzeptionen solchen Vorschlägen entsprechen, wie sie die Stasi seinerzeit selbst gemacht hatte.

Das darf getrost der dann eben doch geänderten Taktik der Staatsorgane zugeschrieben werden, die Ende der 80er Jahre Stück um Stück von ihrer starren Haltung, was die Bekämpfung unserer Aktivitäten angeht, abließen, ihr verändertes Vorgehen jedoch nur taktisch und nicht auch grundsätzlich verstanden. Dabei beriefen sie sich immer wieder auf den Mielke-Stellvertreter, den seinerzeitigen Generalleutnant Mittig, der auf einer Beratung vom 20.3.1985 die Aufgabe gestellt (hatte), den politischen Mißbrauch homosexueller Personen durch feindlich-negative Kräfte nicht zuzulassen und die Bildung einer Homosexuellen-Organisation in der DDR zu verhindern. Wie es in Arbeitshinweise(n) über die Entwicklung und Aktivitäten von Zusammenschlüssen Homosexueller in der DDR und Anzeichen ihres politischen

* BStU Ast. Leipzig AOP 452/87; Band 1, Bl. 142f.

Mißbrauchs durch feindlich-negative Kräfte der Berliner Hauptabteilung XX vom 6. Januar 1986 außerdem heißt, (ist) auf der Grundlage der Planorientierung des Leiters der Hauptabteilung XX und der bisherigen operativen Ergebnisse eine koordinierte, zentral abgestimmte Bearbeitung der Inspiratoren, Organisatoren und deren feindlich-negativen Aktivitäten erforderlich.*

Dabei war man uns bis dahin schon ein ganzes Stück entgegengekommen und hatte damit offenbar einräumen müssen, daß unsere gegen die sozialistische Gesellschaft gerichtete(n) Meinungen nicht so falsch, die Rechte Homosexueller nicht angebliche und die Diskriminierung derartiger Personen durch staatliche Organe nicht eine unterstellte waren. Aber - alles eben doch nur Taktik zur Unterbindung des politischen Mißbrauchs:

In Kenntnis dessen, daß sich staatliche und gesellschaftliche Kräfte mit Fragen der Homosexualität in gesamtgesellschaftlicher Hinsicht befassen, hoffen sie (einige Organisatoren und aktive Mitglieder der bestehenden Zusammenschlüsse Homosexueller“ - E. S.), auf die Billigung ihrer Forderungen. Von Seiten staatlicher und gesellschaftlicher Organe wurden in der letzten Zeit verstärkt Maßnahmen des Eingehens auf Fragen Homosexueller in der sozialistischen Gesellschaft eingeleitet und damit die ohnehin für alle Bürger der DDR geschaffenen Möglichkeiten zur Entwicklung ihrer Persönlichkeit durch Beachtung spezieller Interessen erweitert.

Ein begonnener Dialog mit Organisatoren trägt dazu bei, ihre unberechtigten Vorbehalte und die teilweise oppositionelle Einstellung gegenüber den staatlichen und gesellschaftlichen, vermeintlich negierenden und diskriminierenden, Haltungen zu den Homosexuellen abzubauen und das Wirken feindlich-negativer Kräfte zum politischen Mißbrauch Homosexueller einzuschränken.

Erste Resultate zeigen sich in solchen staatlichen und gesellschaftlichen Aktivitäten wie:

- *verstärkte Publizierung der Probleme der Homosexualität, bis hin zu Fragen der Immunschwäche AIDS, in den Presseorganen der DDR;*
- *die Möglichkeit zur Veröffentlichung der Partnerschaftsinserate in den Tageszeitungen der DDR (ohne Verwendung der Worte Homosexualität, Schwuler und Lesbe);*
- *Erarbeitung eines Standpunktpapiers durch eine Arbeitsgruppe der Sektion Gesellschaftswissenschaft der Humboldt-Universität Berlin „Zur Situation homophiler Bürger in der Hauptstadt der DDR“ vom Januar 1985 für den Magistrat von Berlin (und freilich nur für den - das Papier ist nie „öffentlichkeits-“ noch politisch wirksam geworden - E. S.);*

* ebd., Bl. 82ff., hier: Bl. 89

- *Verabschiedung eines Beschlusses des Vorstandes der Gesellschaft für Dermatologie der DDR am 5. 3. 1985 „Zur Behandlung der Probleme Homosexueller in den Ehe- und Sexualberatungsstellen“;*
- *aktive Einbeziehung von Organisatoren der Arbeitskreise „Homosexualität“ (Berlin, Leipzig, Magdeburg) in die Tagung der Sektion Ehe und Familie und Andrologie der Gesellschaft Dermatologie der DDR zum Thema: „Sozialpsychologische Probleme der Homosexualität“ am 28. 6. 1985 in der Karl-Marx-Universität Leipzig (Bezeichnungen und Datum nicht korrekt - E. S.).*

*Die teilweise erreichten loyalen bis positiven Haltungen in den Arbeitskreisen gegenüber dem sozialistischen Staat sind dennoch in der Regel mit dem Verlangen verbunden, den „Minderheiten“ mehr Freiheiten einzuräumen. Des weiteren werden Aktivitäten zur Bildung neuer Arbeitskreise in weiteren Städten der DDR fortgesetzt.**

Während man also glaubte, uns mit ein paar taktischen Zugeständnissen beruhigen und „loyaler“ machen und den „politischen Mißbrauch“ einschränken zu können, war es also ganz richtig, einerseits das „taktische Spiel“ mitzuspielen und zugleich bei unserem eingeschlagenen Weg zu bleiben.

Das bestätigt auch eine Absprache zum OV „Bruder“ unserer DE zwischen dem Stellvertretenden Leiter der Leipziger Abteilung XX mit dem Stellvertretenden Leiter der Hauptabteilung XX/9 in Berlin, OSL Lohr, am 12. September 1986, die also ein dreiviertel Jahr später stattfand. Bei ihr ging es vornehmlich um die Zustimmung Lohrs zum *durch unsere DE vorgesehenen Abschluß des OV im IV. Quartal 1986 bei Gewährleistung der weiteren op. Kontrolle des AKHS - ausgehend vom gegenwärtigen Stand des OV und der Situation im AKHS der ESG Leipzig*. Man meinte also, der Kontroll- und Bearbeitungsaufwand eines „Operativen Vorgangs“ sei in Leipzig nicht mehr nötig: *Aus zentraler Sicht liegen keine Erkenntnisse vor, die der durch unsere DE getroffenen Einschätzung widersprechen*. Oberleutnant Lohr bringt zugleich aber auch die Nachricht mit, daß *staatliche Regelungen entsprechend den Erwartungshaltungen der Homosexuellen ... nicht zu erwarten (sind)***.

Wer das - wie unter einigen wenigen anderen auch ich - ebenso sah, tat also gut daran, sich weiter kräftigst zu engagieren. Während die Sicherheitsdienstler in Leipzig „ihren“ Arbeitskreis Ende 1986 also bedeutend weniger „schlimm“ einschätzten und ihn mit Zustimmung der Berliner Ministeriums-Mitarbeiter aus der OV-Bearbeitung entließen, stellte sich die Situation in

* ebenda, Bl. 86f.

** ebenda, Bl. 102

Magdeburg für ihre dortigen Genossen genau andersherum dar. Ihnen reichte die mit einer Operativen Personenkontrolle festgelegte Bekämpfung nicht mehr aus - man wollte endlich einen Operativ-Vorgang:

Zunächst verfaßt die Abteilung XX/2 der Magdeburger Bezirksverwaltung Ende November/Anfang Dezember noch einmal einen - diesmal 10-seitigen - Sachstandsbericht zur OPK, der ungefähr so abgefaßt ist* wie der *Beschluß über das Anlegen eines Operativen Vorganges* vom 4. Februar 1988, der auf den nächsten Seiten folgt.

Anfang Dezember 1987 dann

befanden sich auf Ersuchen des Genossen OSL Kersten beim Genossen Oberst Reuter/HA XX/9 die Genossen Major Keller und Hptm. Kirsch der HA XX/9 in der Abteilung XX/2 zur Kontrolle und Anleitung der OPK „After Shave“ und der damit verbundenen Problematik

- a) Lage und politische Situation im AKHS/M*
- b) operative Bewertung der Aktivitäten des Stapel im AKHS/M, den übrigen AKHS der DDR und in anderen alternativen Gruppierungen*
- c) weiterzuführende politisch-operative Maßnahmen in diesem operativ bedeutsamen Bereich.*

Als wesentliche Fakten der Erkenntnisse der HA XX/9 wurde dargelegt:

1. Stapel stellt z. Z. den absoluten Führungsanspruch in der HS-Bewegung der DDR,

- er will alle AKHS der DDR unter seiner Regie lenken und leiten.

2... Stapel ... stellte im wesentlichen folgende Forderungen

- Fortsetzung der Arbeit der AIDS-Gruppen,*
- bessere Zusammenarbeit mit Lesben,*
- Schaffung einer zentralen Literaturstelle,*
- Schaffung eines Materialbasars,*
- Schaffung einer Referenten- und Fachberater-Kartei ...*
- Herausgabe einer Schwulenzeitung,*
- Schaffung einer überregionalen Geschäftsstelle Leiter Stapel/Sekretärin,*
- Aufnahme der Verbindung zu anderen alternativen Gruppen.*

Diese Forderungen fanden (bei den Vertretern der Arbeitskreise auf ihrer 1. Koordinierungsgruppen-Tagung Ende Oktober/Anfang November 1987 in Brandenburg - E. S.) keinen Widerspruch und sind die Grundlage für zu er-

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 5, Bl. 158-168

wartende umfangreiche feindlich-negative Aktivitäten innerhalb der PUT-Szene der DDR. Damit ist erneut bewiesen, welche Zielstellung Stapel in und mit der HS-Bewegung hat.

3 ... Bildung einer Theoriegruppe, auch unter Stapels Leitung ...

5. Erörterte Gesichtspunkte

- Einerseits Stapels Aktivitäten und operativ brisante Erscheinungen, andererseits der Reifall und das Nichtdurchkommen seiner Forderungen am 26. 09. 1987 in Magdeburg (gemeint ist, daß die TeilnehmerInnen der Akademie-Tagung den in den Gruppen erarbeiteten Forderungskatalog als solchen nicht verabschiedeten und nicht an die DDR-Führung richteten, wie ich es beabsichtigt hatte - E. S.).
- Die besondere Gefährlichkeit der neuen Linie, sich jetzt mit den übrigen alternativen Gruppen in der DDR zu liieren, wobei am bedeutsamsten die Mitarbeit Stapels in der Ko-Gruppe des AKSK (ASOK) scheint (gemeint ist der innerkirchliche Zusammenschluß „Arbeitskreis Solidarische Kirche“ - E. S.). Damit drückt sich die volle Integration in die PUT und die sogenannte „Menschenrechtsdemagogie“ aus.
- Die trotzdem vorhandenen Widersprüche in den AKHS der DDR, die sich auch am 26. 09. 1987 in Magdeburg zeigten, zwischen Stapels aggressiven, auf Konfrontation mit dem Staat und auf PUT ausgerichteten und dem gemäßigten Kurs ...
- Erwägungen des Schaffens staatlicher und gesellschaftlicher Zentren für HS, die von Berlin, der Humboldt-Uni mit Unterstützung Gen. Schabowski (seinerzeit Politbüro-Mitglied und 1. Sekretär der Bezirksleitung Berlin der SED - E. S.), ausgehen, aber im entsprechenden Licht gesehen werden müssen (sic! - E. S.). Dabei spielt die Rolle Prof. Günter Jena und anderer eine Rolle, auch im Hinblick auf einen erneuten Kongreß 1988 der Sektion Andrologie ... Dabei wurde betont, daß jährlich am 01. 07. von den AKHS der DDR in Buchenwald u. a. NMG** Kränze niedergelegt werden dürfen für die Opfer mit „Rosa Winkeln“ und in Buchenwald auch eine solche Gedenktafel angebracht wurde.
- Stapel hat 1984 das Protokoll ... an [REDACTED] geschickt, was im Buch „Rosa Liebe unterm Roten Stern“ verarbeitet wurde (was völlig falsch ist - E. S.).

* vgl. Goertz, Joachim (Hrsg.): Die Solidarische Kirche in der DDR. Erfahrungen, Erinnerungen, Erkenntnisse, Berlin 1999

** NMG - Nationale Mahn- und Gedenkstätte

- Die EAK der KPS (gemeint ist die Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt - E. S.), besonders Tschiche, unterstützt deshalb Stapels Bemühungen, die HS besser zu organisieren und politisieren, weil er hofft, Kräfte für die „innere Opposition zu finden.
 - „After Shave“ ist reif, zum OV erhoben zu werden, um noch zielgerichteter, koordinierter mit der HA XX/9 und anderen Dienstseinheiten die feindlichen Bestrebungen des St. zurückzudrängen und öffentlichkeitswirksame Maßnahmen zu verhindern, da begründete, mit genügend Beweisen untersetzte operative Brisans vorhanden ist an diesem Material ...
 - Widerspruch zu den Plänen und Absichten des St. ist seine Absicht ... nach Leipzig überzusiedeln ... Möglicherweise sind das Zweckäußerungen, um von den wahren Absichten abzulenken. In diesem Zusammenhang ist nochmals der Gesundheitszustand des Stapel zu prüfen, um in dieser Hinsicht richtige Schlüsse zu ziehen.
 - Bei St. ist zu prüfen, um mögliche strafbare Handlungen zu finden
 - finanzielle Lage im Zusammenhang mit seiner umfangreichen Reise-tätigkeit, etwaige kriminelle oder ordnungswidrige Handlungen
 - Schwarzfahren ... Handlungen gem. § 219 StGB ... §§ 218, 220 StGB (vgl. Kap. 8 - E. S.) ...
6. Zu beachtende Fakten bei der Begründung des Anlegens des OV
- Stapels führende Rolle bei angestrebter öffentlichkeitswirksamer Konfrontation mit den staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnissen der DDR,
 - Stapels verstärkte Bestrebungen, die HS in der DDR politisch für feindliche Zielstellungen zu mißbrauchen,
 - Verbindung und Nachrichtenübermittlung aus der Sachlage HS der DDR, von Staatsorganen der DDR über sachliche und personelle Zusammenhänge an Stellen und Personen des NSW im Sinne des § 219 StGB,
 - Zusammenführen Gleichgesinnter zum Zwecke der Diskriminierung und Diskreditierung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR im Sinne der §§ 218, 220 StGB,
 - Zusammenführung der AKHS der DDR und deren Eingliederung in antisozialistische Aktivitäten alternativer Gruppen ... mit sogenannter Menschenrechtsdemagogie ... *

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 6, Bl. 23-26

Diese Kontrolle und Anleitung der OPK „After Shave“ und der damit verbundenen Problematik durch die Berliner Hauptabteilung-XX-Leute aus dem Ministerium schafft ihren Magdeburger Kollegen nun freie Bahn zum Anlegen eines Operativen Vorgangs, wie sie es schon seit Jahren immer wieder mal erörtert hatten. Er enthält nicht nur die Gründe für das Anlegen und den „operativen Sachverhalt“, sondern beschreibt auch die „wesentlichste Bearbeitungsrichtung“ sowie sehr detailliert einen „Operativplan“ mit den entsprechenden einzelnen Zielstellungen, Maßnahmen, Kräften und Mitteln und Terminen und Verantwortlichkeiten (siehe Dokument S. 59-71).

Die meisten der bisher zitierten Texte bräuchten eigentlich einen Kommentar meinerseits, enthalten sie doch zahlreiche Fehler (Namen, Daten), unsinnige Spekulationen oder wahrheitswidrige Feststellungen. Da ich aber eingangs das Anliegen und die Arbeitsweise der Kirchlichen Arbeitskreise Homosexualität und ihrer „Initiatoren und Organisatoren“ grundsätzlich beschrieben habe, kann man das Unsinnige an den Stasi-Texten hoffentlich leicht erkennen. Zudem sprechen die meisten von ihnen für sich selbst, so daß ich mich auf einige „Korrekturen“ beschränken konnte.

Der zuletzt zitierte „Beschluß“ sowie der dazugehörige „Operativplan“ sollen nun aber doch ein wenig kommentiert werden, um an einer - zumal typischen - Stelle einen zumindest kleinen Eindruck auch davon zu vermitteln, wie „fehlerhaft“ das MfS über seine grundsätzlich unsinnigen Vorstellungen von Homosexualität und von Schwulen und ihrer Bewegung (vgl. Kap. 3) hinaus gearbeitet hat - übrigens auch dann noch, als es uns schon mehrere Jahre auf den Fersen war und bereits mehrere tausend Seiten Informationen über uns und über die Sache selbst zusammengetragen hatte. Freilich kann ich auch dabei nicht auf die vielen Einzelheiten eingehen:

1. Da ist zunächst die offenbar große Unsicherheit des MfS, die es nach über fünf Jahren intensiver Bespitzelung und Auseinandersetzung mit uns immer noch „prüfen“ läßt, ob er (Stapel - E. S.) *HS der DDR organisiert im Sinne von Zusammenschlüssen zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele*; nur mit *aller Wahrscheinlichkeit (kann) auf die Verletzung der Straftatbestände der §§ 218, 219 und 220 StGB geschlossen werden*.

2. Berufe: Ich war 1983 bis 1985 Vikar - in der Evangelischen Kirche eine Ausbildungsstufe zwischen Theologie-Studium mit Erstem Theologischen Examen und (eventueller) Ordination zum Pastor nach bestandenen Zweiten Examen. Die Stasi bemerkte nicht, daß ich also schon lange kein Vikar mehr und - weil mir die Ordination verweigert wurde - nur Angestellter für Schwulenarbeit der Evangelischen Stadtmission Magdeburg war.

MIS/BV/Vew.	Magdeburg	Magdeburg	den 04. 02. 1988
Dienststelle	XX		
Mitarbeiter	Major Zinolong	Reg.-Nr.	VII 733/84

Beschluß

BStU
000002

über das Anliegen

eines Operativen Vorganges

1. Dedname "After Shave"

2. Tatbestand Verletzung der §§ 218, 219, 220 StGB

eines Ermittlungsverfahrens
(nur bei Ermittlungsverfahren ohne Haft/ gegen Unbekannt/ bei Übernahme von anderen Organen)

1. Tatbestand

eines Vorganges über Feindobjekt

1. Bezeichnung des Objektes

eines Sicherungsvorganges

Gründe für das Anlegen:
 Zur Person Stapel wird seit 1984 in der OPK "After Shave" geprüft, ob er HS der DDR organisiert im Sinne von Zusammenschlüssen zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele, die umfangreichen Kontrollmaßnahmen ergeben, daß bei Stapel mit aller Wahrscheinlichkeit auf die Verletzung der Straftatsbestände der §§ 218, 219 und 220 StGB geschlossen werden kann.

Major Zinolong *g. m. l. o. n. g.*
 Magdeburg
 Gräf / BStU
 Leiter der Dienststelle *

Bestätigt am: 04. 02. 1988 vom *[Signature]*

Anmerkung: * Persönlich Name und Dienstgrad mit Maschine bzw. Druckdruck angeben.

XX/2 8

Abteilung XX Magdeburg, 01. 02. 1938
z10-pa

BSIU
000004

bestätigt
Stellvertreter Operativ

Unterschrift
Oberst

Eröffnungsbericht zum UV "After Shave"

Es wird vorgeschlagen, gegen

St. B. P. L., geboren
300533 4 1050 in Bismark
Hf: 3592 Bismark, Neue Str. 2
Hf: 3010 Magdeburg, Leibnitzstr. 48
Beruf: Dipl.-Journalist/Vikar
Tätigkeit: Halbe Planstelle für Schulenarbeit
bei der ev. Stadtmission Magdeburg
Halbe Planstelle als Gemeindeführer
in der St. Michaelis-Gemeinde Magdeburg
Arbeitsstelle: Kirchenkreise Magdeburg
Verdienst: 600,-- M brutto
Partei: keine
Hassensorgansationen: keine

einen UV mit dem Decknamen "After Shave" gemäß RL 1/76 des
Genossen Minister in Verbindung mit der DA 2/33 des Genossen Minister
anzulegen.

Begründung

St. wurde am 29. 02. 1934 von der Abteilung VI/1 unserer BV unter
UPK gestellt wegen Vorliegen operativ-bedeutsamer Hinweise straf-
barer Handlungen gemäß §§ 210 StGB, in den er homosexuelle Personen
organisiert im Sinne eines Zusammenschlusses zur Verfolgung
gesetzwidriger Ziele:

Diese UPK "After Shave" wurde am 11. 03. 1938 durch die Abt. XX/2,
Gen. Major Zimolong, übernommen.

4

BSIU
000005 2

Die an dieser UPK umfangreichen realisierten operativ und
operativ-technischen Maßnahmen, besonders dem abgestimmten Einsatz
von Hf der Abt. XX/2, XX/4, II, VI, XV unserer BV der KU Magdeburg
und Staßfurt, der HA XX/9 und Abt. XX der BV Halle, Leipzig sowie
in Einzelfällen mit weiteren UZ führten zum Ergebnis, daß mit
Wahrscheinlichkeit auf die Verletzung der Straftatbestände der
§§ 218, 219 und 220 StGB geschlossen werden kann.

1. Zur Person

St. entstammt einer Bauern- und Handwerkerfamilie. Sein Großvater
wurde 1945 von der Besatzungsmacht wegen aktiver NSDAP-Mitgliedschaft
interniert, kam von dort nicht mehr und wurde von seinem Sohn
(Vater des St.) ab 31. 12. 1950 tot erklärt.

Der Vater des St. wird als ein in den sozialistischen Verhältnissen
negativ eingestellter Mensch eingeschätzt. St. absolvierte ein
Studium an der KJU Leipzig, das er als Diplom-Journalist abschloß.
Nach eigenen Angaben erhielt er als Homosexueller keine Anstellung
und studierte danach an theologischen Seminar in Leipzig. Bis
zum jetzigen Zeitpunkt wurde St. wegen des offenen Bekenntens zu
seiner Homosexualität nicht interniert.

St. ist hochgradiger Diabetiker und leidet an den Folgen einer
Operation zur Verlegung des Mastdarmausganges. Er bringt dennoch
große, fast unwahrscheinliche Energie auf zur Bewältigung viel-
fältiger Aufgaben in der Schulenarbeit der KPS und darüber hinaus,
verbunden mit umfangreicher Reisetätigkeit und Korrespondenz.

St. lebt relativ anspruchslos bei keinen besonders günstigen
materiellen und finanziellen Verhältnissen.
St. hat einen 12 Jahre jüngeren Intimpartner, der zur Zeit als
Bausoldat in Harseburg dient und ab September 1938 an theologischen
Seminar in Leipzig ein Studium aufnehmen will.

Aus diesem Grund strebt St. an, nach Leipzig zu übersiedeln.
St. ist ständiger Nichtwähler

2. Zum operativen Sachverhalt

Von der Persönlichkeit des St. ableitend, betrachtet er sich von
Staat und Kirche wegen seiner Homosexualität als diskriminiert und
hat sich zum Ziel gesetzt, als Vorkämpfer der HS in der UZ zur
Beseitigung dieser "Diskriminierung" gegen Staat und Gesellschaft
anzukämpfen.

BSU
000006

3

Aus diesem Grund ist sein Bestreben, die Homosexuellen mehr und mehr zu organisieren, damit sie als eine Minderheit, ähnlich wie die Sorben, von der Gesellschaft besonders behandelt werden. (OPK Bd. 6, Seite 7)

St. war Mitbegründer des ersten AKHS in Leipzig am 24. 04. 1982, gründete den AKHS in Magdeburg am 12. 10. 1983, den er seit dieser Zeit organisatorisch straff leitete. St. war Inspirator in vielen Fällen Organisator oder entwickelte zumindest Aktivitäten bei der Bildung einer Vielzahl von AKHS in der DDR, wie in Erfurt, Aschersleben, Brandenburg, Jena, Dresden und Karl-Marx-Stadt.

Auf Initiative St. und anderer führender Vertreter von AKHS Berlin, Leipzig, Halle, Erfurt und Dresden werden seit 1984 zentrale Arbeitertreffen von HS durchgeführt.

Hierbei bemüht sich St. bei der Zentralisierung und Anschluß einer DDR-Organisation an die ILGA (International Lesbian - Gay Association) und um seine eigene Führungsrolle der HS in der DDR.

Auf dem VI. MAT im Juni 1987 in Erfurt stellte St. die Forderung, "es werden 500 - 800 Leute benötigt, die sich über die Probleme der 850 000 HS der DDR Gedanken machen und die in Erfurt Versammelten seien dafür die Vorhut."

Auf der Tagung der Koordinierungsgruppen aller kirchlichen AKHS der DDR vom 30. 10. - 01. 11. 1987 in Brandenburg, die auch auf seine Initiative mit durchgeführt wurde, stellte St. erneut seinen Führungsanspruch der HS in der DDR, in dem er die Schaffung einer überregionalen Geschäftsstelle forderte, von welcher auch die internationalen Kontakte abgewickelt werden sollen, die er leiten will.

Zur Verbesserung der Arbeit der einzelnen Arbeitskreise und Sicherung ihrer Ziele forderte St. weiter dazu auf, daß alle Arbeitskreise ihre Kontakte mit anderen alternativen Gruppen verbessern und "mit geballter Kraft für mehr Rechte der Homosexuellen gekämpft und gegen jede Art der Diskriminierung aufgetreten" werden muß.

Er selbst ist dieser Forderung nachgekommen. Er ist Mitglied der KG-Gruppe des AKSK (AGOK) in Berlin, deren feindliche Zielstellung operativ hinreichend bekannt ist durch den OV "Kreis" der H. XX/9. St. nahm auch an Menschenrechtsseminaren in AKF der Martin-Luther-Gemeinde am 24. 10. 1987 teil und steht damit im Kontakt mit den durch den OV "Treffpunkt" der Abt. XX/2 operativ hinreichend bekannten Pfarrer Bohley.

000007

4

Während der Brandenburger KG-Gruppensitzung forderte St. die Teilnehmer auf, Kontakte zu Radio 100 vorerst als Privatinitiative oder über kirchliche Institutionen zu realisieren.

In Verbindung mit den in OV "Spitze" der Abt. XX/4 bearbeiteten Pfarrer Tschiche organisierte St. bisher 3 zentrale Tagungen von HS der DDR in Halle, Magdeburg, wo jeweils 200 - 350 Teilnehmer anwesend waren. Hier gab es Versuche der Zentralisierung und des Stellens von Forderungen, die von sozialistischen Staat und Gesellschaft nicht erfüllbar sind. Bei diesen Veranstaltungen wurden in verschiedenster Weise Staat und Gesellschaft oder deren Einrichtungen und Einzelpersonen diskriminiert.

Die letzte zentrale Tagung der HS der DDR im September 1987 in Magdeburg wurde unmittelbar danach in Untergrundsender "Radio 100" ausgemittelt und die dort angestellten bekannten Forderungen propagiert.

St. war Mitunterzeichner eines Briefes von 18 Vikaren der KPG an den Vorsitzenden des Ständesrates der DDR am 03. 11. 1983 als Protest gegen die damals noch andauernde Stationierung der sowjetischen Raketen in der DDR und des Verbots der Lösung "Schwerter zu Pflugscharen". (OPK Bd. 4, Seiten 217/218).

In jeweiligen Eingaben an den Minister für Nationale Verteidigung am 14. 04. 1987 und den Minister für Verkehrswesen vom 07. 03. 1987 stellt St. völlig ungerechtfertigte, den einschlägigen gesetzlichen Bestimmungen widersprechenden Forderungen auf Fahrpreiserhöhungen und Freistellung von NW für seinen intimen Partner. (OPK, Bd. 5, Seiten 143 und 153)

St. ist Initiator und Verfasser eines Briefes an das Mitglied des Politbüros, Gen. E. H. Sin, vom 05. 08. 1987, den ein HS auf der Grundlage von Verleumdungen örtlicher Organe zum Nachweis angeblicher Diskriminierung von HS in der DDR schreibt. (Kopie des Briefes OAM -)

Ende 1984 äußerte St. gegenüber einer Quelle der Abt. VI/1, es müßte über Schwule erriecht werden, daß immer mehr junge Männer den Wehrdienst mit der Waffe verweigern. Bei 50 % Verweigerern könnten den Staat Forderungen gestellt werden und bei solch starkem Pazifismus ist die innere Sicherheit des Systems gefährdet. (OPK, Bd. 2, Seiten 158/169)

Zum gleichen Zeitpunkt entwickelte St. für die Öffentlichkeitsarbeit die Losung "Lieber ein warmer Bruder als ein kalter Krieger". (OPK, Bd. 2, Seite 20)

BSU
000058

3

In einer Hauskreisveranstaltung am 20. 02. 1987 brachte St. zum Ausdruck, daß die sozialistischen Länder nicht entscheidend sind bei der Erhaltung des Friedens, die USA und die anderen westlichen Länder wollen überhaupt keinen Krieg, sie wollen alle strittigen Fragen politisch lösen. Es waren hierbei 8 Personen zugegen.
(OPK, Bd. 5, Seite 94)

Hinweise auf strafbare Handlungen des St. in Sinne des § 218 StGB sind zum Beispiel:

- redaktionelle Mitarbeit am Buch "Ross Liebe unterm roten Stern", zur Lage der Lesben und Schwulen in Osteuropa.
Das wird geschlußfolgert aus seinen ständigen postalischen Verbindungen zum Mitsautor [REDACTED] Kurt, und Hinweisen des IMB "Günter Haas" der KB Staßfurt und einer Quelle der KD Hohennäbzen.
- seine ständige umfangreiche Korrespondenz und dabei umfangreiche Übermittlung einschlägiger Informationen zu bisher aufgearbeiteten 71 Personen aus der BRD, Österreich, Schweden, Frankreich, Australien, Niederlande, die in solchen NS-Organisationen tätig sind wie: Illegalsos; Forum homosexueller christlicher Gruppen Europas, LKP-Niederlande, CGL-Frankreich, Basissgemeinschaft schwuler Christen des Magnus Hirschfeld Centrum Hamburg HUK BRD und Westberlin;
- Versendung von Programmen, Vorträgen, anderen Materialien auch über Maßnahmen von Staat und Parteien der DDR an operativ-hinreichend bekannte Einzelpersonen in die oben angeführten Länder des NSW, darunter auch das ZDF.
(besonders Bd. 5, Seite 94)

Bei den erwähnten Korrespondenzen sind Texte enthalten, die inhaltlich in Sinne des § 220 (2) zu prüfen sind.
Bei dieser Korrespondenz befinden sich auch Briefe, wo St. um Matritzen, Medikamente, Textilien und Büchern bettelt, was er dann auch erhielt.
ein Konto für St. für die Gelder der Partnerkirche in Reimen der Bruderhilfe wird von [REDACTED]

5600 Wuppertal,
Dozent an der kirchlichen Hochschule [REDACTED]

unterhalten.

Aus den vorstehenden Darlegungen wird sichtbar, daß Stapel nicht schlechthin für Belange NS in der DDR aus etwa humanitären Gründen eintreten will, sondern unter diesen Deckmantel Handlungen begeht und Forderungen stellt, die in Bereich der PUT und strafbarer Handlungen in Sinne der bei der Begründung zum Anlegen angeführten §§ 218, 219 und 220 StGB anzusiedeln und auf deren Straftatsbestandsmerkmale zu prüfen sind.

BSU
000059

5

8

Aus diesen Grund wird das Anlegen eines OV zu St. als gerechtfertigt angesehen.

Wesentlichste Bearbeitungsrichtung soll erfolgen in:

1. Zielgerichteter Aufklärung, Dokumentierung und differenzierte Zurückdrängung der von St. verfolgten antisozialistischen Ziele und Vorhaben in- und außerhalb des AKHS/M sowie Verhinderung jeglicher Öffentlichkeitswirksamkeit.
2. Schaffung offizieller Beweise, die zur differenzierten Zurückdrängung und Verhinderung Öffentlichkeitswirksamer, auf Konfrontation mit dem Staat gerichteter Maßnahmen des St. benötigt werden, um derartige Handlungen zu verhindern.
3. Ständige Erarbeitung von Informationen über Verbindungen und Aktivitäten St. zu und in anderen alternativen Gruppierungen oder in der PUT angesichts der operativ hinreichend bekannter Inspiratoren.
4. Erarbeitung von Beweisen zur Verbringung von Nachrichten in das NSW in Sinne des § 218 StGB durch St.
5. Weitgehendste Verhinderung von Reisen des St. in das NSW und SW, die er zweifelsohne zu feindseligen Handlungen und diskriminierenden Auftreten gegen die sozialistischen Verhältnisse in der DDR nutzen würde.

Leiter der Abteilung

operativer Mitarbeiter

Groß
Oberstaatsanwalt

Zurück
Major

3

10

Zielstellung	Maßnahmen	Kräfte und Mittel	Termin	Verantwortlich
3. Verhinderung öffentlicher Wirksamkeit, auf Konfrontation mit dem Staat gerichteter Maßnahmen St.	3.1. Schaffung offizieller Beweise, die dazu verwendet werden können.	IM-Einsatz Auswertung von Dokumenten, Eingaben, Reden und andere Schriftstücke des St., die an offizielle Stellen versendet oder die sich anderweitig offiziellisieren lassen.	bei Notwendigkeit	Major Zimolong Ow. Komarek Major Hünze, KDM Hptm. Heilig, Staßfurt Major Kaller, HA XX/
	3.2. Einsatz zust. beziülicher oder örtl. staatl. Stellen und geeigneter kirchl. Amtsträger	IM Schlüsselposit.	bei Bedarf	
	3.3. Führen von op. Vorbeugungsgesprächen mit Verdächtigten des AHS/YN	op. MA, geeignete Staatsapparate	zum geeigneten Zeitpunkt	Major Zimolong
	3.4. Op. Aussprache mit [REDACTED], 0019	Major Zimolong Ow. Komarek	29. 02. 88	Major Zimolong
<div>BSIU 000012</div>				

Zielstellung	Maßnahmen	Kräfte und Mittel	Termin	Verantwortlich
4. Erarbeitung von Beweisen strafbarer Handlungen des St. im Sinne des § 219 StGB oder anderer §§ im Bereich nachrichtendienstl. Tätigkeit	4.1. Einsatz der vorhandenen IM	IMB "Günter Hease" IMS "Claus Meyer" IMS "Gerhard Olsen" IM Abt. XV IM HA XX/9	laufend	Hptm. Heilig, Staßfurt Major Zimolong, XX/2 Major Hünze, KDM zuständ. MA Major Kaller
	4.2. Dokumentierung und Aufklärung der Verdächtigungen St. in der NSW	Auswertung M-Material Auswertung der ER zu Verdächtigungen St. in der NSW Überprüfung aller einschlägigen Personen in den einschlägigen Sperrbezirken des MFS, bes. HA V Erfassung der wesentlichsten Personen in den Sivo XX/2	laufend bei Anfall	Ow. Komarek Ow. Komarek
5. Eingangs- und mögliche Verhinderung eines Auftretens St. in der NSW, um Diskriminierungen BRD und die DDR zu verhindern.	Nach Möglichkeit Verhinderung des Auftretens St. in der NSW, um Diskriminierungen BRD und die DDR zu verhindern.	In Abstimmung mit der HA XX/9 Abklärung der antragter Reisen zu Veranstaltungen von HS und in DFA, wenn sich dazu Möglichkeiten bieten.	bei Anfall	Major Zimolong Ow. Komarek
<div>BSIU 000013</div>				

Zielstellung	Maßnahmen	Kräfte und Mittel	Termin	Verantwortlich
6. Periodische Kontrolle des Gewährleistungsstatus des Stapel, um event. notwendige operativ oder operativ-technische Maßnahmen abzuleiten.	Beschaffung der notwendigen ärztlichen Unterlagen oder Einschätzungen.	Wils "Peters"	1/4jährlich	Major Zimolong
7. Stapel mit eigenen Problemen beschäftigen, um ihn von intensiven Maßnahmen gegen die soz. Staats- und Gesellschaftsordnung abzuhalten.	Störung der in der Studie angedachten Partnerschaften (Fédisch, Jensei) bei der Bearbeitung von Schmelzplatten beim Erhalt von Meinung und Arbeit des Stapel in Leipzig.	Abt. XX IV Leipzig	20. 04. 1980	Major Zimolong
8. Gewährleistung eines einheitlichen abgestimmten Vorgehens gegen Ut., um die vorstehenden Maßnahmen erfolgreich zu realisieren.	U.1. Sicherung eines abgestimmten Info.-Bedarfes zwischen unserer UE, der HA XX/9 und den beteiligten UE in der UUK.	Beratung des Kellers HA XX/9	umgehend	Major Zimolong
	U.2. Gewährleistung einer zielgerichteten Sicherung der im Jahr 80 geplanten zentralen Veranstaltungen von IS-Organisationen.	Organisation von Sicherungsmaßnahmen über die HA XX/9.	10. 03. 1980	Major Zimolong
		bei Bedarf		Major Zimolong

BSStU
000014

KOPIE BSStU

13

Zielstellung	Maßnahmen	Kräfte und Mittel	Termin	Verantwortlich
9. Einschätzung des Standes der Bearbeitung dieses UV.	Fertigen eines Gesch.-standsberichts.	Analysieren aller ermittelten Gesch.-stände a) der durchgeführten operativen und operativ-technischen Maßnahmen b) aller Aktivitäten Stapels U.3. Bestätigung des Strafrechtl. Leiter der Abteilung für aktiver Mitarbeiter	30.08.1980	Major Zimolong Oltw. Komarek

BSStU
000015

KOPIE BSStU

71

3. Tätigkeit: Zunächst hatte ich in der Tat die erwähnten beiden „halben Planstellen“. Nachdem ich meine Krebserkrankung überstanden hatte, war ich jedoch mit einer ganzen Stelle nur noch für Schwulenarbeit angestellt.

4. Interessant sind die Begründungen meiner Motivation für diese Arbeit durch die Staatssicherheit, wie sie in den Texten immer wieder auftauchen, dabei wechseln und schließlich eine „Kette“ erkennen lassen: War ich zunächst ein „Stützpunkt des Feindes im Innern der DDR“ und „vom Westen gelenkt“, mußte später mein Werdegang als „gescheiterte Existenz“ erhalten: Sicher hätte ich gern als Journalist gearbeitet, doch das war jemandem wie mir in der DDR selbstverständlich nicht möglich. Und ein regelrechtes Berufsverbot hätte sich eher früher als später eingestellt. Dennoch möchte ich meine Ausbildung am „Roten Kloster“, wie die Sektion Journalistik der Leipziger Karl-Marx-Universität auch genannt wird, nicht missen und habe sie als sehr bereichernde Phase erlebt. - Ich habe übrigens nie *angegeben*, wegen meines Schwulseins keine Anstellung im Journalismus bekommen zu haben, sondern immer von meinem zweiten Berufswunsch Pastor gesprochen.

Sicher waren dann die Verweigerung der Ordination und damit ein Berufsverbot - diesmal aus sexuellen Gründen - ein „Scheitern“. Aber weil ich für Schwulen-Arbeit angestellt wurde, machte es mir nicht allzu viel aus, dabei auf meine Ordination verzichten zu müssen: De facto war ich nun „Schwulen-Pastor“ und konnte genau die Arbeit tun, die ich mir gewünscht hatte. - Von „gescheiterter Existenz“ kann also keine Rede sein.

Die Stasi hatte 1988 immer noch nicht und auch später nicht mehr mitbekommen, daß sich die Verweigerung meiner Ordination durch die Kirchenleitung nicht auf das Schwulsein bezog, sondern die Reaktion auf meine Bedingung war, meine Ordination müßte eine „Grundsatzlösung“ statt einer „Einzelfallentscheidung“ sein und könnte von mir aus erst erfolgen, wenn die entsprechenden Kirchengesetze Gleichheit für heterosexuelle wie für homosexuelle MitarbeiterInnen der Kirche herstellten - was bis heute ja keine Evangelische Landeskirche in Deutschland (und anderswo) beschlossen hat.

In der Motivations-Kette kamen später mein mir unbekannter Großvater („aktive NSDAP-Mitgliedschaft“, worüber ich nichts Sicheres weiß) und mein Vater („zu den sozialistischen Verhältnissen negativ eingestellt“, was stimmte) so ins Spiel, als hätten mir die Beiden ihre Einstellungen „vererbt“, so daß ich deshalb im „politischen Untergrund“ gegen die DDR tätig sein müßte.

Als sich auch diese „Begründung“ nicht mehr aufrechterhalten ließ, organisierte ich die Schwulen nur um meines persönlichen Vorteils willen - damit ich nämlich meine Ordination bei der Kirchenleitung durchsetzen könnte.

Das wirkliche Motiv für mein Engagement, nämlich meine „humanitären Gründe“ gegen die Diskriminierung von Schwulen (in der DDR), mein demokratisches Grundverständnis und vor allem meine Überzeugung von der Menschenrechts-Idee, erkannte das MfS nicht - konnte es wohl auch nicht erkennen, weil seine Mitarbeiter sexualwissenschaftlich zu ungebildet waren und/oder die Emanzipation der Schwulen aus ideologischen Gründen nicht dulden konnten/durften (vgl. Kap. 3).

5. „Intimpartner“, mitunter auch „Intimfreund“: Die Stasi nannte Schwule in Partnerschaften durchweg so und konnte offenbar nicht zwischen „Sex-Partnern“ und „Schwulen-Ehen“ - wenn auch ohne staatliche Anerkennung in Form eines Trauscheines - unterscheiden.

6. „Ständiger Nichtwähler“ ist falsch: Ich habe bis Mitte der 80er Jahre sehr wohl gewählt; immerhin hat man die vorgeschlagenen Kandidaten nicht wählen müssen. Die Stasi hätte von dem „Theater“ - zumal in einer Kleinstadt - wissen müssen, das sich regelmäßig einstellte, wenn ich „nach Lust und Laune“ erst nachmittags kam und auch noch in die Kabine ging.

7. Meine „Vorhut“-Überlegungen und „Führungsansprüche“ haben die Geheimdienstler offenbar nicht verstanden ...

8. Besonders seltsam finde ich, wie mangelhaft das MfS meine politischen Aktivitäten über das Engagement in der Schwulen-Bewegung hinaus mitbekam: Ihm fielen zwar einige wie genannt auf, viele andere fehlen in den Akten zur Schwulen-Bewegung jedoch. (Allerdings habe ich z. B. die Akten zum OV „Kreis“ noch nicht gelesen.)*

9. Nein, „zentrale Tagungen von HS“ waren die Tagungen der Evangelischen Akademien nicht. Sie waren „ganz normale“ Akademie-Tagungen, wie es sie auch zu allerhand anderen Themen ständig gab.

10. Es ging nicht um die „Freistellung“ meines „Intimpartners“ vom Wehrdienst, sondern um eine Dienstverschiebung, weil ich gerade schwerkrank aus der Klinik kam. - Die Preisermäßigung meint Fahrkarten der Bahn zum Armee-Standort. - Beide „Forderungen“ wären Ehepartnerinnen erfüllt worden bzw. standen ihnen zu.

11. Den Brief an das Politbüro-Mitglied Eberlein, der auch 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Magdeburg war, hatte J. W. ohne mein Zutun geschrieben.

12. Die Losung „Lieber ein warmer Bruder als ein kalter Krieger“ stammte aus der Schwulen-Bewegung in der Bundesrepublik und war die Antwort auf eine schwulenfeindliche Äußerung von F. J. Strauß.

* vgl. Goertz, a. a. O.

13. Am Buch „Rosa Liebe unterm roten Stern“ der Homosexuellen-Initiative Wien (HOSI) habe ich nicht „redaktionell mitgearbeitet“, was aber eine Dresdener Inoffizielle Mitarbeiterin, die Literaturwissenschaftlerin ist, für die Stasi nachwies, indem sie mir den Textteil über die DDR zuschrieb. Allerdings hatte ich ein Informationsgespräch mit einem der Autoren, das bei einem gemeinsamen Bekannten in Prag stattfand - übrigens auch unter „Kontrolle“ durch den dortigen Geheimdienst. - Das ZDF habe ich nie „informiert“.

14. Zum *Operativplan* noch zwei Bemerkungen:

- a) Unter 2. 4. (auch 3. 2.) sind Maßnahmen zu meiner „Disziplinierung“ durch die Kirchenleitung *über geeignete und zuständige offizielle und inoffizielle Quellen und Stellen* vorgesehen. Obwohl es auch einige hochrangige Stasi-Mitarbeiter in der Magdeburger wie in anderen Kirchenleitung(en) gab, habe ich solche *Disziplinierungsmaßnahmen* zumindest nie bemerken können, auch wenn es entsprechende „Erfolgsmeldungen“ in den Akten gibt. Die Aktenlektüre zeigt sie mir ebenfalls nicht. Ganz im Gegenteil: Insbesondere der Kirchenleitung in Magdeburg, aber auch den Leitungen anderer Landeskirchen sowie vielen Gliedern und MitarbeiterInnen der Kirche ist die große Unterstützung der Schwulen-Arbeit zu danken.
- b) Punkt 6. sieht die *Periodische Kontrolle des Gesundheitszustandes des Stapel vor, um evtl. notwendige operativ oder operativ-technische Maßnahmen abzuleiten*. Mit *Kräfte und Mittel* ist *IMS Peters* gemeint, nach Julius Schoenemann* der damalige Direktor der Chirurgischen Klinik der Medizinischen Akademie Magdeburg, Prof. Peter Heinrich; die Auswertung meiner Akten weist ebenfalls auf diese Person hin. Die Akten nennen aber auch noch weitere Ärzte und andere Angestellte der Akademie. - Leider kann ich den Akten nicht entnehmen, was die *evtl. notwendigen operativ oder operativ-technischen Maßnahmen* sein sollten. Ich kann bisher nur sagen, daß ich keine meine Gesundheit oder meinen Heilungsprozeß gefährdenden „Maßnahmen“ wahrgenommen habe. Jedoch - sehr zurückhaltend ausgedrückt - scheint es in der Tat beim MfS Tötungsabsichten und -pläne gegeben zu haben - allerdings erst, nachdem sich die Prophezeiung der Ärzte, ich würde die Folgen meiner Krebsoperation ohnehin nicht überleben, nicht erfüllt hatte. Das Betreiben meiner Invalidisierung sollte später offenbar Anlaß sein, mich noch einmal zu IMS „Peters“ in die Klinik zu holen (vgl. Kap. 7, inbes. S. 118).

* Schoenemann, Julius: Der große Schritt. Die dritte Hochschulreform in der DDR und ihre Folgen dargestellt an einem Beispiel aus der Medizinischen Fakultät der Universität Rostock 1969-1972, hrsg. vom Verband ehemaliger Rostocker Studenten (VERS), o. O. 1998, S. 85ff., bes. S. 97-104

3. Schwule Gleichberechtigung: „Diskriminierung und Diskreditierung der DDR“

Fragt man mit Blick auf die Stasi-Akten nach der Schwulen-Politik der DDR, wird man nicht leicht fündig. Die Akten enthalten kaum direkte Äußerungen zur Homosexualität und erst recht keine ausführlichen Auseinandersetzungen mit der Thematik oder gar „Schlüsseltexte“. Nur an einer winzigen Stelle gibt es ein paar Fakten zur Sache selbst. Statt dessen ist man eher auf „indirekte“ Äußerungen angewiesen, die nun aber in Form von „Wortfetzen“ die Aktenbände geradezu durchziehen. Ebenso schwierig ist es, den Stasi-Akten die Schwulen-Politik der DDR ablesen zu wollen: Zwar votieren alle hauptamtlichen MfS-Mitarbeiter total einheitlich. Außerdem

... waren die *Orientierungen der HA XX und des Genossen Generalleutnant Mittag* (Mielke-Stellvertreter - E. S.) ... *Grundlage aller politisch-operativen Maßnahmen ...* (und) *wurden mit der HA XX/9 unter Beachtung der politischen Situation und der Orientierungen und Festlegungen der zuständigen zentralen Organe der DDR abgestimmt ...*

Und umgekehrt

... fanden (die MfS-Informationen - E. S.) *Verwertung für die Orientierung der zuständigen staatlichen Stellen ...**,

was sich später im „Umschwenken“ des Staates als taktisches Mittel (vgl. Kap. 4) ja auch niederschlägt. Aber daß das MfS bei seinen Reaktionen auf die Schwulenbewegung Partei- und Staatspositionen zur Homosexualität und zu Schwulen vertritt und auch auf diesem „Problemfeld“ nur „Schild und Schwert der Partei“ war, kann ich hier nur ansatzweise ermitteln (vgl. Kap. 4).

Allerdings laden schon die Funktionsweise des Staates DDR oder auch nur die sparsamen, stark zensierten Veröffentlichungen aus der DDR-Sexuallwissenschaft zur Homosexualität dazu ein, das Stasi-„Wissen“ über Homosexualität, Schwule und Schwulenbewegung und seine Schwulen-Politik auch der SED und den Staatsorganen zuzuschreiben. Und die MfSler warten auch ab und zu auf neue Entscheidungen „von oben“:

In diesem Zusammenhang (Kranzniederlegungen 1986 - E. S.; vgl. Kap. 6) wurde ... *erwähnt, daß hierzu eine Entscheidung von zentraler Stelle notwendig ist, ob ... genehmigt oder untersagt wird. Nach Meinung der Mitarbeiter der HA XX/9 konnten sie im Gegensatz zu der ... Forderung alle Entscheidungen müßten zentral getroffen werden, hierzu keine konkrete Antwort geben.* **

* BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 271f.

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 3, Bl. 233

Freilich muß man den MfS-Mitarbeitern - zumindest partiell erklärend, jedoch nicht entschuldigend - zugutehalten, daß sie wie offenbar auch die DDR-Führung, aber eben auch andere Politiker früher wie heute in ihrer Schwulen-Politik über ihr in der Regel völlig falsches Bild von Homosexualität und von Schwulen stolpern mußten, und um so schärfer kritisieren, daß sie es nicht korrigieren woll(t)en oder sich - wie die Stasi - viele Jahre intensiv mit der Thematik befaß(t)en und dennoch nichts hinzulern(t)en.

Anstatt sich also mit unseren Vorstellungen und Forderungen und mit der Materie selbst zu befassen, schloß man einfach die Augen, verwehrte Gespräche und Diskussionen, fragte (nach Aktenlage) nur ab und zu Sexualwissenschaftler, beharrte auf seinem Standpunkt und sah unsere Arbeit darüber hinaus sogar als *Zusammenführen Gleichgesinnter zum Zwecke der Diskriminierung und Diskreditierung der staatlichen und gesellschaftlichen Verhältnisse in der DDR**.

Diese Verhältnisse, die Schwule ja erst zu - aus Sicht der Stasi - „operativ interessanten DDR-Bürgern“ machten, wurden nicht hinterfragt. Statt dessen schwadronierte man über *stark homosexuell veranlagte Personen in inoffizielle(n) Homo-Kreise(n)***, die auf der Grundlage des Nachweises der angeblichen Diskriminierung von Homosexuellen in der DDR dem sozialistischen Staat von diesem nicht akzeptable und nicht gesellschaftsgemäße Forderungen ab(zu)ringen*** wollten und denen es darum geht, Gesetze des Staates der DDR und damit die Staatsmacht der DDR zu unterlaufen und im Sinne ihrer angeblich gemeinten Demokratie die Staatsmacht dazu zu veranlassen, Forderungen von ihnen nachzugeben†.

Mitunter wurde man aber auch deutlicher:

■■■■■ wurde innerhalb dieses Gespräches die Frage gestellt, wie wohl die sozialpolitischen Maßnahmen, die in letzter Zeit durch die Regierung der DDR erfolgten (für Familien mit Kindern - E. S.), zu werten sind ... es wurde ihm gesagt, daß damit zum Ausdruck kommt, daß die Schwulen in der DDR nicht gebraucht werden††.

Hinsichtlich der Patriarchats- und Geschlechterrollen-Diskussion sah man sich durch uns bedroht, weil wir uns

* BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 35; vgl. auch Bl. 26

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 243

*** ebd., Band 5, Bl. 159

† ebd., Bl. 162

†† ebd., Band 2, Bl. 25; vgl. auch Bl. 26

*durch Überbetonung der Liebesbeziehungen schwuler Männer (die - E. S.) Erreichung pazifistischer Haltungen und darauf aufbauend (die - E. S.) Verweigerung des Wehrdienstes mit der Waffe ... (und die - E. S.) Schwächung der inneren Sicherheit der DDR**

erhofften. Die Stasi verstand manche Gespräche zu Patriarchat und Homophobie,

*es müßte über Schwule erreicht werden, daß immer mehr junge Männer den Wehrdienst mit der Waffe verweigern ... bei solch starkem Pazifismus ist die innere Sicherheit des Systems gefährdet**.*

Außerdem verstoße Homosexualität gegen die sozialistische Ethik und Moral, weshalb beispielsweise Kontaktanzeigen nicht erlaubt werden dürften**, und führe zu

pluralistische(n) Gesellschaftsauffassungen ... auf der Grundlage einzelner übereinstimmender Interessen außerhalb und zum Teil in bewußtem Gegensatz zu bestehenden politischen Organisationsformen der sozialistischen Gesellschaft†.

Die Aktivitäten der erkannten Inspiratoren und Organisatoren, die eine „Homosexuellen-Bewegung“ anstreben, sind von dem Grundgedanken getragen, angebliche Rechte Homosexueller in der Gesellschaft durchzusetzen und gegen die unterstellte Diskriminierung derartiger Personen durch staatliche Organe aufzutreten.

Wir trügen *einseitige und verhärtete Positionen bei der Forderung angeblichen Rechten* vor, stellten die Lage der Homosexuellen in der Zeit des Faschismus (einseitig) dar und hätten unberechtigte(n) Vorbehalte ... gegenüber den staatlichen und gesellschaftlichen, vermeintlich negierenden und diskriminierenden, Haltungen zu den Homosexuellen.††

Man kritisierte, daß wir Homosexualität (wir hatten Antihomosexualität gesagt) als *ein gesellschaftliches und kein sexuelles Problem* betrachteten und es von der Gesellschaft gelöst haben wollten und daß wir die *gesellschaftliche Einflußnahme über die Ehe- und Sexualberatungsstellen ... nicht als die geeignete Form betrachtet(en)†††*. Später „rechtfertigte“ man sich angesichts

* BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 265

** BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 26; s. a. BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 2, Bl. 168f., 171

*** BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 210

† BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 51

†† BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 85f

††† BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 193

unserer Forderungen und dessen, daß staatlicherseits anerkannt (wurde), daß es in der Vergangenheit Fälle von Diskriminierungen gegeben haben kann, die aber weiter abgebaut werden sollen damit, daß 1988 die Einrichtung eines sexualmedizinischen (sic! - E. S.) Betreuungszentrums für Homosexuelle in Magdeburg sowie die Durchführung eines medizinischen (sic! - E. S.) Sonntags zu diesem Problem geplant waren (vgl. Kap. 4).*

Homosexualität war für das MfS ein Thema der sexuellen Gesundheit und die Diskriminierung von Schwulen, die ohnehin nur ansatzweise und sehr zögerlich zugegeben wurde, kein politisches Problem.

Deshalb verstand man auch nicht, weshalb

Stapel ... immer wieder nachzuweisen (versucht), daß der Staat nichts für die homosexuell veranlagten Personen tut,

obwohl doch in Zusammenarbeit mit Sexualwissenschaftlern

*in der letzten Zeit (vor Juni '86 - E. S.) eine Reihe staatlich sanktionierte Maßnahmen für die Erleichterung der Lebenslage homosexuell veranlagter Personen in der DDR durchgeführt, ausgewertet und auch von einem großen Teil selbst homosexuell veranlagter Personen anerkannt wurde**.*

und mußte die Motivation für unsere Arbeit woanders suchen - nämlich unter anderem als ideologische Stützpunkte des Feindes im Innern der DDR***. Als solche verleumdete wir unter Mißbrauch der bei diesen Personen-kategorien besonders stark ausgeprägten psychischen Probleme und Erscheinungen und mit Hilfe der Deklarierung (der Schwulen - E. S.) als Randgruppe der Gesellschaft ... die unterdrückt und mißachtet werden und sich deshalb im Schoße der Kirche organisieren müssen, um sich den ihnen geachteten Platz in unserem Staat zu erkämpfen, wobei die Lage dieser Personen bewußt dramatisiert (wurde), den sozialistische(n) Staat als Unterdrückungsinstrument ... gegenüber homosexuell Veranlagter.[†] Wir (werteten) die sogenannte Homosexuellenproblematik (auf)^{††}, um so unsere sogenannte Randgruppenarbeit^{†††} begründen zu können und eine Art Rekrutierungsfeld für die innere Opposition zu bekommen.

* BStU MfS HA XX ZMA 10050/12b, Bl. 69

** BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a, Bl. 270

*** BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 51

† BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a, Bl. 264f.

†† ebd., Bl. 124

††† BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 52

So lag der Gedanke der Stasi natürlich nicht allzu fern, wir verbänden deshalb die Schwulen-Gruppen mit anderen „alternativen Gruppierungen“ und wollten ihre volle Integration in die PUT und die sogenannte „Menschenrechtsdemagogie“. * Man erkannte zwar unsere Bemühungen um die

*Entwicklung von Selbstvertrauen und Mut für das öffentliche Bekenntnis zur eigenen Homosexualität sowie Interessenvertretung und „Lebenshilfe“ für Homosexuelle durch Schaffung eines „Beratungsdienstes von Schwulen für Schwule“ ... durch Schaffung von Möglichkeiten für eine öffentliche Kommunikation sowohl über Homosexualität als auch über politische Fragen. ***

Doch selbst sie wurden der zu bekämpfenden „alternativen Bewegung“ zugeordnet, von der immer wieder neue Versuche zur Umgehung bzw. Mißachtung der sozialistischen Gesetzlichkeit zu erwarten*** waren. Folglich war es gut, die Gründung einer DDR-weiten Organisation, die Schaffung einer „gesamtdeutschen“ homosexuellen Bewegung mit einer anarchistischen Grundtendenz[†] oder die Politisierung der Forderungen Homosexueller (weiter) zu verhindern und den losen, unverbindlichen Charakter(s) überörtlicher Zusammenkünfte^{††} zu erhalten.

Vor allem diese vermutete „Zentralisierung“ der Schwulen-Arbeit war dem MfS ein Dorn im Auge:

Stapel vertritt die Auffassung, daß alles Erdenkliche getan werden muß, um die Homosexuellen in der DDR zu organisieren und in Opposition zum Staat zu führen.†††

So setzte man mehr und mehr auf das gemäßigte(n) Vorgehen(s) mancher Aktivisten, die durch sachliche Verhandlungen mit den zuständigen Stellen der DDR zur Erreichung staatlicher Sanktionen und Zugeständnisse für öffentlichkeitswirksame Arbeit die Politisierung dieser, wie die Stasi später wenigstens einsah, an sich kirchlichen oder seelsorgerischen Veranstaltungen^{*} nicht mitgehen wollten und auf die Haupt-Legende staatssicherheitsdienstlicher IM-Aktivitäten, nämlich dem Staat keinen Vorwand zum Eingreifen zu bieten, was auch immer das heißen mochte, zum Teil hereinfließen.

* BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 33

** BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 16

*** ebd., Bl. 125

† BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 32

†† BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; 17, Bl. 208

††† BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-III; Bl. 178

‡ BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a, Bl. 265

Ich kann mich bei der Suche nach der Stellung des MfS zum Schwulsein des Eindrucks nicht erwehren, daß der Sicherheitsdienst vor allem Opfer seiner durch seine eigenen Vorurteile geschürten Angst vor Schwulen wurde. Diese Angst machte es ihm unmöglich, sich mit der Sache selbst zu befassen. Stattdessen entwarf er ein Phantombild, zu dem schließlich beinahe alle Zuschreibungen gehörten, die man auch von anderen „Herrschern/Regierenden“ im Blick auf Schwule oder auch auf andere Minderheiten kennt, wie ich sie eingangs z. T. schon erwähnte (vgl. S. 16/17) und wie sie sich durch fast alle Stasi-Texte ziehen: Konspirativität; Tätigkeiten im „gesellschaftlichen Untergrund“; Gesetzesbrecher; Untergraber der Staatsmacht; Verleumder; Wehrkraft-Zersetzer; Gefährder der Inneren Sicherheit und des Systems; Mißbraucher; Moral- und Familien-Zerstörer; Cliquen-Bildung gegen die Mehrheit der Bürger; Privilegien-Erschleicher; Brückenköpfe des Feindes; Dramatisierer und „Schauspieler“; Abweichler; Anarchisten ...

Ich habe lange Zeit geglaubt, wir könnten den Regierenden in der DDR diese Ängste durch Aufklärung nehmen, und mich deshalb sehr für die Schwulen-Bewegung engagiert. Heute enttäuscht mich bei der Lektüre der Stasi-Akten am allermeisten die offensichtliche Unfähigkeit der Inoffiziellen schwulen Mitarbeiter, der MfS-Hauptamtlichen wie der Staats- und Partei-Funktionäre, aus unserer Arbeit etwas gelernt zu haben. Diesen „Lehrauftrag“ konnte die DDR-Schwulen-Bewegung nicht erfüllen. Ihr „Fehler“ bestand darin, vor allem auf diese Möglichkeit, Gesellschaft und Staat von ihrer Furcht vor Homosexualität zu emanzipieren, zu setzen. Freilich bot der Spielraum in der DDR keine anderen Möglichkeiten, wie sie aber im demokratischen Deutschland vorhanden sind.

4. „Schlechte Lauscher“

Soweit ich das heute beurteilen kann, war es richtig, zunächst die Einflüsse des MfS auf die Schwulen-Bewegung zur Kenntnis zu nehmen, um sie bei einer eventuellen späteren Darstellung dieser Bewegung berücksichtigen können. Zumindest die folgenden Dinge muß man m. E. dabei nämlich in Rechnung stellen: Das MfS war auch bei der Bekämpfung der Schwulenbewegung nur „Schild und Schwert der Partei“. Die Akten belegen, daß Partei und Staat die jeweilige Richtung vorgaben. Die Versuche des MfS, diese Bewegung anfangs zu ver- und später zu behindern, liefen letztlich jedoch ins Leere. Das hatte seinen Grund nicht nur in der politischen „Großwetterlage“, in der Kirchenpolitik der Führung oder in der in der DDR üblichen Art, sich auch dann Erfolge in die Tasche zu lügen, wenn der Mißerfolg offensichtlich war - was auch bei den Stasi-Mitarbeitern zu einem großen Realitätsverlust führte -, sondern auch - und womöglich sogar vor allem - in der äußerst mangelhaften Arbeitsweise der hauptamtlichen wie der Inoffiziellen MfS-Mitarbeiter. Jedenfalls stehen die Informations- und die Maßnahmen-Flut in einem eklatanten Mißverhältnis zu den wenigen Erfolgen des MfS.

Dabei begruben sich die Geheimdienstler nicht nur selbst unter den von ihnen aufgehäuften Aktenbergen, sondern waren zudem über Jahre hinweg nicht in der Lage, den von ihnen bereits früh (Ende 1983) erkannten Weg der „Austrocknung“ unserer Bewegung durch „leichte Verbesserungen“ für das Leben Schwuler selbst zu gehen und diese ihre Erkenntnisse Partei und Staat so nahe zu bringen, daß sie ihre Schwulen-Politik rechtzeitig änderten. Erst kurz vor dem Ende der DDR wurde in diese Richtung taktiert. Über das, was die Korrumpierungserfolge später bewirkt hätten, läßt sich wegen des Endes der DDR nur spekulieren.

Mit dem scharenweisen „Eindringen“ ihrer IM, deren Einsatz die Hauptamtlichen für *koordiniert** hielten, in die Arbeitskreise sorgten die MfS-Mitarbeiter, ohne es zu bemerken, über weite Strecken für einen Stamm von „Aktivisten“, die die Arbeit in den Gruppen selbst dann aufrecht erhielten, wenn sie einzuschlafen drohte. Die Zersetzung der Arbeitskreise verhinderte das MfS also zu großen Teilen selbst. Hinzu kam über die schlechte geheimdiensthandwerkliche Leistung hinaus die oft totale Verzerrung dessen, was wir taten und worum es in der Sache ging, wenn beispielsweise die IM auf Grund ihrer Selbstdiskriminierung, nämlich Heterosexismus weitgehend für normal zu halten und nicht als Verletzung demokratischer Grundprinzipien zu verstehen, ihre „erarbeiteten Informationen“ abliefern - *schlechte Lauscher***

* BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 177

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 2, Bl. 38

eben - und wenn die Hauptamtlichen aus diesen Informationen neue „Maßnahmepläne“ schmiedeten. Das in der Regel rein technokratische Vorgehen des MfS, ohne Verständnis in der Sache (und übrigens auch für den Auftrag und für die Funktionsweise der Evangelischen Kirchen) zu haben, mußte die Geheimdienstler, was unser Engagement anging, scheitern lassen.

Mir selbst ist die Aktenlektüre auch deshalb wichtig geworden, weil sie mir die Unsicherheit nimmt, woran wir überhaupt waren und mit wem wir es zu tun hatten, ob wir an den wenigen Stellen, die Entscheidungsfreiheit gewährten, das jeweils Richtige taten und ob wir dabei die ohnehin kleinen Spielräume auch wirklich ausnutzten. So weiß ich heute, daß insgesamt nicht mehr möglich war, daß jedoch manche von uns, obwohl sie unsere „Militanz“ grundsätzlich bejahten, den Regierenden beinahe dadurch in die Hände gearbeitet hätten, daß sie die Arbeitskreise zu „Wohlfühlgruppen“ umfunktionieren und deshalb vom Bürgerrechtsgedanken abweichen wollten - wie andere das später tun sollten und durften und auch taten. Dabei verschafften diese anderen dem Sicherheitsdienst sogar einen „internationalen Erfolg“: **■■■■■**, **■■■■■** nahm an der ... Konferenz der ILGA* mit Vertretern ost- und südosteuropäischer sozialistischer Länder ... 1987 in Budapest teil. Sie machte dort solche begeisternden Ausführungen über positive Entwicklung und Situation der HS in der DDR, daß absolute Spitzenposition in der DDR eingeordnet wurde. Eine der nächsten Tg. dieses Gremiums soll in Berlin stattfinden (Hauptstadt der DDR).**

Am wichtigsten zu wissen ist für viele Arbeitskreis-Besucher heute wohl die Erkenntnis aus der Akten-Lektüre, daß das MfS wie höchstwahrscheinlich alle anderen Sicherheitsinstitutionen keine „Rosa Listen“ führte. Das bedeutet, es wurde niemand nur deshalb notiert, weil er gleichgeschlechtlich orientiert war. Allerdings gab es doch verschiedene Personenkarteien - in Magdeburg z. B. eine, die vor einigen Jahren, im Zusammenhang mit einem operativen Sachverhalt erarbeitet wurde, jedoch gegenwärtig (Mai '84 - E. S.) nicht mehr vollständig und aktuell ist ...*** Außerdem (sind) erkannte homosexuell veranlagte Personen (in den Arbeitskreisen - E. S.) in dem „Wer ist Wer?“-Prozeß zur Aufklärung ihrer Persönlichkeit ... mit dem Ziel einzubeziehen, sowohl Hinweise über feindlich-negative Pläne und Absichten zu erarbeiten als auch für eine inoffizielle Zusammenarbeit geeignete Perso-

* ILGA - International Lesbian and Gay Association

** BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 34

*** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 242; vgl. ebd., Band 2, Bl. 17; vgl. Anhang 6

nen zu erkennen*. - Was mit diesen in den Akten nicht vorhandenen Listen vor und nach dem Ende der DDR geschah, konnte ich bisher nicht erfahren. Allerdings kamen die IM bei diesem „Erkennen“ wegen der relativen Anonymität der Arbeitskreis-Besucher nur mühsam voran.** Anders wäre es gewesen, hätte IM „Günter Haase“ meine Anschriften-Kartei „ausgeliehen“ (vgl. Kap. 5). Doch dazu kam es ja nicht.

Ich habe den Akten auch entnommen, daß die Diskriminierung der Schwulen ohne jede Lockerung weitergegangen wäre, hätten nicht einige wenige Schwule sich gegen sie gewehrt und mehr und mehr Freiräume regelrecht erkämpft. Es war also die Leistung der wenigen Aktiven, die die Situation verbesserte, und nicht etwa der „Deckel auf dem Topf DDR“, dessen Inhalt sozusagen zwangsläufig überkochte. Das bedeutet: Ohne das Engagement wäre nichts geschehen, und das Engagement nur weniger erreichte viel. Die Demokratisierung war - und ist! - zwar auch für das Verhältnis von Politik und Gesellschaft einer- und von Schwulen andererseits nicht aufzuhalten - aber eben erst dann, wenn sie eingefordert und von den Schwulen selbst erarbeitet wird.

Allen Mängeln in seiner Arbeit zum Trotz - oder gerade ihretwegen -, so belegen mir die Akten, war das MfS gefährlich. Die jetzige Entmythologisierung („die Stasi weiß alles“) darf also nicht dazu führen, nur befreit zu lachen und über die vielen Banalitäten zu schmunzeln. Gewiß kannten wir uns im System DDR gut genug aus, um die Gefahren unserer Arbeit kalkulierbar zu halten und mitunter sogar eine „Zersetzung andersrum“ zu inszenieren, indem wir etwa viel redeten und doch nicht alles sagten oder die Stasi auf unwichtige Wege schickten, um derweil Wichtiges zu schützen. Dennoch waren unsere Aktivitäten fast immer ein Spiel mit dem Feuer, wie das, was vielen Opfern des MfS passierte, deutlich macht. Es war neben unserem Engagement und neben der Unfähigkeit des MfS also auch eine gehörige Portion Glück, die uns unser Ringen mit der Stasi gewinnen ließ.

Stück um Stück mußte sie uns - vermutlich zähneknirschend - entgegenkommen. Dabei wurde das, was sie anfangs noch für „der sozialistischen Gesellschaft nicht gemäß“ hielt, am Ende der DDR von Inoffiziellen Mitarbeitern und anderen mit Unterstützung des MfS selbst eingerichtet, nachdem es bereits frühzeitig von ihm selbst als taktische Maßnahme vorgeschlagen wurde, um uns das Wasser abzugraben. Zweifel an den eigenen Schwulen-

* BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 57; vgl. auch BStU Ast. Leipzig AOP 452/87; Band 1, Bl. 61

** BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-II; Bl. 5

politischen Ansichten und am eigenen Vorgehen, das ja unsere Arbeit und ihre Ergebnisse verhindern sollte, wurden auch dann nicht laut, als man einen - wenn auch nur kleinen - Teil unserer Forderungen staatlicherseits erfüllt sah: Zeitschriften-Artikel u. a. Literatur, entsprechende sexualwissenschaftliche Kongresse, Annoncierungsmöglichkeiten ...

Das ist allerdings auch nicht verwunderlich. Waren diese *staatliche Toleranz und mehr Verständnis* eben doch nur das schon lange zuvor vorgeschlagene taktische Manöver gegen den „politischen Mißbrauch“, wie das MfS unsere Arbeit für die Gleichberechtigung der Schwulen nannte: *In diesem Zusammenhang muß darauf hingewiesen werden, daß nach Einschätzung zuverlässiger, überprüfter inoffizieller Quellen reale Möglichkeiten bestehen, einen politischen Mißbrauch homosexueller Personen durch mehr staatliche Toleranz und mehr Verständnis zu verhindern.* - Vorläufige Schlußfolgerungen: Es ist nötig, daß von staatlicher Seite Initiativen entwickelt werden, im Sinne einer Alternative, damit nicht die Kirche hier Aktivitäten entwickelt, die nicht im Sinne der Politik der Partei- und Staatsführung liegen und besser von staatlicher Seite aus gesteuert werden sollten.***

Diese Steuerung begleitete denn auch das taktisch motivierte Umschwenken des MfS, nachdem sie laut Aktenlage schon vorher, nämlich bei den Verhinderungs- und Zersetzungversuchen, wirksam war. Hieß es anfangs nämlich, *es sind alle Informationen auszuwerten und lückenlos zu dokumentieren zur wirksamen Unterstützung staatlicher und gesellschaftlicher Maßnahmen ... und die Partei- und Staatsführung ist über operativ-bedeutsame Ereignisse ... zu informieren****, wurden Partei und Staat später (z. B. Ende 1987) informiert, *um die entsprechenden notwendigen staatlichen Maßnahmen zur weiteren Integration homosexuell veranlagter Personen einzuleiten†*.

Doch auch diese Taktik ging nicht auf: Schon Anfang 1986 konstatierte nach ersten entsprechenden Manövern eine *Information ... der HA XX/9*, daß *die durch den Staat in letzter Zeit zum Problem Homosexualität zeigte und durch Publikationen bekundete Haltung, anstatt zufriedenzustellen, positive Erwartungshaltungen bei den Betroffenen ausgelöst haben (soll)††*.

* BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 54; vgl. auch BStU Ast. Leipzig AOP 452/87, Band 1, Bl. 86ff., 142f.; BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 5, Bl. 188; BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 33 u. a.

** BStU Ast. Magdeburg HA XX ZMA 5349-I; Bl. 71 (Hervorh. E. S.)

*** BStU Ast. Leipzig AOP 452/87; Band 1, Bl. 44; vgl. ebd., Bl. 27

† BStU MfS HA XX ZMA 10050/12b; Bl. 33

†† ebd., ZMA 10050/12a; Bl. 193

Der durch unsere Arbeit geweckte Hund hatte zu bellen begonnen. Damit die Schwulen nun aber mehr als bis dahin für sich taten und es nicht nur bei den „Erwartungshaltungen“ blieb, war unser Engagement weiterhin nötig. Und weil das MfS und Partei und Staat ihre „*offensive(n) Maßnahmen ... bei denen über kirchenleitende Kräfte eine Zurückdrängung der Aktivitäten des Stapel erreicht werden soll**“, nicht zum Ziel zu führen und den *innerkirchliche(n) Widerstand gegen den Mißbrauch der Kirche für die Organisation der Homosexuellen bewußt* (nicht - E. S.) *zu stärken*** vermochten, blieb es auch möglich und wurde von Kirchenleitungen mehr und mehr unterstützt: *Es gab eine Aussprache durch den Sektorenleiter Kirchenfragen des Rat des Bezirkes Magdeburg mit dem Vertreter der Kirchenleitung der KPS OKR*** Zachhuber. Dabei wurden durch die Kirchenleitungsvertreter die von Stapel getätigten Äußerungen bezüglich seiner Tätigkeit ... im Auftrage der Kirchenleitung bestätigt und zum Ausdruck gebracht, daß die Veranstaltungen nicht nur eine Angelegenheit der (in diesem Fall - E. S.) EAK/M seien, sondern auch durch die Kirchenleitung ... verantwortet werden. Zu der dargelegten staatlichen Erwartungshaltung nahmen die Kirchenleitungsvertreter folgende Position ein:*

Bischof Dr. Demke lege großen Wert darauf, daß diese Veranstaltungen ohne Störungen verlaufen und hat als Beauftragte die Personen OKR Zachhuber und OKR Hoffmann eingesetzt.†

* ebd., Bl. 117a

** BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 57

*** OKR - Oberkonsistorialrat

† BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 137

In einer Art Längsschnitt zeigt das Kapitel 2, wie das MfS über die Jahre auf unsere Arbeit reagiert hat. Von Anfang an wurden alle Register gezogen, und je nach Lage-Einschätzung gab es mal in dieser, mal in jener Richtung breiter angelegte „Maßnahmen“. Warum das MfS im Blick auf diese „Maßnahmen“ und auf seine Mittel und Methoden und Zuträger erfolglos blieb, war gerade im Kapitel 4 zu lesen.

Im folgenden gehe ich ausführlicher auf drei mir für die Arbeit der Stasi typisch erscheinende Themenbereiche ein und versuche, gleichsam Querschnitte darzustellen, ohne auch jetzt wegen der gebotenen Kürze alle in den Akten enthaltenen Facetten ausleuchten zu können.

Diese Themenbereiche sind die „**Maßnahme 'Rosa'**“, der freilich mißglückte Versuch der Sicherheitsdienstler, meine recht umfangreiche Adressenliste zu stehlen, ihr zum Teil ebenfalls nicht gelungener Versuch, unsere **1984er Feier** anlässlich des Christopher-Street-Days in Form der bereits 1983 in den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen begonnen und bis über das Ende der DDR hinaus zur Tradition werdenden **Kranzniederlegungen für die Opfer des Nazi-Regimes unter den Schwulen** zu verhindern, und „**operative und operativ-technische Maßnahmen**“ des MfS hinsichtlich meiner verschiedenen **Krankheiten**.

Die beiden ersten Themenbereiche sind unter den Schwulen bzw. in der Schwulenbewegung aus historischen Gründen sehr sensible. Zudem zeigt meine Darstellung - hoffentlich gut - die Unfähigkeit des MfS, sich in seinem Kampf gegen unsere Arbeit durchsetzen zu können.

Das macht gerade auch das dritte Thema deutlich. Ich habe es aber außerdem ausgewählt, um die Gefährlichkeit des MfS zu belegen: Was seine fleißige, mühevollen, zeitaufwendige und schließlich doch vergebliche Anstrengung gegen die Kirchliche Schwulenarbeit angeht, war es zwar ein Papiertiger - aber eben ein Tiger.

5. Die „Maßnahme 'Rosa'“

Beschaffen! schrieb jemand neben die *Information zur OPK „After Shave“* des Leiters der Kreisdienststelle Magdeburg vom 27. Juni 1986 an die Abteilung XX/2 der Magdeburger Stasi-Bezirksverwaltung, als in dieser *Information* von meiner Adreßkartei die Rede ist:

*Im Besitz von Stapel befinden sich ca. 2000 Karteikarten mit Daten von ihm bekannten Homosexuellen aus der DDR, so auch alle ihm bekannten Homosexuellen aus Magdeburg. Die Karteikarten sollen die Personalien, Tätigkeit und Arbeitsstelle beinhalten. Diese umfangreiche Kartei befindet sich im Schreibtisch und wurde am 08. 05. 86 erstmals durch Quellen (also IM - E. S.) selbst festgestellt. Auf diesbezügliche Fragen legte Stapel dar, daß die Kartei alle Daten enthält, aber für jeden tabu ist. Auf die Anfrage reagierte Stapel zwar unruhig, beharrte aber darauf, keine Kartei zu zeigen. Die Maßnahme zur Sicherstellung einer Originalkarte ist unter Einsatz überprüfter inoffizieller Kräfte eingeleitet.**

Schon 15 Tage zuvor schlug sich die „Feststellung durch Quellen“ in einer *Einschätzung der gegenwärtigen politisch-operativen Situation und Wirksamkeit des Arbeitskreises ...* nieder:

*- St. unterhält umfangreiche Verbindungen zu Sexualwissenschaftlern der DDR, negativ eingestellten Schriftstellern u. a. Personen, was sich auch in der Programmgestaltung des AKHS-M widerspiegelt, indem dort derartige Personen als Referenten oder in anderer Form Durchführung von Veranstaltungen auftreten. Nach neuesten Erkenntnissen soll St. über eine Kartei von ca. 2000 ihm bekannt gewordenen homosexuell veranlagten DDR-Bürgern verfügen. Zur Zeit wird geprüft, welche Angaben diese Kartei unterhält und welchen operativen Nutzen diese Kartei hat.***

*Unter den durchzuführende(n) politisch-operative(n) und politisch-offensive(n) Maßnahmen, Punkt 2, wollten die Unterzeichner dieser Einschätzung, der Leiter der Abt. XX, Oberstleutnant Reif, und sein „Operativer Mitarbeiter“, Major Zimolong, auch den operativen Wert(es) der bei Stapel vorhandenen Personenkartei geklärt und Möglichkeiten des direkten oder indirekten Beschaffens dieser Kartei geprüft haben***. Und schon vier Tage später meldete Oberst Stoye Vollzug:*

Durch IM konnte das Vorhandensein von Karteien über Homosexuelle beim Vikar Stapel im rechten Schreibtischbereich in der Wohnung Leibnizstr. 48 beweiskräftig dokumentiert und bisher eine Karteikarte inoffiziell beschafft

* BStU ASt. Magdeburg AOP 9/91; Band 4, Bl. 241

** ebd., Bl. 253; auch BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 268

*** BStU ASt. Magdeburg AOP 9/91; Band 4, Bl. 259; auch BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 274

werden. Hiermit übersenden wir Ihnen die Information und die Karteikarte zur op. Auswertung.*

Die Quelle übergab eine von ihr in einem ruhigen Moment aus der Kartei des Stapel beschaffte Karteikarte. Diese Karteikarte enthält: ...

Die Quelle ist bereit, entsprechend der Möglichkeit noch eine Karteikarte zu beschaffen zu Vergleichszwecken. Die Quelle wurde auf die unbedingte Einhaltung der eigenen Sicherheit hingewiesen.**

Weitere drei Tage danach lieferte sie Karten nach:

Hiermit übersenden wir Ihnen 2 weitere Karteikarten aus dem Bestand des Vikar Stapel zur op. Kenntnis und Verbleib ...

Laut IM hat Stapel in dem Bestand der Kartei auch eine karteimäßige Aufstellung von Ausländern, die nach Länder geordnet sind. Der IM erkannte an den Reitern der Kenntlichmachung der Karteikarten die Länderbezeichnungen CSSR, Spanien, BRD, Polen und Dänemark.

Die Beschaffung einer Karteikarte aus dieser Kategorie war nicht möglich.***

Wohin Major Zimolong am 21. Juni (derzeit) wesentlichste polit. op. beachtenswerte Hinweise berichtete, nach denen Stapel ... in seinem Arbeitszimmer eine Kartei von cka 2000 homosexuell veranlagten Personen der DDR und dem Ausland mit entsprechenden personellen Angaben (hat)†, geht aus der Akte leider nicht hervor, weil der Anfang dieses Berichtes fehlt. So bleibt mir unklar, ob er die nun eingeleitete Maßnahme „Rosa“ selbst verantwortet oder mit anderen „abgestimmt“ hat.

Zur Erklärung: Zunächst muß es verwundern, daß das MfS erst so spät auf meine Adreßkartei kam, war es doch von Anfang seiner „Kontrolle“ an darauf erpicht, möglichst viele Arbeitskreis-Besucher und „Kontaktpartner“ zu ermitteln. Immerhin hatten auch vorher schon viele IM zu vielerlei Veranstaltungen und besonders zu den Tagungen der Evangelischen Akademie (1983 u. 1985) sehr viele Schwule Einladungen erhalten. So mußte den Geheimdienstlern eigentlich schon lange klar gewesen sein, ich könnte meine Arbeit nur mit solch einer Kartei leisten, wie sie jeder in solchen Berufen wie meinem haben muß(te).

Diese Kartei war in der Tat unumgänglich, hätte ich ohne sie doch gar nicht die vielen Schwulen zu unseren Veranstaltungen einladen und vor allem die

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 4, Bl. 261

** ebd., Bl. 266

*** ebd., Bl. 264

† ebd., Bl. 267

vielen Ratsuchenden, die mich damals als offenbar einzigen Anlaufpunkt in der DDR kannten, beraten können. Dazu gehörten dann selbstverständlich auch Notizen über Name und Anschrift hinaus.

Selbstverständlich war mir klar, wie scharf die Stasi auf diese Kartei sein mußte und daß sie sie sich eines Tages auch „holen“ würde. Entsprechend warnte ich Schwule, die mir ihre Anschrift für Einladungen gaben, auch immer. Aber ich wollte es dem MfS auch nicht allzu leicht machen und bewahrte die Karteikästen in unserer Wohnung, die sich mit dem Dienstzimmer im Dienstgebäude befand, immer mal an anderen Stellen auf. Daß das später, als sie mehrere tausend Karten umfaßte (bei DDR-Ende etwa 4.000), nicht mehr so einfach wie anfangs war, läßt sich leicht denken ...

Mit der ersten gestohlenen Karte konnte die Stasi vermutlich nicht viel anfangen: es handelte sich um eine mit der Anschrift eines befreundeten heterosexuellen Ehepaares. Dennoch oder gerade deshalb ließ sie zwei weitere zu Vergleichszwecken stehlen und schritt dann zur Tat: Am 31. 07./01. 08. 86 sollte die Kartei „ausgeliehen“ und kopiert werden*.

Abtlg XX/2 30. 07. 86

Ablauf der Maßnahme „Rosa“

1. IMS „Haase“ hat entsprechend der am 24. 07. 86 in KW „Dom“ („Konspirative Wohnung“ im Gebäude der damaligen Staatsbank gegenüber dem Dom am Ende der Leibniz-Straße - E. S.) erhaltenen Orientierung

- a) sich tatsächliche Behandlungstermine in der Med. Klinik ... beschafft
- b) sich bei [REDACTED], Jens (mein damaliger Partner - E. S.) für die Zeit vom 31. 07. - 01. 08. 86 Übernachtung im Arbeitszimmer des Stapel gesichert
- c) dabei ermittelt, daß [REDACTED]
 - in einem Kinderheim der Evangelischen Stadtmission arbeitet mit unregelmäßigen Arbeitszeiten (Schluß)
 - am 01. 08. 86 nach Jena fährt
 - Übernachtung nur für den angegebenen Zeitraum im Arbeitszimmer gewährt und ansonsten auf Gästezimmer der Ev. Stadtmission die Pfr. [REDACTED] unterstehen, verweist.

2. Zur Erläuterung ist zu sagen daß:

- das Arbeitszimmer liegt neben dem Schlafzimmer St. und [REDACTED] und kann nur vom oder durch das Arbeitszimmer betreten und verlassen werden

* ebd., Bl. 285ff.

Aktivitäten zur Kartei können also nur in Abwesenheit des St. und [REDACTED] stattfinden

- Es ist nicht bekannt ob außer St. und [REDACTED] noch andere Personen im Besitz des Schlüssels zu der Wohnung St., in welcher das Arbeitszimmer einbezogen ist, sind.
- Es ist nicht bekannt, welcher Art ist das Schloß der Tür und des Schreibtisches

3. Vorgesehenes Vorgehen

1. IMS Haase begibt sich am 31. 07. 86 nach Magdeburg wo im Beisein Gen. Major Zimolong und Gen Hptm Haene eine nochmalige Beratung zur Aufgabenstellung im Detail erfolgt
13.30 Dz. * Abtlg. XIX Hbhf**
2. Aufsuchen des Geländes der MAM*** und speziell der Med. Klinik - (Details werden vorher noch übermittelt) um sich Kenntnisse der Örtlichkeiten anzueignen cka 14.45 - 15.45 h
3. Aufsuchen des Quartiers gegen 16.00 h bei [REDACTED], Dabei steht im Mittelpunkt
 - a) Festigen des Kontaktes und erfahren Arbeitsablauf am 01. 08. 86
Abreisezeit am 01. 08. 86 nach Jena
 - b) Exakte Aufklärung Art des Schlosses der Wohnungstür und des Schreibtisches eventueller Personenverkehr in dieser Wohnung (Schlüsselabdruck)
 - c) Pläne des Leiterkreises zur weiteren Arbeit des AKHS/M unter Berücksichtigung der Erkrankung des Stapel Auswirkungen der Erkrankung des St. und bei Blutuntersuchungen der anderen Personen auf AIDS Verdacht (vgl. Kap. 7 - E. S.)
 - d) Erreichen daß [REDACTED] dem IMS am Morgen des 01. 08. 86 den Schlüssel überläßt weil er erst um 16.00 h bei der MAM sein muß.
Der IMS hat eine große Reisetasche mit Sachen mit, da er möglicherweise in die MAM „einziehen“ muß. (Prall voll - Reinigung)
4. Bei günstigem Verlauf und der Absicherung daß [REDACTED] nicht das Kinderheim verläßt, packt der IMS 20 Min. nach Verlassen der Wohnung durch den [REDACTED] die Kartei ein und bringt sie an den vorher festgelegten Ort zur Übergabe an den ... MA (? - E. S.) danach schnellste Fotokopie Rückgabe an IMS;

* Dz. - Dienstzimmer

** Abtlg. XIX Hbhf - Sicherung Post-, Verkehrs- und Fernmeldewesen; Terrorabwehr in der Luftfahrt; Absicherung von Militärtransporten - Raum im Magdeburger Hauptbahnhof

*** MAM - Medizinische Akademie Magdeburg

Zu beachten und zu garantieren

- Öffnen und Verschließen des Schreibtisches wo die Kartei liegt
- Exakte Beachtung wie ist die Kartei gelagert und geordnet, um sie so wieder einzulagern
- Garantie [REDACTED] ist auf Arbeit und kommt nicht zurück
- Garantie, daß die Tür von innen verschlossen ist, um keine andere Person in der Zeit wo der IMS die Kartei einpackt oder wieder einordnet, die Wohnung betreten kann.

Legende Sachen zur Reinigung bringen früh und dann zurück zum Quartier Beachten Möglichkeiten der Verständigung MA* - IMS und umgekehrt vor Beginn der Maßnahme

Fertigen der Fotokopien entweder bei der Bildstelle oder in KW „Dom“

5. Ausweichmöglichkeiten

- a) Nochmalige Übernachtung von H(aase - E. S.) zum 02. 08. nach Einholen der Genehmigung von Stapel der sich im Krankenhaus befindet. bei Bindung des Stapel am 02. 08. 86 von 07 - 24.00 h in der MAM
hierbei wird nach Eintritt der Dunkelheit von op. MA vor der Wohnungstür des St. vom IMS in Empfang genommen.

Klären mit IMS

- a) Personenbeschreibung und ...itäten (? - E. S.), Verhaltensweise (ausführlich)
- b) wie gelangt [REDACTED] zur Arbeit und zurück
- c) Hat das Objekt einen zweiten Ausgang
- d) Arbeitszeit

Treff am 01. 08. 86 ...

1. BE (Bericht? - E. S.) auf Tonband
2. Instruierung über nächste Aufgaben Besuch St. am 05. oder 06. 08. 86 und am 11. 08. 86 ...

Selbstverständlich konnte man dem IMS „Günter/Gerhard Haase“ auch genau beschreiben, wo die Kartei zu finden war:

Hiermit übersenden wir Ihnen eine Skizze des Dienstzimmers des Vikar Stapel und die Aufteilung des Schreibtisches bezüglich der Ablage der Karteikarten.

Doch zu alledem kam es nicht, weil mein damaliger „Intimpartner“ nicht so leichtsinnig und vertrauensselig war oder auf das „Theaterspiel“ des IMS

* MA - Mitarbeiter

nicht hereinfiel, wie das MfS und der IMS sich gedacht hatten und wie der 4-seitige IMS-Bericht (Abschrift vom Tonband) die Aktion beschreibt*:

Bericht über meinen Auftrag am 31. 07. in der Evangelischen Stadtmission Magdeburg

Bei meinem Besuch beim Jens am 24. 07. 1986 berichtete ich über meine derzeitige Krankheit und meiner Behandlung in der Medizinischen Akademie und vereinbarte eine eventuelle Übernachtung in Magdeburg aufgrund dieser Behandlung. Jens räumte diese Möglichkeit ein, sagte jedoch, daß ich mich rechtzeitig anmelden soll ... Bei meinem Telefonanruf am 28. 07. 1986 beim Jens informierte ich ihn über den Besuch in der Akademie am 31. und eine Übernachtungsmöglichkeit in der Nacht vom 31. - 01. 08. 1986. Jens sagte dies zu, wies aber darauf hin, daß ... auch eine Übernachtung beim Pfarrer [REDACTED] im Gästezimmer möglich wäre, da er am nächsten Tag verreisen will auch nur eine Übernachtung ... möglich ist ... Bei meinem Erscheinen am 31. 07. befand sich Jens ... im Wohnzimmer und fragte mich sofort, ob ich mit Pfarrer [REDACTED] die Übernachtungsmöglichkeit geklärt habe. Meine Einwände, daß ich absolut nicht kirchlich engagiert bin und mich deshalb nicht an Pfarrer [REDACTED] wenden wollte, wurden damit abgewiesen, daß, wenn ich schon 2 ½ Jahre im Arbeitskreis tätig bin, meine Person bereits den entsprechenden Stellen bekannt ist ... sagte Jens, er müsse ... hoch zur Stadtmission und seine Abrechnung ... erledigen und bat mich, mit hochzukommen, da beschlossen worden ist, niemanden mehr in der Wohnung allein zu lassen, da in letzter Zeit häufig Bücher gestohlen worden sind und aus diesem Grund keiner mehr in der Wohnung allein bleiben durfte. Mit dem wir der Abmachung war gemeint Eddy und Jens. Jens betonte dabei, daß es nicht gegen meine Person gerichtet ist ... Diesen Darlegungen mußte ich mich beugen, ging mit ihm in die Stadtmission, wo ... er ... gleich meine Übernachtung im Gästezimmer regeln wollte, und mir blieb bis dahin auch keine andere Möglichkeit, und ich mußte diese Gelegenheit erst einmal hinnehmen. Da die Frau des Pfarrer [REDACTED] z. Z. nicht anwesend war, konnte die Übernachtungsfrage nicht endgültig geklärt werden, und ich begab mich ... mit Jens wieder in die Wohnung. In der Wohnung ergab sich ein Gespräch über Freundschaften und Partnerschaften, woraus eindeutig hervorging, daß Jens seinem Eddy treu bleibt und auch diese Möglichkeit von mir außer Betracht gezogen werden mußte, mit ihm dann in der Nacht doch in der Wohnung zu bleiben. Nach Rückkehr der Frau [REDACTED] wurde ich von ihr und Jens in die Räume des Gästezimmers eingewiesen, und mir wurde der Schlüssel übergeben. Dabei stellte ich jedoch fest, daß es in diesen Räumen dort oben mächtig heiß war, da diese Räume sich unmittelbar

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 4, Bl. 297ff.

unterm Dach befinden ... Die Umstände der Hitze im Gästezimmer nutzte ich, um Jens einen Schwächeanfall vorzutauschen und sagte ihm, daß ich gerne einen Spaziergang unternehmen möchte. Auch dieser Umstand konnte Jens nicht erschüttern und verhalf nicht, ihn umzustimmen betreffs der Übernachtungsmöglichkeit bei ihm. Damit war für mich endgültig klar, daß der Auftrag nicht lösbar war, und ich wollte den Spaziergang nutzen, um telefonisch mit dem Staßfurter Mitarbeiter in Kontakt zu treten, was mir aus technischen Gründen nicht gelang. Gegen 20.00 Uhr kam ich von meinem Spaziergang zurück, und das Abendessen verlief planmäßig.

Zu diesem Essen hatte mein Partner den IMS eingeladen, und der nutzte das sich dabei entwickelnde Gespräch auch gleich zum Erfragen allerhand „berichtenswerter“ persönlicher Dinge, die er nun zu Protokoll gibt, freilich ohne seinen eigentlichen Auftrag zu vergessen:

Er (Jens - E. S.) schaute auf die Uhr und stellte fest, daß er ja auch noch eine Fahrkarte für seine morgige Fahrt nach Jena holen wolle. Diesen Umstand nutzte ich aus, ihm anzubieten, daß ich doch gerne nach dem Essen einen Spaziergang machen würde und dabei ihm die Fahrkarte besorgen könne. Nach anfänglichem Zögern nahm er dieses Angebot an, und ich begab mich zum Bahnhof, um diese Gelegenheit nochmals zu nutzen, nach Staßfurt zu telefonieren. Nach Rückkehr vom Bahnhof übergab ich ihm die Fahrkarte. Nach ganz kurzem Gespräch forderte er mich jedoch auf, da er jetzt in die Wanne steigen möchte, daß ich ihn verlassen soll. Somit blieb mir nichts weiter übrig, als mich in das Gästezimmer zurückzuziehen. Am Morgen des 01. 08. beobachtete ich, daß ... um 6.17 Uhr Jens das Haus ... verließ ... und davon fuhr ... Gegen 07.30 Uhr verließ ich das Gästezimmer ... übergab ... den Schlüssel und verließ das Objekt der Stadtmission ... gez. „Günter Hase“

Nach Lage der Akten scheint das Thema „Kartei“ nun eine Weile zu ruhen, bevor es am 13. 12. 86 in einem Bericht des IM „Klaus Meyer“ an seinen Führungsoffizier wieder auftaucht:

*Zu bemerken ist noch, daß Stapel zum Ausdruck brachte, daß er an andere Arbeitskreise in der DDR und auch an Einzelpersonen Einladungen für die Veranstaltung ... geschickt hat ... In diesem Zusammenhang kam erneut zum Ausdruck, daß Stapel eine umfangreiche Kartei von homosexuell veranlagten Personen besitzt und daß er für derartige Veranstaltungen diese Kartei ... nutzt. Er sprach ... davon, daß er mit Hilfe dieser Kartei einen großen Teil Personen kennt, es genüge, wenn ihm der Vorname genannt wird.**

Und drei Monate später erwähnt ein „Sachstandsbericht zur OPK ...“ den „Reinfall“ der Geheimdienstler im Sommer ganz lapidar:

* ebd., Band 5, Bl. 29

Durch Anwendung einer operativen Kombination bei Einsatz des IMB „Gerhard Hase“ (jetzt also „IM der Abwehr mit Feindverbindung“ - E. S.) wurden umfangreiche Maßnahmen eingeleitet, um die sich im Arbeitszimmer des St. befindliche ca. 2000 Personen umfassende Kartei operativ auszuwerten. Diese Maßnahme führte nicht zum Erfolg, da der Intimpartner St. - [REDACTED] - durch sein Verhalten verhindert, daß der IMB „Gerhard Hase“ in das Arbeitszimmer gelangen konnte.*

Aber nicht, ohne einen erneuten Versuch anzukündigen:

Wie im Jahresarbeitsplan festgelegt, sind nochmals aktive Maßnahmen einzuleiten mit dem Ziel, die vorhandene Kartei homosexueller Personen operativ auszuwerten, um bestimmte personelle Schlüsse und geeignete Sicherungsmaßnahmen durchführen zu können.**

Zur Ausführung kommt es nach Aktenlage - und wohl zur Beruhigung all jener, die bisher vermuteten, ihr Name wäre in eine wie auch immer geartete Schwulen-Kartei der Stasi und damit in die Akten der Gauck-Behörde über meine Adreßkartei geraten - nicht. Aber der Gedanke an die Kartei läßt die Stasi-Leute nicht los - vor allem im Zusammenhang mit meinem Umzug nach Leipzig und mit einer damit vermuteten Übergabe dieser Kartei an den (katholischen) Mitarbeiter der Caritas, der in dieser Zeit auch für die Beratung von Schwulen zuständig wird (und es übrigens bis heute ist):

- 20. 10. 87: Stapel trägt sich mit dem Gedanken, seine Homo Kartei möglicherweise an den [REDACTED] zu übergeben ...

Äußerst bedeutsam ist die Aussicht, daß „Haase“ Leiter des AKHS/A(schersleben, der zu dieser Zeit gegründet wird - E. S.) werden kann und sich Chancen für das Herankommen an die cka 2000 Namen umfassende Kartei HS ergeben ...

Auftrag (an IMB „Haase“ - E. S.) ... 3. Festigung des Kontaktes zu (dem katholischen Schwulen-Berater - E. S.) mit Zielrichtung des Erlangens von Zugang zu der Kartei von Stapel***

- 23. 11. 87: Herausgearbeitet wurde, daß Stapel z. Z. ca. 65 Korrespondenzen in die BRD, nach Schweden, in die Niederlande, in die Schweiz, nach Frankreich, nach Österreich, nach Australien und nach Berlin/West zu hetero- und homosexuellen Personen unterhält. Zum Teil handelt es sich dabei um operativ-bedeutsame Personen, wie [REDACTED] ... (hier folgen zehn Namen - E. S.)

* ebd., Bl. 67

** ebd., Bl. 68

*** ebd., Bl. 134-136

Während bei diesen Korrespondenzen über Jahre ein gewisser Stamm an Partnern erkennbar ist, treten jedoch immer wieder neue Briefpartner in Erscheinung, die bisher nicht bekannt waren.

Von den bisher umfangreichen und sich ständig erweiternden DDR-Korrespondenzen sind bisher etwa 50 Personen listenmäßig erfaßt. Zu erwähnen wäre dabei jedoch, daß Stapel über eine Kartei von ca. 2000 Adressen homosexuell veranlagter Personen der DDR verfügt ...

2. Zielgerichteter Einsatz des IMB „Günter Hase“ der KD Staßfurt, um zu erreichen, daß er von Stapel als Leiter des AKHS Aschersleben akzeptiert und eingesetzt wird und damit gleichzeitig sein Vertrauen bei Stapel wächst.

Termin: 30. 06. 1988 verantwortlich: Major Zimolong
Hauptmann Heilig,
KD Staßfurt

3. Kontrolle, wo verbleibt die Adresskartei von homosexuellen Personen, welche sich im Besitz des Stapel befindet, bei dessen eventuellen Überwechseln nach Leipzig, um erneut Möglichkeiten zu finden, eine Kopie dieser Kartei zu erarbeiten.

Termin: ständig verantwortlich ...

- 25. 11. 87: Er (Stapel - E. S.) ist immer noch auf der Suche nach Arbeit bzw. nach einer Wohnung, wo er auch Wohnungsinhaber ist. Daraufhin suchte er einen Nachfolger, der die neuen Programme für 88/89 verschicken soll. Uwe ... erklärte sich bereit, dieses zu übernehmen. Das bedeutet, daß er Anlaufpunkt ist und Kontaktmann, die Briefe empfängt und die daraufhin beantwortet und die Programme ... rausschickt Sein Freund Olaf @ (die Erklärung für dieses Zeichen ist leider geschwärzt; es handelt sich um den IM „Klaus Meyer“ - E. S.) wollte nicht genannt werden und machte darauf aufmerksam, daß die Adresse nur Uwe ... gilt ... Seine (meine - E. S.) Kartei von fast 2000 Erfaßten will er behalten und niemandem übergeben. Angeblich sei es zu viel Arbeit.*

Soviel zur „Maßnahme ‘Rosa’“. Und IMS/IMB „Hase“ alias Hilmar Kreisel heute: „Bewußt ist mir nur noch, daß ich bei der Weitergabe von Informationen stets versucht habe unsere Schwulenarbeit so positiv wie möglich darzustellen. ... Im nachhinein kann ich nur hoffen, daß keinem durch meine Schuld ein ernsthafter Schaden entstanden ist.“ (Brief H. Kreisels an den Autor vom 28. 05. 96; vgl. auch Kap. 4) - Diese Hoffnung ist hinsichtlich der Adreßkartei durchaus berechtigt ...

* ebd., Bl. 163, 164, 167, 173; vgl. auch BStU MfS HA XX ZMA 10050/12b; Bl. 31 u. 32

6. Keine Ehrung „spezieller Opfergruppen“: DDR-Organen widersprechen ihrer eigenen Praxis

Selbstverständlich gehören die Erinnerung an den Höhepunkt der Schwulen-Verfolgung in neuerer Zeit, also an die besonders schlimme Terrorisierung von Schwulen während der Nazi-Herrschaft, und das Gedenken ihrer Opfer zu den Grundpfeilern der schwulenpolitischen Bewegung zumindest in Deutschland. So lag es nahe, daß der Leipziger Arbeitskreis bereits am 2. Juli 1983 ein ehrendes Gedenken der Schwulen unter den KZ-Opfern organisierte, das alljährlich Ende Juni/Anfang Juli wiederholt wurde. Der Termin ergab sich aus der Überlegung, mit diesem Gedenken den Christopher-Street-Day (CSD) in der DDR würdig und zugleich legal begehen zu können. - Um den Staatsorganen den Wind, der CSD sei ein „Kampf- und Feiertag“ der Schwulen in der westlichen Welt und deshalb in der DDR nicht zulässig und ja auch gar nicht nötig, aus den Segeln nehmen zu können oder den über die Kirchenleitung in Magdeburg übermittelten (kurzzeitigen) Vorwurf, wir wollten Ernst Röhms gedenken, zu entkräften, kam zwischenzeitlich vereinzelt und eben „kompromißbereit“ die Idee auf, den 12. Januar zu wählen - den Tag der Aufhebung des Totalverbots homosexueller Beziehungen in der DDR 1968. Doch es blieb dauerhaft beim Sommer-Termin für schon bald zentrale CSD-Veranstaltungen jeweils aller Arbeitskreise.

Daneben versuchten die Berlinerinnen in Ravensbrück und die Berliner in Sachsenhausen, Parallelveranstaltungen zu etablieren, die jedoch solches Gewicht wie die in Buchenwald nicht erlangten.

Man sollte meinen, die DDR-Behörden begrüßten unsere Bemühungen, den anti-nationalsozialistischen Blick auch auf die Schwulen unter den KZ-Opfern zu richten. Immerhin war eines der wichtigsten „Gegenargumente“ gegen unsere Aktionen, sofern wir überhaupt welche zu hören bekamen, die Ehrung spezieller Opfergruppen sei historisch nicht begründbar und aus marxistisch-leninistischer Sicht nicht zulässig. Unser Argument, genau die bis dato in der DDR übliche „Ehrung spezieller Opfergruppen“ und das damit einhergehende Verschweigen der Schwulen nun zu überwinden, indem wir auf eben diese „vergessenen Opfer“ aufmerksam machen wollten, verhallte zunächst wie selbstverständlich ohne die von uns gewünschten Änderungen. Stattdessen war noch zu hören, Schwule wären keine „aktiven Kämpfer gegen den Faschismus“ gewesen, was die bisherige Praxis rechtfertigen sollte und ein weiteres Mal das Unverständnis DDR-Offizieller für bevölkerungs- und geschlechtsrollenpolitische Zusammenhänge mit der Diskriminierung von Schwulen offenbarte. - Später lenkte der Staat auch im Blick auf unsere Kranzniederlegungen Stück für Stück ein.

In den MfS-Akten sind solche Argumente und Überlegungen freilich nicht zu lesen: Die Stasi überlegte auch an dieser Stelle nicht, sondern führte nur

aus. Und das bedeutete nun, die von uns beabsichtigte Kranzniederlegung in Buchenwald 1984 zu verhindern, nachdem man am 2. Juli 1983, am Tag unserer ersten Gedenkveranstaltung ein Jahr zuvor offenbar zu überrascht war, um unser Vorhaben noch aushebeln zu können. Allerdings hatten wir schon 1983 wie auch später diese Veranstaltung in unserem Leipziger Programm „rechtzeitig“ angekündigt. Schon insofern wirken die nun, im Mai und Juni 1984, einsetzenden „Maßnahmen“ der Stasi doch recht lächerlich.

Bereits am 3. Mai 1984 berichtete IMS „Andreas Kramer“ über unsere Festlegungen: Termin 30. Juni, individuelle Anreise, Treffpunkt 12 Uhr - Weimarer Bahnhof, Fußweg zum Ettersberg, Kränze der Arbeitskreise mit Hinweisen auf „Absender“ und „Adressat“, keine Ansprache im Glockenturm, doch Gedenkworte im Freien ...* Wie es uns in Buchenwald ergehen könnte, wußten wir freilich schon von den Berliner Lesben, die am 10. März 1984 in der NMG Ravensbrück einen Kranz niedergelegt und eine Eintragung ins Gästebuch der Gedenkstätte vorgenommen hatten. Die Reaktion des Staates sprach sich in Windeseile in den - freilich noch wenigen - Arbeitskreisen herum - und selbstverständlich unter den Ohren der Stasi. O-Ton IMS „Georg Schenk“: *Am 14. 3. als eine weitere Gruppe des Arbeitskreises Lesberinnen aus Berlin nach Ravensbrück fuhr, wurde festgestellt, daß der Kranz entfernt wurde und ebenso die Eintragung im Gästebuch. Daraufhin forderte man Aussprache mit den am 10. 3. diensthabenden Personen. Diese Aussprache wurde nicht durchgeführt, da angeblich diese Leute am 14. 3. nicht anwesend waren. Es wurde dann eine erneute Eintragung ins Gästebuch vorgenommen und als am 17. 3. eine weitere Gruppe in Ravensbrück war, wurde festgestellt, daß auch diese Eintragung aus dem Gästebuch entfernt worden ist. Daraufhin wurde eine schriftliche Eingabe an den Minister für Kultur verfaßt, worauf eine Bestätigung des Einganges dieser Eingabe erfolgte und die Zusage, daß entweder eine Aussprache mit dem Kollektiv aus Ravensbrück und dem Arbeitskreis Lesberinnen Berlin durchgeführt wird oder daß dieser Arbeitskreis eine schriftliche Stellungnahme erhält.*

*Die Eintragung im Gästebuch des KZ Ravensbrück wurde unterzeichnet mit Arbeitskreis der Lesberinnen Berlin.** - Diese Darstellung des im Magdeburger Arbeitskreis spionierenden IMS „Georg Schenk“ kommt der Wahrheit sehr nahe, wenn sie auch nicht vollständig ist ...*

Was den Magdeburger Arbeitskreis und die weiteren Vorbereitungen der Kranzniederlegung am 30. Juni 1984 betrifft, mußte - wie in anderen Städten auch - eine zuverlässige Gärtnerei gefunden werden, die die gewünschte Kranzschleife samt Text ohne Angst vor Staatsorganen auch wirklich

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 231, 263f.

** ebd., Bl. 244

herstellte. Daß die Staatsorgane längst informiert waren und das Vorhaben jederzeit zu Fall bringen konnten, war völlig klar und machte die Angelegenheit - wie ähnliche Dinge sonst auch - zu einem für mich spannenden Unternehmen: Wir hatten etwas vor und testeten eher aus, wie weit sich der Staat etwas gefallen ließ, was er eigentlich nicht wollte. Und die Staatsorgane wollten oder konnten das auf Grund der politischen Rahmenbedingungen Mitte der 80er Jahre nicht (mehr) plump unterbinden und verbieten und waren deshalb auf allerhand Schachzüge hinter den Kulissen angewiesen.

So erfuhr die Stasi von all' unseren Überlegungen und Plänen, zumal in Magdeburg IMS „Andreas Kramer“ die Koordinierung von Kranzbestellung und Reise nach Weimar übernahm; ich selbst hatte am 29. Juni 1984 in Berlin einen in Verbindung mit der vom Berliner Schwulen-Arbeitskreis geplanten Kranzniederlegung in Sachsenhausen ebenfalls am 30. Juni vorgesehenen Gedenkgottesdienst zu halten. - IMS „Andreas Kramer“ tat, was wir festgelegt hatten: den Kranz besorgen und die Gruppe auf der Fahrt nach Weimar zusammenhalten. Sein Motiv: ... *werte ich die Festlegung von Stapel so, daß er von* (geschwärzt - gemeint ist IMS „Andreas Kramer“ alias Jürgen Stellmacher selbst - E. S.) *eine erste Bewährungsprobe in der Praxis fordert.* * Typisch: In dem Wahn, uns besser kontrollieren und möglichst viele unserer Aktionen verhindern zu können, ließen sich die IM - freilich im Auftrag ihrer hauptamtlichen Kollegen - mehr und mehr in die Arbeit einbinden, bis sie sie zu großen Teilen selbst erledigten.

Zu den Verhaltensweisen der Magdeburger Gruppe wurde im Gespräch mit Stapel festgelegt, daß die Fahrt nach Weimar für Außenstehende unerkannt bleiben soll und auch der Kranz mit den Schleifen nicht offen transportiert wird. * In der Tat: Man mußte ja den Staat nicht mehr als nötig herausfordern, und ein Überreizen hätte nach meiner Rechnung zu weniger geführt, als immerhin doch möglich schien.

Nun setzte der Staat seinen Stasi-Apparat in einem Umfang in Bewegung, wie ich ihn den Akten für andere unserer Vorhaben nicht entnehmen kann. Was im folgenden für Magdeburg beschrieben wird, ist für andere Städte - Leipzig, Dresden, Erfurt und Berlin - in gleicher oder ähnlicher Weise mitzudenken. Zunächst meldete am 7. Mai die Magdeburger Bezirksverwaltung ihrem Ministerium, und zwar der Hauptabteilung XX/9 und dem Leiter der Hauptabteilung XX, daß im Leiterkreis des Arbeitskreises Homosexueller Magdeburgs ... mehrmals zur vorgesehenen Zusammenkunft Homosexueller am 30. 06. 1984 beraten wurde. Es wurde dargelegt, daß in der NMG Buchenwald eine als Buchenwald-Gedenkmarsch für die Opfer des Faschismus bezeichnete Zusammenkunft mehrerer organisierter Gruppierungen Homosexueller aus verschiedenen Orten der DDR, stattfinden soll.

* ebd., Bl. 264

*Die beratenden Personen gingen davon aus, daß die Aktion der Homosexuellen im Sommer 1982 (1983! - E. S.) ... durch die staatlichen Organe offensichtlich toleriert wurde und demzufolge 1984 eine Wiederholung möglich ist ... Ob die Berliner Homosexuellen sich insgesamt oder nur durch Abordnung in Buchenwald beteiligen oder ob sie eine Parallelveranstaltung in Sachsenhausen vornehmen, ist noch nicht entschieden, weil man sich nicht im klaren ist, wie dort die zuständigen staatlichen Stellen reagieren.**

Am 30. Mai kannte die Stasi „unsere“ Gärtnerlei und den festgelegten Text: „Wir gedenken der schwulen KZ-Opfer. Arbeitskreis Homosexualität Magdeburg“, ließ dabei aber unsere rechtliche Zugehörigkeit, nämlich „Arbeitskreis der Evangelischen Stadtmission“, schon gleich unter den Tisch fallen. Und richtete sich darauf ein, daß ich in Berlin sein würde und wer in den anderen Arbeitskreisen die Verantwortlichen waren.

Ein paar Tage später wurde von IMS „Andreas Kramer“ gemeldet: ... *Stapel befürchtet, daß das MfS eingreift, um die Teilnehmer an der Kranzniederlegung zu kontrollieren und die geplanten Aktivitäten zu unterbinden. Deshalb teilte er mir unter vier Augen mit, daß er nach Möglichkeiten einer telefonischen Verbindung zwischen Sachsenhausen und Buchenwald, also zwischen Stapel und mir, sucht, um sich umgehend über Aktionen staatlicher Organe zu verständigen und Sofortmaßnahmen einleiten zu können.*

*Hierzu muß ich ebenfalls eindeutig sagen, daß dieses Problem n u r (mir, also IMS „Andreas Kramer“ - E. S.) bekannt ist.***

Zur Meldung gehörte auch, daß man mit etwa 100 Personen rechnen könnte.*** Bei der Hauptabteilung XX/9 in Berlin trugen Geheimdienstler aus sechs Bezirken den Verantwortlichen in ihrer Zentrale Detailfragen vor und fuhren mit einer Konzeption für Gespräche mit uns Aktivisten wieder nach Hause:

Am 25. Juni 1984 erfolgte in der HA XX durch den Leiter der HA XX/9, Oberstleutnant Reuter, eine Einweisung in erforderliche Maßnahmen zur Verhinderung geplanter politisch-negativer öffentlichkeitswirksamer Aktionen homosexuell veranlagter Personen am 30. Juni 1984 in den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten Buchenwald und Sachsenhausen. An dieser Beratung nahmen für die BV Magdeburg die Genossen Major Hochmuth, Abteilung VI/1 und Hptm. Landmann, Abteilung XX, teil. Die durch OSL Reuter gegebene Einschätzung zur politisch-operativen Lage entsprach im wesentlichen dem Erkenntnisstand aus der Realisierung der OPK „After-Shave“ der Abteilung VI/1.† -

* BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 178

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 2, Bl. 37

*** ebd., Bl. 38

† ebd., Bl. 91

Detailfragen konnten durch aktuelle Hinweise der Anwesenden verantwortlichen Mitarbeiter der Bezirksverwaltungen Erfurt, Leipzig, Berlin, Potsdam und Dresden konkretisiert werden.

Im Ergebnis zentraler Entscheidungen wurde festgelegt, am 26. Juni 1984 in den Abteilungen Inneres der Räte der Kreise mit den verantwortlichen Leitern der einbezogenen Arbeitskreise Homosexualität Aussprachen zu führen, sie auf der Grundlage der Verordnungen über die Gründung und Tätigkeit von Vereinigungen sowie über die Durchführung von Veranstaltungen zu belehren und die Durchführung der für den 30.06. geplanten Vorhaben in der vorgesehenen Form zu unterbinden.

Entsprechend dieser Festlegung wiesen die Genossen Major Hochmuth und Hptm. Landmann am 26.06.1984 den Sektorenleiter Sektor Kirchenfragen beim Rat der Stadt Magdeburg in die Aufgabenstellung ein. Dieser führte am heutigen Tage auf der Grundlage der vorgegebenen Gesprächskonzeption ein Gespräch mit dem Leiter des Arbeitskreises Homosexualität der Ev. Stadtmission Magdeburg, Vikar Eduard Stapel, (31). Den Aktenvermerk über Verlauf und Ergebnis des Gespräches fügen wir als Anlage bei.

*Leiter der Abteilung ... **

Diese Gespräche mit einigen von uns gab es dann auch tatsächlich: „Es sei den staatlichen Organen der Stadt (Magdeburg - E. S.) bekannt geworden, so der Sektorenleiter Kirchenfragen des Rates der Stadt eröffnend zu mir, daß durch ... Arbeitskreise Homosexualität aus der Republik Veranstaltungen in ... Buchenwald und Sachsenhausen geplant sind ... Der Sektorenleiter in seinem Bericht für die Stasi weiter: Ihm (Stapel - E. S.) wurde vorgehalten, daß diese Veranstaltungen nicht bei den zuständigen VPKA angemeldet wurden ... Vikar Stapel nahm dies ruhig zur Kenntnis ... Er brachte seine Verwunderung zum Ausdruck, daß diese Kranzniederlegung beim VPKA angemeldet sein muß. Ich warf ein, daß es Erkenntnisse aus dem Vorjahr gibt ... Man sei öffentlichkeitswirksam geworden und diese Aktivitäten trugen den Charakter von Veranstaltungen ... (die zudem - E. S.) unter dem Namen nichtregistrierter und nichtzugelassener Vereinigungen erfolgen sollen. Sie hätten das Recht und die Möglichkeit, wie jeder Bürger der DDR, Ehrungen in den Nationalen Mahn- und Gedenkstätten vorzunehmen, da auch homosexuelle Personen in den Konzentrationslagern eingekerkert und ermordet wurden.“

Das war es also diesmal: Obwohl keine Schulklasse oder Brigade, die zu Hunderten die NMG besuchten und dabei Kränze niederlegten, jemals ihre „Veranstaltung“ polizeilich anmelden mußten, sollten wir das nun tun. Doch

* ebd., Bl. 92

** ebd., Bl. 49

dafür war es vier Tage vor dem Termin zu spät. Die Polizei würde länger brauchen. Was *Registrierung* und *Zulassung* angeht, hätte es sicher nur eines Anrufes des Evangelischen Konsistoriums bei der entsprechenden staatlichen Stelle bedurft.

Fahren würden wir also nach Weimar. Doch die Kranzschleifen waren nun tabu. Ich gab für's erste klein bei und *brachte* (noch - E. S.) *zum Ausdruck, daß das heutige Gespräch das erste offizielle ... mit einem Vertreter des Staates ist, zu dem (ich) eingeladen wurde und dies freue (mich) sehr.**

Der Inhalt dieses Gespräches zwischen dem Sektorenleiter und mir gelangte über die Magdeburger Bezirksverwaltung umgehend in die Berliner MfS-Zentrale - übrigens auch gleich mit meinem Hinweis darauf, *daß die Homosexuellen dadurch* (daß die Kranzschleifen nicht erlaubt wurden - E. S.) *wieder den Eindruck haben werden, daß sich dies gegen sie richtet***. Auch mein Bericht in der Leitung des Arbeitskreises über dieses Gespräch landete ebenfalls sofort beim MfS - mit den Nachrichten, ich würde über dieses Vorgehen des Staates den Medien im Westen einen Bericht zukommen lassen und für September eine weitere Kranzniederlegung planen und sie in Erwartung der dann provozierten staatlichen Reaktion - wie diesmal verlangt - anmelden.

Schließlich versicherte der IM noch, *bei der Fahrt ... werde ich, entsprechend der Instruktionen durch das MfS, darauf Einfluß nehmen, daß es zu keinen Demonstrativhandlungen kommt ... (und) auf Pfarrer [REDACTED] Einfluß ausüben, daß die Kranzschleife keine Verwendung findet.***

In der Abteilung XX der Bezirksverwaltung Erfurt, zu deren Bereich Weimar gehörte, bereitete man sich unterdessen auf unsere Ankunft vor: *Zur vorbeugenden Verhinderung politisch-negativer Aktivitäten durch homosexuell veranlagte Personen und zur Gewährung einer hohen Ordnung und Sicherheit auf dem Territorium der NMG Buchenwald wird durch die BV Erfurt Abt. XX in der Zeit vom 29.6. 18.00 Uhr bis 30.6. 1800 Uhr ein Sicherungseinsatz durchgeführt. Der Führungspunkt befindet sich in der KD Weimar. Zur Informationsermittlung durch inoffizielle Kräfte sind die Amtsanschlüsse der KD Weimar ... zu nutzen.*

Durch den gegebenenfalls zum Einsatz gelangenden Mitarbeiter Ihrer DE ist nach Ankunft im Weimar telefonisch Kontakt zur KD herzustellen, um notwendige Fragen der Koordinierung und Informationsarbeit zu gewährleisten.†

Und auch die Magdeburger MfSler hatten an jenem Morgen, an dem wir in den Zug stiegen, viel zu tun:

* ebd., Bl. 50

*** ebd., Bl. 70

** ebd., Bl. 59

† ebd., Bl. 71

Rapport über Sicherungsmaßnahmen

Im Zusammenhang mit der geplanten Kranzniederlegung des Arbeitskreises „Homosexualität“ Magdeburg in der nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald, wurden durch das Referat 1 konspirative Kontroll- und Überwachungsmaßnahmen auf dem Hauptbahnhof Magdeburg, am 30.6.1984, in der Zeit von 06.00 bis 06.45 Uhr, realisiert.

Gleichzeitig wurden konspirative Maßnahmen der fotografischen Dokumentation durchgeführt.

Nachfolgende operative Feststellungen wurden getroffen:

- von 06.00 bis 06.30 Uhr Eintreffen der Teilnehmer in der Bahnhofshalle,
- 06.30 Uhr individuelles Aufsuchen des Bahnsteiges 6 zum Zug nach Erfurt/Weimar,
- 06.38 Uhr Abfahrt des Zuges.

Nachfolgende Besonderheiten wurden festgestellt:

- Die Teilnehmer zeichneten sich durch ein außerordentlich konspiratives Verhalten im Beobachtungszeitraum aus, so daß die Identifizierung der Teilnehmer und ihre Zuordnung zum Arbeitskreis „Homosexualität“ durch die Beobachtungskräfte außerordentlich erschwert war.
- Die Teilnehmer erschienen im og. Zeitraum einzeln und hielten sich in kleinen Gruppen, getrennt, in der Bahnhofshalle auf, ohne sich zu begrüßen.
- Durch das Mitführen von Reisetaschen wurde der Eindruck einer längeren Reise erweckt und war für eine Tagesreise nicht charakteristisch ...
- Zur Personenbeschreibung kann eingeschätzt werden, daß das sichtbare Durchschnittsalter der Teilnehmer bei 25 Jahren liegt. Die Teilnehmer sich durchweg sportlich-salopp bekleideten. Sie trugen Windblusen und Lederjacken ... *

So gut „kontrolliert und überwacht“, bereiteten Fahrt und Kranzniederlegung selbstverständlich keine Probleme. Zumal wir im Glockenturm in Buchenwald der Aufforderung zur Entfernung der Schleifen vom Kranz der Magdeburger Gruppe ... und ... der Erfurter Gruppe ... nach dem die Kränze durch Teilnehmer fotografiert wurden, ohne Diskussion nach(kamen)**.

Das MfS jubelt - zunächst in einer *streng geheimen Information* der Hauptabteilung XX: Es wurden unter Einbeziehung staatlicher und gesellschaftl-

* ebd., Bl. 72, 73

** BSTü Ast. Leipzig AOP 452/87; Band 1, Bl. 67

cher Kräfte vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung öffentlichkeitswirksamer Aktivitäten eingeleitet und durchgeführt. In deren Ergebnis wurde erreicht, daß die Veranstalter weitgehend auf öffentlichkeitswirksame Vorhaben verzichteten ...*, dann in einem Schreiben des Leiters der Hauptabteilung XX an seinen Kollegen in Magdeburg: *Durch eingeleitete Maßnahmen unter Einbeziehung staatlicher und gesellschaftlicher Organe konnte ein größeres Vorhaben in ... Buchenwald und Sachsenhausen ... verhindert werden ...*** Dieses Lob hefteten sich seine Magdeburger Genossen sogleich an die Brust: *Auch an den Maßnahmen der Verhinderung eines geplanten größeren Vorhabens des AKHS/M hat unsere DE in Zusammenarbeit mit ... durch offensive Maßnahmen und ständige aktuelle Information an die HA XX aktiven Anteil.****

Daß das MfS so restriktiv reagierte, lag seiner Meinung nach nicht an ihm selbst. Die Hauptabteilung XX/9 vermerkte am 24. Juli, daß die Reaktion der staatlichen Organe zum Teil dem Eddi STAPEL (Magdeburg) zu verdanken ist, der diese Veranstaltung als Demonstration gegen die Diskriminierung der Homosexuellen mißbrauchten und mit einer Teilnehmerzahl von ca. 500 Homosexuellen anreisen wollte[†]. Woher sie diese völlig unrealistisch hohe Zahl nur hatten?! Doch selbst wenn ...

Vermutlich blieb das MfS dabei, die „Schuld“ an seinen Einsätzen mir und nicht sich selbst zuzuweisen, obwohl es schon ein paar Wochen später in seine eigenen Akten selbst schrieb: *Besonders beachtenswert ist die Feststellung, daß in der NMG Buchenwald der stellv. Leiter [REDACTED] sehr unsicher auftrat und erklärte, daß die angemeldeten Führungen auf „Höhere Anweisung“ nicht gestattet seien.*^{††} In der Tat hatte dieser stellvertretende Leiter seinen eigenen Worten zufolge von seinem Direktor Anweisung erhalten ... und dieser von höheren staatlichen Stellen, daß auf unseren Kranzschleifen nur allgemeine Texte stehen dürfen und daß das Wort *h o m o s e x u e l l* nicht erscheinen dürfe^{†††}. Nun, später durfte es. Stück für Stück mußten Partei und Staat und ihr MfS nachgeben: Unsere Christopher-Street-Day-Veranstaltungen in Buchenwald fanden in den Folgejahren zwar weiterhin unter Kontrolle des MfS, aber mit immer mehr Freiheiten statt und wurden bis zum Ende der DDR und darüber hinaus eine gute Tradition.

* ebd., Bl. 66

** BSTü Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 2, Bl. 74

*** ebd., Bl. 78

† ebd., Bl. 96

†† ebd., Bl. 171

††† BSTü Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I; Bl. 200

7. „Krankheitsverlauf unter ständiger Kontrolle“

Eine der wahrscheinlich unrühmlichsten Rollen in meinen Akten spielen neben den beteiligten hauptamtlichen und Inoffiziellen Stasi-Mitarbeitern einige Ärzte, darunter einige der Medizinischen Akademie Magdeburg (MAM), die zugleich IM waren, und vermutlich auch andere Mitarbeiter des Gesundheitswesens.

Vorweg zur Erklärung: Als 11-jähriger erkrankte ich an insulinpflichtigem Diabetes, mit 33 Jahren an Hautkrebs am Darmausgang, so daß der verlegt werden mußte.

Zunächst gehörte der Diabetes nur zum Sammelsurium aller möglichen Fakten, die die Abt. VI bei Beginn meiner Arbeit in Magdeburg zusammentrug: *STAPEL ist seit frühester Kindheit stark an Diabetes erkrankt.* * Auch in Leipzig hatte das MfS kurz zuvor davon erfahren - hier durch den IM „Alexander“, der die Motivation für mein Engagement mit meiner Krankheit verband: *Ich wollte mit aller Macht Aufmerksamkeit erringen ... Er will sozusagen missionieren. Ein Motiv ist seine Lebensprognose, d. h. sein starker Diabetes.* **

Doch schon ein Jahr darauf scheint meine *hochgradig(e) zuckerkrank(heit)* interessant zu werden, *um weitere zielgerichtete politisch-operative Maßnahmen durchführen zu können.* Der Leiter der Abt. VI, Oberstleutnant Masog, bittet den Leiter der Kreisdienststelle Kalbe/Milde,

folgenden Informationsbedarf zu realisieren:

- *Seit wann ist Stapel als Diabetiker erfaßt?*
- *Wie hochgradig ist seine Diabetes und welche Auswirkungen könnte sie haben?*
- *Zu beachtende Momente, die sich aus dieser Krankheit ergeben ...* ***

Nach nur knapp drei Wochen meldet Kalbes Leiter, „i. V. Menzel, Major“, Vollzug:

Die Überprüfung in der Diabetikerberatungsstelle unseres Kreises ... ergab folgende Hinweise: ... (Bestätigung; genaue Arzttermine - E. S.) Daraus ist ersichtlich, daß Stapel mittel bis schwer an Diabetis erkrankt ist. Die Diabetis hat bereits Auswirkungen auf Nieren, Augen und Kreislauf. Es wird eingeschätzt, daß Stapel nicht hoch belastbar ist ... daß Stapel an seinem Nebenwohnsitz ebenfalls als Diabetiker erfaßt se in muß, da das Insulin, das er am Hauptwohnsitz erhalten hat, nicht für einen derart langen Zeit-

* BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-III; Bl. 12; ohne Datum - vermutlich Mitte/Ende 1983

** BStU MfS HA XX ZMA 10050/11(I); Bl. 103

*** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 2, Bl. 127

*raum ausreichend ist und ein Nichtspritzen des Insulin den sicheren Tod bedeuten würde.**

Diese Nachricht veranlaßt den Operativen Mitarbeiter Hauptmann Loos sogleich zu einer knapp einstündigen *Absprache* mit Major Zimolong, die nach Vermerk vom 21. 09. 84 - für mich sehr seltsam - Zimolong informieren läßt, *daß von seitens seiner Abteilung keine Einflußnahme auf die Ordination von Stapel ausgeübt wird**.*

Danach geht das Wissen um meine Erkrankung schon recht ausführlich in die *Zwischeneinschätzung Nr. 2* von Mitte November '84 ein***; um erst im Frühjahr '86 im Zusammenhang mit dem entdeckten Krebs wieder aufzutreten; ein IM hatte die MfSler über meine Klinikaufenthalte informiert und dabei offenbar schon „frohlockt“, denn Oberst Stoye, Chef der KD Magdeburg, stellt umgehend fest:

Damit fällt Stapel für längere Zeit im AKH aus. Bis jetzt ist im AK unklar, wie der weitere Weg des AK aussehen wird. Die bekannten progressiven Kräfte besitzen derzeit die entscheidende Einflußmöglichkeit ...†

Nun muß IMS „Joseph“, von Beruf Krankenpfleger, ran, um Genaueres zu erfahren, und berichtet auftragsgemäß, wenn auch falsch:

Bei Eduard Stapel besteht der dringende Verdacht auf Enddarmkrebs ... Er soll sich zur Behandlung in Jena aufhalten.††

Oberst Stoye bleibt weiterhin am Ball und läßt sich von seinen IM - wahrheitsgetreu - berichten, ich hätte *offen verkündet(e)*, worum es sich handelte, *um allen Gerüchten aus dem Wege (zu) gehen.* Der Jenaer Professor Erwin Günther, Chef der dortigen Universitäts-Hautklinik und mir schon länger als einer der engagiertesten Sexuologen bekannt, hatte noch an eine Verwechslung gutartiger mit Krebs-Zellen gedacht. Doch die Stasi weiß bereits, *daß das nötige ärztliche Gegengutachten ... zur jetzigen Bestätigung führte. Aber: das sollte man sich von der KD Jena bestätigen lassen.†††*

Meine neue Krankheit rettet mich vor schärferer „Bearbeitung“ durch die Stasi. Die war geplant, weil ich mich in dieser Zeit - wie viele andere kirchliche Mitarbeiter auch - um Ausreisewillige kümmerte. Die Magdeburger Stasi-Leute mußten den Leitern der Hauptabteilungen XX, XX/4 und XX/9 in Berlin jedoch mitteilen:

* ebd., Bl. 150

** ebd., Bl. 148

*** ebd., Bl. 205

† BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-II; Bl. 76

†† BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 4, Bl. 127

††† ebd., Bl. 236

Die in Ihrem Schreiben ... gegebenen Empfehlungen konnten ... nicht realisiert werden, ... (weil ich in der Klinik war und weil die Betroffenen inzwischen verurteilt waren; deshalb - E. S.) sind ... im Rahmen dieser Verfahren keine Maßnahmen auf der Grundlagen der einschlägigen §§ der Strafprozeßordnung mehr möglich.

Je nach Verlauf und Ausgang der Krankheit des Stapel wird zur gegebenen Zeit, bei Berücksichtigung aller notwendigen Umstände, erwogen, gegebenenfalls mit Stapel eine operative Aussprache zu führen.

*Die operative Aussprache hat das Ziel, die Bearbeitung der OPK „After Shave“ zu forcieren ... In diesem Zusammenhang teilen wir Ihnen mit, daß aus den geschilderten Gründen die Aktivitäten Stapels stark behindert, keinesfalls aber eingestellt sind ... Korrespondenzen ... und versucht, mobilisierend auf die Arbeit der Arbeitskreise Homosexueller ... einzuwirken.**

Noch im Mai tragen ein MAM-Mitarbeiter aus dem Labor-Bereich (?), der IM der Abt. XV** ist, sowie ein Chirurg, zugleich IMS „Harry Kant“, dem MfS weitere Einzelheiten über meine Behandlung zu. „Harry Kant“ hat außerdem beobachtet:

Als St. auf der Station ... lag, hätte er nach Aussagen der dort tätigen Schwestern außergewöhnlich viel Besuch ... Namen der Besucher wurden nicht genannt. Da er spazieren gehen konnte, hatte er die Besucher auch im Gelände der MAM empfangen. Nach Aussagen des IMS würde St. auch viele Personen aus der MAM kennen - Namen konnten auch hier nicht genannt werden. - Und verspricht:

*Der IMS wird die Krankengeschichte des St., sobald diese im Archiv sind, abholen und entsprechende Auszüge für uns machen. - So jedenfalls sein FIM*** „Dirk Heuer“.†*

Im Juni werden „Informationen“ und „Einschätzungen“ dichter; erste „Überprüfungsmaßnahmen“ in Richtung Medizinische Akademie werden in Angriff genommen:

- 09. 06. 86, IMS „Klaus Meyer“:

Der Gesundheitszustand von Eduard Stapel erschien mir sehr schlecht, jedoch schien es ihm bei unseren letzten Zusammentreffen wieder besser zu gehen.††

* ebd., Bl. 225f.

** Abt. XV - Aufklärung, Spionage, Informationserarbeitung auch im Inland

*** FIM - Führungs-IM

† BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 4, Bl. 238, 243

†† ebd., Bl. 246

- 12. 06. 86, Einschätzung Oberstleutnant Reif und Major Zimolong:

Gegenwärtig ist der Gesundheitszustand des Stapel zu beachten. Stapel ist ... hochgradig zuckerkrank. Seit Beginn dieses Jahres befindet er sich teilweise in stationärer, teilweise in ambulanter Behandlung ... Eine exakte Diagnose liegt unserer DE noch nicht vor. Fest steht jedoch, daß er schon längere Zeit bis zunächst 30. 06. dieses Jahres krank geschrieben ist und z. Z. im Strahleninstitut ... behandelt wird ... St. ist daher in seiner gegenwärtigen Handlungsweise eingeschränkt, jedoch nimmt er trotzdem eine Reihe Aufgaben in seiner Tätigkeit als Betreuer für Schwulenarbeit ... wahr ... und greift auch aktivierend auf die Tätigkeit anderer Arbeitskreise ... ein ...

Trotzdem ist gegenwärtig nicht abzusehen, inwieweit der Gesundheitszustand des St. und dessen weitere Entwicklung es jemals gestatten wird, selbst, wenn es gelingt, offiziell strafrechtlich verwendbare Beweise für die oben angeführten inoffiziell bewiesenen Handlungen strafrechtlich gegen ihn vorzugehen. Sich bietende Möglichkeiten durch die Bearbeitung der OV „Bastard“ und „Lakai“ (Ausreisewillige - E. S.) in der Abteilung IX unserer BV und in deren Folge eingeleitete Ermittlungsverfahren gegen diesen in diesen OV bearbeiteten Personen konnten nicht genutzt werden, da bei Eingang der vom Hauptabteilungsleiter XX getroffenen Entscheidungen Stapel bereits erkrankt war und in der Zwischenzeit die Ermittlungsverfahren abgeschlossen sind.*

4. Durchzuführende politisch-operative und politisch-offensive Maßnahmen ...

6. Gründliche Vorbereitung einer politisch-operativen Aussprache mit dem Stapel, um je nach Verlauf dessen Krankheit zum gegebenen Zeitpunkt und unter dem Gesichtspunkt des eigenen Einverständnisses des Stapels diese durchzuführen mit dem Ziel ... entsprechend des Ergebnisses dieser operativen Aussprache bei Berücksichtigung des Gesundheitszustandes Vorbereiten des Entscheides, ob die OPK „After Shave“ zum OV umregistriert werden soll ...**

- 18. 06. 86, IMS „Klaus Meyer“:

*Außerdem erfuh ich ... von einer mir zur Zeit nicht bekannten Person (Name wird nachgemeldet), daß Eduard Stapel am 23. 6. 1986 ins Krankenhaus eingeliefert wird. Der konkrete Grund für die stationäre Behandlung wurde nicht genannt*** -*

* Abteilung IX - Untersuchungsabteilung, -organ in hauptsächlich politischen Angelegenheiten

** BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 273-275

*** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 4, Bl. 263

was die Person durchaus vermocht hätte: Sie war der MAM-Mitarbeiter, der zugleich für die Abteilung XV spionierte und als Schwuler den Arbeitskreis besuchte - eine günstige Gelegenheit, auch gleich noch über ihn zu berichten. Einige Tage später ließ er seinen IM-Kollegen wissen, daß Stapel am heutigen Tage operiert wird. Er hat angeblich diese Information aus einem Gespräch zwischen Ärzten ... entnommen. * „Klaus Meyer“ berichtet das tags darauf Major Zimolong.

- 03. 07. 86, IMS „Günter Haase“: Auch „Haase“ trägt zu, was er weiß:

*Aus dem AK „Homosexualität“ ... nahm Eduard Stapel (er befindet sich zur Vorbereitung auf eine Operation in einer Klinik, bekam am Sonntag Ausgang) ... teil ... Gegen 18.00 Uhr mußte der Stapel wieder in der Klinik ... sein ...***

So war das MFS immer auf dem laufenden:

- 21. 06. 86, Major Zimolong, eine Art Bericht:

2. OPK „After Shave“ ... St. befand sich im Berichtszeitraum in ständiger ambulanter Behandlung ... im Strahleninstitut der MAM. Trotzdem entwickelte er Aktivitäten besonders umfangreiche Korrespondenz zu bekannten und unbekannten Personen in- und außerhalb der DDR

Organisierung und Teilnahme an Veranstaltungen ... Empfangen und Beraten zahlreicher Personen der homosexuellen Szene der DDR aller Wahrscheinlichkeit auch BRD

Aufsuchen anderer AKHS und Personen in Leipzig, Halle und Karl-Marx-Stadt und Brandenburg, Teilnahme an einem Kurzlehrgang

wesentlichste polit. op. beachtenswerte Hinweise sind derzeit ...

*d) ... St. soll in kürze erneut stationär in die MAM eingewiesen werden (23. 06. 86 erfolgt) Maßnahmen der Überprüfung wurden eingeleitet. Zur polit. op. Lage im AKHS/M wurde ein ausführlicher Bericht gefertigt ... Darin sind konkrete Hinweise zu Stapel ... enthalten. Gleichzeitig ist die weitere Bearbeitungsrichtung festgelegt.****

Am 1. Juli erfolgte die Operation. Den Bericht der Operateure habe ich in den Akten erstmalig lesen können.[†] Zwei Tage zuvor erörtert Zimolong mit IMS „Peters“ (vgl. S. 74) Probleme, wozu ich bisher leider keinen Text finden kann. Um so ausführlicher wird in den Akten über den Treff Oberleutnant Reifs mit dem IMS „Peters“ in dessen Wohnung am 17. 07. berichtet:

* ebd., Bl. 277

** ebd., Bl. 278f.

*** ebd., Bl. 267, 269

† ebd., Band 5, Bl. 36

Da bei diesem Treff eine Reihe Fragen im Zusammenhang mit der Operation, der weiteren Behandlung und der sich davon ableitenden notwendigen medizinischen Maßnahmen des Vikars Stapel, Eduard geklärt werden sollten, nahm ich den zuständigen Mitarbeiter, Genossen Major Zimolong, zu diesem Treff mit. Entsprechend der im Zusammenhang mit der OPK „After Shave“ interessierenden Fragen und der von mir beim vorangegangenen Treff am 30. 06. 1986 bereits erörterten Probleme wurde vom IMS „Peters“ im wesentlichen folgendes dargelegt:

- 1. Stapel mußte am 17. 07. 1986 nach relativ normalen Verlauf nach der Operation wieder auf die Wachstation verlegt werden ... Bei ihm zeigten sich äußerst beachtenswerte Immunschwächen. Obwohl noch keine absoluten Ursachen dieses plötzlich eingetretenen bedenklichen Zustandes des Stapel ergründet werden konnten, ist jedoch nicht auszuschließen, daß sich Symptome des ADS zeigen. Aus diesem Grund wurde Blut des Stapel zur Untersuchung nach Berlin eingeschickt ...*
- 2. Die bei Stapel durchgeführte Operation verbunden mit Darmverlegung erfolgte im normalen Behandlungsrhythmus des bei Stapel vorhandenen Darmkrebses, nachdem die Strahlentherapie abgeschlossen war. Die Ursachen dieser Erkrankung rühren vom Afterverkehr her. (Das ist falsch - ich hatte keinen. Aber es ist von Interesse, daß sogar Ärzte ihre Diagnose aus ihren Vorurteilen entwickeln. - E. S.)*
- 3. Stapel wurde bereits vom IMS während einer Visite offiziell in Kenntnis gesetzt, daß aus medizinischen Erwägungen umgehend vorbeugende Maßnahmen zur Feststellung des ADS durchgeführt werden müssen. Diese Mitteilung schockierte den Stapel (ich mag wohl ein schockiertes Gesicht gemacht haben, aber ich wußte, daß es mehr als unwahrscheinlich war, ich hätte mich mit dem HI-Virus angesteckt - E. S.) und auch die anwesenden Ärzte nahmen diesen Hinweis äußerst ernst.*
- 4. Die Lebenserwartung des Stapel ist aufgrund dieser Erkrankung nicht mehr all zu hoch ... noch einige Jahre ... Zustand weiter verschlechtert ... noch während des Krankenhausaufenthaltes zum Ableben ... kommen. Fest steht, daß St. generell bis Ende 1986 krank geschrieben wird. Danach ist abzusehen und einzuschätzen, ob eine Gesundheitschreibung oder Invalidisierung erfolgt.*

Ausgehend von dieser Lage wurde mit dem IMS „Peters“ beraten und festgelegt:

- St. wird vom behandelnden Oberarzt sofort befragt, wer seine Intimpartner sind,*

- die von St. benannten Intimpartner (ich hatte nur meinen Partner genannt - E. S.) werden umgehend zur Blutabnahme bestellt und das Blut anschließend untersucht,
- in diese Untersuchung und zumindest eine Aussprache zu der Problematik der Erkrankung und der Ursachen bei Stapel wird der in Köthen tätige Diplommediziner [REDACTED], [REDACTED] einbezogen (sehr aktiver Arbeitskreisaktivist - E. S.), der Dienstvorgesetzte des Stapel Pfarrer [REDACTED] wird vom IMS zu einer Aussprache eingeladen, wo ihm der Ernst der Erkrankung, der möglichen Auswirkungen dargelegt wird, um die Möglichkeit einer ADS-Erkrankung des Stapel und eventuell anderer homosexuell veranlagter Personen des AKHS/M ... in den verantwortlichen Kirchenkreisen zu popularisieren,
- Verbreitung der gesamten Problematik unter Ärzten und anderen medizinischen Personal zum Zweck der Weiterverbreitung und damit Zurückdrängung der Aktivitäten im Sinne der homosexuell veranlagten Personen.

Es wurde vereinbart, daß Peters persönliche Kontrolle über den weiteren Krankheitsverlauf ausübt, das MfS darüber informiert und bei Eintreten eventuell noch schwieriger Situation mich sofort in Kenntnis setzt.*

Auch das noch: IMS „Peters“ war gerade von einer Dienstreise aus den USA zurückgekehrt, hatte dort überall von AIDS gehört und mußte nun wohl mein Schwulsein, meine Arbeit und meine aktuelle Immunschwäche auf diesen Nenner AIDS bringen. Und das MfS bekam jetzt einen Trumpf in die Hand, um meine Vorgesetzten, die Schwulen und die Öffentlichkeit (Ärzte u. a. medizinisches Personal) zum Zweck der Weiterverbreitung und damit Zurückdrängung der Aktivitäten im Sinne der homosexuell veranlagten Personen zu verunsichern.

Freilich gelang diese Verunsicherung nicht sonderlich gut: Schon über drei Jahre zuvor hatten wir in den Arbeitskreisen die Aufklärung über AIDS begonnen. Aber alle vorgesehenen „Maßnahmen“ wurden verwirklicht - und offenbar auch kontrolliert: Wahrscheinlich wurde „Günter Haase“ nach seinem gescheiterten Adressen-Diebstahl schon nach Reaktionen befragt:

Während meiner Gespräche mit Jens wurde in keinerlei Hinsicht erwähnt, daß es sich bei der Krankheit von Eddy eventuell um AIDS handeln könnte und auch nicht, daß er (mein Partner - E. S.) in die Untersuchung einbezogen wurde. Ebenfalls wurde nicht erwähnt, daß auch Pfarrer [REDACTED] zu einer Aussprache in die Medizinische Akademie gerufen wurde.**

* ebd., Band 4, Bl. 281f.

** ebd., Bl. 300

Selbstverständlich ist „Peters“ an diesen „Maßnahmen“ beteiligt. Am 21. 07. 86 legt er Major Zimolong dar, mein Gesundheitszustand hätte sich gebessert und ich könnte schon bald entlassen werden, Blut meines „Intimparkers“ wäre entnommen worden, es hätte eine Aussprache mit meinem Chef gegeben, der Köthener Arzt würde vorgeladen werden.

Weitere Detailmaßnahmen, besonders in der Popularisierung möglicherweise auch wissenschaftlich-medizinische Auswertung wurden abgesprochen und vom IMS „Peters“ zugesagt. Peters erklärte sich bereit, über die laufenden Maßnahmen und bei besonderen Vorkommnissen den Genossen Oberstleutnant Reif zu informieren.*

Beim Treff am 17. 07. hatte IMS „Peters“ noch ein wenig über „Homosexualität und Ärzte“ geplaudert:

- der Dermatologie-Professor E. G., Jena, welcher sich so stark für die homosexuell veranlagten Personen in der DDR engagiert und sogar einen Fragebogen herausgegeben hat, wäre möglicherweise ein Schüler des 1962 die DDR ungesetzlich verlassenden Dermatologie-Professors [REDACTED];
- gegen den Dr. [REDACTED] ... wurde aufgrund des Drängens (IMS „Peters“ - E. S.) ein Verfahren wegen fahrlässigem Vorgehen ... eingeleitet ... (Dieser Dr. - E. S.) ist homosexuell und wurde von Prof. [REDACTED] geschützt;
- ein Dr. [REDACTED] ... ist potenzioneller Homosexueller ... zweite Frau weggelaufen ... in seinem Verhalten, besonders in der Kleidung, kommt dies zum Ausdruck ... Dr. [REDACTED] ... ist ebenfalls homosexuell. Er beschäftigt sich mit Sexualverhaltensforschung von Jungen und Mädchen ... Es müsse darauf geachtet werden, daß diese alte Truppe ... nicht dem neuen Prof. [REDACTED] „totmachen“.**

Es steht zu vermuten, daß diese „Kombinationen“ von Homosexualität mit „ungesetzlichem Grenzübertritt“, mit „fahrlässigem Vorgehen“ und mit Protektion, mit „besonderer Kleidung“ und mit „Cliquen-Bildung“ gut ins Zimolong'sche Bild von Schwulen paßten - ebenso in das Oberstleutnant Reifs und IMS „Peters“.

Auch andere „plaudern“ - etwa IMS „Gerhard Olsen“ alias Roland Beyer, der bei einem „Krankenbesuch“ feststellt, Stapel macht insgesamt, rein vom Äußeren und auch von seiner Art sich zu geben, einen sehr hinfälligen Eindruck. Und „Olsen“, ehemaliger schwuler NVA-Major und als solcher geschäft, ehemaliges Mitglied der FDJ-Bezirksleitung Magdeburg und „strammes“ SED-Mitglied, jahrelanger Besucher des Arbeitskreises und erst als

* ebd., Bl. 283

** ebd., Bl. 284

solcher für die Bspitzelung unserer Arbeit angeworben, vorher wie nachher sehr engagiert vor allem als „staatsfreundliches Gegengewicht“ und „progressive Kraft“ bei politischen Diskussionen und als „Absicherer von Ordnung und Disziplin“ bei unseren Diskotheken und in der Magdeburger Schwulen-Kneipe sowie Motor für die Gründung des „staatlich angebundenen“ Magdeburger Schwulen-Klubs „A - 3“ im Sommer 1989, spielt auch gleich noch auf ein eventuelles Ende meiner Arbeit an:

*Da sein derzeitiger psychischer Zustand sehr schlecht ist und er auch wenig Lebenswillen zeigt, hat das Auswirkungen auf die Tätigkeit a) als Verantwortlicher für die Schwulenarbeit und b) auch als Motivator oder Organisator innerhalb des Arbeitskreises ...**

Dieser Frage nach den „Auswirkungen“ gehen die MfS-Leute nun ständig nach - offenbar immer in der Hoffnung, mein Kranksein würde mich am Weitermachen hindern. Zunächst machen ihnen „Klaus Meyers“ Berichte Mut. Denn „Meyer“ kannte Stapel beim ersten Wiedersehen nicht wieder, da er so elend aussieht, und bekam von mir keine Antwort auf seine direkte Frage, wer die Leitung des AK ... übernehmen könnte. Außerdem kann er dann Major Zimolong mitteilen, ich sei wieder in der Klinik, und sicherlich im Zusammenhang mit dem schlechten Gesundheitszustand ... gibt es gegenwärtig keine ... politischen Aktivitäten ... Die loyale(n) Kräfte im AKHS/M unterstützen statt dessen einen schnell eingebrachten Vorschlag zur Veränderung der Programmgestaltung ... im Sinne des Abbaus ausschließlich thematischer Veranstaltungen zu Gunsten des Angebotes zwangloser Gesprächs- bzw. Begegnungsabende mit Charakter eines Klublebens**. Aber „Meyer“ muß auch melden, daß er (Stapel - E. S.) in jedem Fall seine Aufgaben weiterhin erfüllen will, damit rechnet, Invalidenrente zu erhalten, und hofft, eben als Rentner bald in die BRD reisen (zu) können. Vor allem hofft er auch, weil ihm in diesem Jahr (in dem es wegen der Operation nun gerade nicht möglich war - E. S.) erstmalig nach langer Zeit die Ausreise nach Bulgarien genehmigt wurde. Der IMS spickt seine Berichte noch mit zahlreichen Einzelheiten über meine nur langsame Genesung und muß die MfSler, wie vorher bereits „Haase“, enttäuschen: Nein, Reaktionen von Personen des AK zu den Maßnahmen der Medizinischen Akademie bezüglich Blutuntersuchungen auf Aids-Verdacht wurden mir nicht bekannt***.

Also macht sich Major Zimolong erneut auf den Weg zu IMS „Peters“ in die Klinik. Doch der muß sich erst einmal erkundigen. So erfährt er, daß ich

* ebd., Bl. 295f.

** BStU MfS HA XX ZMA 10050/12a; Bl. 277

*** BStU Ast. Magdeburg AOP/97; Band 4, Bl. 302f., 312

diesmal wegen der Aufnahme-Modalitäten in Magdeburg und ohne sein Wissen leider in eine andere Klinik gekommen bin.

Inzwischen hatte mein Partner seine Rückstellung vom Wehrdienst beantragen wollen, um mich pflegen zu können. Doch das soll (und wird) verhindert werden, so daß Zimolong dem IMS „Peters“ Druck macht, jedoch nicht, ohne sich von ihm - sozusagen per Ferndiagnose - ausdrücklich zusichern zu lassen, daß er kein Pflegefall ist.

Es wäre zweckmäßig wenn durch Gen. OSL Reif bei einem Treff nochmals klärt

1. Wie ist der tatsächliche Gesundheitszustand ... welche Lebenserwartung besteht ...
2. Ist er schon invalidisiert, oder wann erfolgt dieses
3. Bestehen Möglichkeiten Mitte Ende November 1986 den St. nochmals für cka eine Woche stationär zu behandeln in der Chirurgie der MAM oder in einer anderen Klinik

„Peters“ wurde orientiert daß möglicherweise das WKK Magdeburg nochmals bezüglich Attest oder Bescheinigung für (meinen Partner - E. S.) im Zusammenhang mit einer Eingabe an das MfNV** auf ihn zukommt*

*Hierzu gab „Peters“ sein Einverständnis ...****

Zu allem „Unglück“ versuche ich auch noch, mich mit Arbeit wieder auf die Beine zu bringen. So muß OSL Reif seinen Kollegen in Gera melden, er hätte einen meiner Briefe dorthin mit einem entsprechenden Terminvorschlag für ein Gespräch über die Gründung eines dortigen Arbeitskreises, die ich gerade vorbereitete, abgefangen:

Wir weisen darauf hin, daß St. äußerste Aktivitäten zur Bildung und Aktivierung von AK entwickelte und entsprechend seines derzeitigen desolaten Gesundheitszustandes noch unternimmt. Ob es zu diesem Treffen am 25. 10. 1986 in Jena (wo ich den Geraer sprechen wollte - E. S.) kam, ist nicht bekannt†

Auch Oberst Stoye hat keine guten Nachrichten für seine Kollegen. Zwar wird unsere Bitte um Zurückstellung vom Wehrdienst, die noch zu einem intensiven Briefwechsel vor allem mit dem Verteidigungsministerium auswich, abgelehnt. Doch im Wehrbezirkskommando hatte man meinem Partner unter Hinweis auf den § 175 DDR-StGB bis 1968 gesagt, er sollte froh

* WKK - Wehrkreiskommando

** MfNV - Ministerium für Nationale Verteidigung

*** BStU Ast. Magdeburg AOP/97; Band 4, Bl. 314f.

† ebd., Band 5, Bl. 17

sein ... vor 18 Jahren wäre (er) in Haft gegangen. Das sagten wir nun im Arbeitskreis, und Oberst Stoye kann nur enttäuscht konstatieren: Die Reaktion der Anwesenden war allgemeines Unverständnis auf die staatliche Reaktion. (In ähnlicher Weise äußerte sich später auch ein Offizier aus dem Verteidigungsministerium. Jürgen Lemke hat den umfangreichen Vorgang zum Teil in seinem Theaterstück „Männerbiographien in der DDR: Ich bin schwul“ verarbeitet.) Doch IMS „Gerhard Olsen“ kann über Major Hinze Oberst Stoye bald darauf wieder beruhigen: Sein Allgemeinzustand, vor allen Dingen der Gesundheitszustand ist nach wie vor nicht gut ... und dieses sich derzeit mit auf die als inaktiv einzuschätzende Haltung zum AK insgesamt auswirkt.***

Inzwischen hatte ich meine Invalidisierung beantragt. Während verschiedene Inoffizielle Mitarbeiter weiterhin über meine sich noch verzögernde Genesung berichten*** und ich - für mich seltsamerweise - einen längeren Briefwechsel mit Kreis- und Bezirks-Gutachter führen muß, kommt das MfS bereits auf die Idee, ich dürfe, um dann eigentlich erlaubte West-Reisen schon von vornherein zu verhindern, nicht invalidisiert werden. Es erinnert den Plan, IMS „Peters“, der und dessen Chirurgische Klinik bei der Begutachtung zu Rate gezogen werden sollen, solle die Invalidisierung verhindern. Major Zimolong bekommt zunächst die gesamten Krankheitsunterlagen des Stapel ... zur Einsichtnahme übergeben ... Bei einer weiteren kurzen Absprache mit „Peters“ ... wurde nochmals erläutert, Invalidisierung kann nicht in Frage kommen ... Um Zeit zu gewinnen,

werden die 78 Wochen Krankschreibung genutzt ... da es ... die einer erneuten Arbeitsfähigkeit zu Grunde liegende Besserung des Gesundheitszustandes bei St. nicht gibt ... Im Falle weiterer Eingaben (Stapels - E. S.) werden nochmals stationäre Behandlungen und Untersuchungen in der Chirurgie ... durchgeführt, also bei IMS „Peters“. Der betonte, daß es keine Interesse von Seiten med. Einrichtungen der DDR gibt, daß St. möglicherweise als Invalide in die BRD reist und dort alle möglichen Stellen des Gesundheitswesens der BRD anläuft ...†

und hat so auch eine Rechtfertigung auf der Ebene seines Berufes gefunden.

Zudem kommt auch AIDS wieder ins Spiel, indem die *Quelle der Abteilung XV*, also der Klinik-Mitarbeiter aus dem Laborbereich, mitteilt:

* ebd., Bl. 18

** ebd., Bl. 19

*** ebd., Bl. 33, 35; BStU MfS HA XX ZMA 5349-II; Bl. 88

† BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 5, Bl. 49f.

*Nach Aussagen einer nicht ganz sicheren Quelle ist es wahrscheinlich, daß E. Stapel HTLV 3-Antikörperträger ist. Das bedeutet nicht, daß er aidskrank ist.**

So besteht der nächste Sachstandsbericht zur OPK „After Shave“ im wesentlichen darin, einerseits meine Krankengeschichte der vergangenen neun Monate zu referieren und andererseits den Erfolg *Verhinderung der Invalidisierung* zu vermelden:

Durch Einwirken auf entsprechende Quellen in Schlüsselposition im medizinischen Bereich konnte erreicht werden, daß durch die zuständigen medizinischen Gutachter dem Antrag des St. ... auf Invalidisierung nicht stattgegeben und St. noch weiter krankgeschrieben wurde ...

*Durch IMS „Peters“ wurde erreicht, daß es zu keiner Invalidisierung und damit zu Reisen und persönlichen Kontaktaufnahmen zu operativ bedeutsamen Personen im Operationsgebiet durch St. kam.***

Auch freut man sich („erreichte Ergebnisse“),

*durch Einsatz des IMS „Peters“ ... (den) Krankheitsverlauf des „After Shave“ unter ständiger Kontrolle gehalten und aus der aufgetretenen Immunschwäche des St. ableitend Untersuchungen auf AIDS-Verdacht bei den Personen [REDACTED], [REDACTED] und eine Aussprache mit dem damaligen Leiter der Stadtmission [REDACTED] durchgeführt ... (haben zu können - E. S.) Dadurch wurden die homosexuell veranlagten Personen und die entsprechenden Amtsträger der Kirchen auf die Gefahren des entstehenden AIDS aus der Homosexualität hingewiesen.****

Zugleich zeigte man sich über meine Energie erstaunt:

Aufgrund des geschilderten Gesundheitszustandes konnte im angeführten Berichtszeitraum St. nicht regelmäßig an den Veranstaltungen ... teilnehmen. St. brachte aber trotzdem eine große Energie auf im Führen einer umfangreichen Korrespondenz, in der Erarbeitung von Arbeitsplänen ... an der Teilnahme von entscheidenden Sitzungen und setzte sich innerhalb des Leiterkreises nachwievorr gegenüber Bestrebungen, die Arbeit des AKHSM mehr auf die gesellige Ebene zu verlagern, durch. Seine Meinung bestand darin, daß der Arbeitskreis sich zuerst ernsthaften Aufgaben zu widmen hat und nebenbei auch gesellige Zusammenkünfte erfolgen können ...

* ebd., Bl. 53

** ebd., Bl. 61, 67; BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 12, 18

*** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 5, Bl. 66; BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 17

Bei Stapel zeigte sich aber im Zusammenhang mit seiner langen Erkrankung, den zu ertragenden starken Schmerzen, den unangenehmen Auswirkungen der Darmverlegung, das äußerst langsame Voranschreiten des Verheilens der Operationswunden und die durch diesen Umstand eingetretene Krise im Verhältnis zwischen St. und seinem Intimpartner [REDACTED] eine Erschütterung in seinem Glauben an Gott ...

Entsprechend dieses schlechten, sich teilweise nach kurzer Besserung wieder verschlechternden Gesundheitszustandes traten bei ihm auch Phasen der Labilität und der Resignation auf ...

*Daraus wieder schlußfolgernd gab es bereits in seinem Umgangskreis sowie bei führenden Personen der homosexuellen Szene der DDR Erwägungen, wie im Falle des Ablebens des St. entsprechende Würdigungen seines Wirkens für die homosexuell veranlagten Personen erfolgen könnte. Dabei stellte sich heraus, daß St. als eine führende Persönlichkeit in der homosexuellen Szene der DDR und darüber hinaus betrachtet wird.**

Vier Tage später jedoch muß man sich allen Erfolgsmeldungen zum Trotz empört an die Leiter der Hauptabteilungen XX und XX/9 in Berlin wenden, weil der Haupterfolg, das Verhindern von West-Reisen, zunichte gemacht zu werden droht: Es gab nämlich eine Einladung nach Frankfurt/Main, zudem bereits mit „Befürwortung“ des Konsistoriums an das Sekretariat des Bundes der Evangelischen Kirchen in der DDR gesandt: Ich sollte zum „Forum Homosexueller Christlicher Gruppen in Europa“ kommen.

Aus operativen Gesichtspunkten halten wir eine Reise des Stapel, Eduard zu dieser Veranstaltung als völlig unangebracht.

Unter den sechs „op. Gesichtspunkten“ mit weiteren vier Unterpunkten findet sich auch folgende Ablehnungsargumentation OSL Reifs:

6. *Wenn Stapel dieses Visa erhält, würden weitere Reisen in die BRD sicher nicht vermeidbar sein. Es gelang gerade, durch intensive op. Maßnahmen Stapels Invaldisierung und damit schon geplante Reisen in die BRD zu verhindern ...***

Doch diese Bitte Reifs und weitere Proteste Major Zimolongs, weil „von Berlin aus nichts zur Ablehnung unternommen werden kann“, was mich übrigens völlig verwundert, helfen nicht - statt dessen aber die Entscheidung in Magdeburg selbst:

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 5, Bl. 61f.; BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 11f.

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 5, Bl. 73f.

Vom Gen. OSL Groch wurde ich (Zimolong - E. S.) ... darüber informiert, daß Gen. Zürcher RdSt. Magdeburg sich bei ihm die Auskunft geholt hat den Antrag der Reise des St. abzulehnen.***

Statt meiner hat die Kirchenleitung zwei andere Mitarbeiter schicken können - beide allerdings zugleich Inoffizielle Mitarbeiter, wie ich kürzlich erfuhr.

Zu diesem Erfolg gesellen sich nach IM-Berichten bald weitere: im März, Mai und Juli '87 sowie im Januar '88 vermelden IMB „Haase“, IMS „Gerhard Olsen“, die „Quelle der Abteilung XV“, IMS „Joseph“ und IMS „Klaus Meyer“ bestenfalls eine *Stabilisierung* und *äußerlich einen gesunden Eindruck*, sonst aber *nicht große Überlebenschancen*, *baldige Krankenhausaufenthalte*, *beginnende Erblindung*, *Stoffwechselstörungen* und außerdem *Partnerschafts-probleme*. Nur die *Quelle der Abteilung XX/4 der BV Halle* weiß am 05. 11. 87: *Gesundheitlich geht es St. wieder gut.****

So ist für die Sicherheitsdienstler von der HA XX/9, als sie Anfang '88 zur *Kontrolle und Anleitung der OPK „After Shave“* nach Magdeburg kommen, *nochmals der Gesundheitszustand des Stapel zu prüfen, um in dieser Hinsicht*, nämlich notfalls als Pauschalkellner zu arbeiten, sollte ich bei meinem geplanten Umzug nach Leipzig dort keine Arbeit bekommen, *richtige Schlüsse zu ziehen.†*

Im Zusammenhang mit der Erhebung der OPK zum OV muß die Stasi feststellen:

St. ist (zwar - E. S.) hoc hgradiger Diabetiker und leidet an den Folgen einer Operation ... Er bringt dennoch große, fast unwahrscheinliche Energie auf zur Bewältigung vielfältiger Aufgaben in der Schwulenarbeit ... verbunden mit umfangreicher Reisetätigkeit und Korrespondenz.††

Einer der *richtige(n) Schlüsse* muß deshalb also sein

6. *Periodische Kontrolle des Gesundheitszustandes des Stapel, um evtl. notwendige operativ oder operativ-technische Maßnahmen abzuleiten.†††*

Doch schon versorge ich die MfSler mit einer neuen Aufgabe im Blick auf meine Krankheiten - die Verhinderung einer Selbsthilfe-Gruppe für Leute mit ähnlichen Operationsfolgen, wie ich sie habe:

* RdSt. - Rat der Stadt

** BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 5, Bl. 76

*** ebd., Bl. 70, 77, 92, 106, 108f.; ebd., Band 6, Bl. 16, 30

† ebd., Bl. 25

†† BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-IIIa; Bl. 24

††† BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 6, Bl. 14

*Es wurde herausgearbeitet, daß dieses Handeln des Stapel als neuer Versuch, sogenannte Randgruppen zu organisieren, angesehen werden muß. Ein solches Vorhaben sollte unterbunden werden.**

Selbstverständlich läßt sich IMS „Peters“ in die „Unterbindungs-Versuche“ eingliedern - wie auch der stellvertretende Bezirksarzt, obwohl er nun Major Zimolung gerade gesagt hatte,

*aus psychologischer Sicht gibt es da tatsächlich Lücken und es ist auch nicht so einfach vom Gesundheitswesen dieses Problem zu lösen da es an Kräften dafür mangelt. Vom Min. f. Gesundheitswesen wird angestrebt solche Gruppen unter Leitung und Aufsicht von Ärzten und Psychologen zu schaffen**

und offenbar nicht von ausgebildeten Theologen im kirchlichen Bereich.

IMS „Peters“ wie der stellvertretende Bezirksarzt unternehmen also einige „Maßnahmen zur Unterbindung“ - freilich ohne Erfolg, weil wir die von der Stasi noch aufzubauenden Hürden - wie in der Regel sonst auch - bereits umgangen hatten.*

Von seinen IM erfährt das MfS noch lange,

- wie es mir geht (allein „Krankenberichterstatte“ IMS „Klaus Meyer“ schreibt von März '88 bis Juni '89 fünfmal);
- daß ich mich darüber wundere, nicht wie andere in meiner Lage invalidisiert worden zu sein (wiederum „Klaus Meyer“);
- daß eine *Erblindung ... in kürze zu erwarten* und meine *Lebenserwartung aus ärztlicher Sicht gering (ist)* (Krankenpfleger und IMS „Joseph“).

Von evtl. *notwendige(n) operativ oder operativ-technische(n) Maßnahmen*, die aus der *periodische(n) Kontrolle des Gesundheitszustandes ... abzuleiten* gewesen wären, bemerkte ich nichts - außer daß ich erst im Mai 1990, als die Stasi verschwunden war, invalidisiert werden konnte.

Den Ärzten bin ich höchst dankbar für ihre offenbar gute medizinische Arbeit: Gesundheitlich geht es mir relativ gut. Und die Inoffiziellen Mitarbeiter unter ihnen? Ich weiß nicht ...

* ebd., Bl. 70f.

8. „IM-Einsatz soll Kriminalisierung dienen“**

Daß Sicherheitsdienste von Diktaturen, können oder dürfen sie aus irgendwelchen Gründen nicht (allzu) brutal vorgehen, sich auch der Kriminalisierung der „zu bearbeitenden Personen“ bedienen, ist kein Geheimnis. Um so weniger verwundert es vermutlich niemanden, daß auch das MfS - freilich unter „erleichterten Bedingungen“, weil die DDR ein entsprechendes politisches Strafrecht hatte - zu diesem Mittel greift. Und schon die meisten Benennungen der *Informationen, Einschätzungen* oder *Maßnahmepläne* weisen in diese Richtung und beziehen sich oft auf Paragraphen dieses Strafrechts.

Da wir Sexualität und folglich auch Homosexualität sowie die Diskriminierung von Schwulen vornehmlich auf der politischen Ebene behandelten, kamen wir der Stasi in dieser Hinsicht sogar noch entgegen. Im Gegensatz zu ihren irrigen Ansichten über Homosexualität und über Schwule, denen ebenso irrige Maßnahmen gegen uns folgten, nahm uns die Stasi an dieser Stelle also tatsächlich ernst.

Und weil es den „*Schutzschild*“ Kirche gab, zu dessen *Entfernung ... Widersprüche in der Haltung kirchenleitender Kräfte zum AKHS und deren Führungskräfte auf(ge)deck(t)en und die Distanzierung der kirchenleitenden Kräfte unterstütz(t)en*** werden sollten, waren die MfSler unter Berücksichtigung der DDR-Kirchenpolitik auch noch zu größter Vorsicht und Genauigkeit bei der Suche und bei der *Offizialisierung* bereits vorhandener *Erkenntnisse* gezwungen.

Allerdings waren die Mittel und Möglichkeiten der Sicherheitsdienstler dabei (fast) unbegrenzt. So nutzte beispielsweise die Stasi-Bezirksverwaltung Leipzig ihre *Koordinierungsvereinbarung* mit der Bezirksbehörde der Deutschen Volkspolizei des selben Bezirkes zu einer *Festlegung zum op. Zusammenwirken zwischen sich und dem Dezernat I der BDVP ... bei der politisch-operativen Bearbeitung des Arbeitskreises****:

Ausgehend von der kriminalpolizeilich-operativen Gesamtaufgabenstellung unter Homosexuellen und den dazu ... enthaltenen Aufgaben sowie den bereits bestehenden qualifizierten Bearbeitungsmöglichkeiten und -ergebnissen des Dezernates I der Kriminalpolizei einigt man sich u. a. darauf,

1. Die zu den Leitungskräften und Organisatoren des AKHS zu zählenden Personen werden ... aktiv erfaßt und bearbeitet. Die durch spezifische Arbeitsmittel des Dezernat I gewonnenen Erkenntnisse zu diesen Personen ... sind der (Stasi- - E. S.) Fachabteilung kurzfristig zu übermitteln ...

* BStU ASt. Leipzig AOP 452/87; Band 1, Bl. 24

** ebd., Bl. 23

*** vgl. ebd., Bl. 55ff.

Und damit die Polizei auch etwas von der Stasi hat:

*5. Die im Prozeß der politisch-operativen Bearbeitung des AKHS gewonnenen auswertbaren Erkenntnisse zu homosexuellen Personen, die für die kriminalpolizeilich-operative Lageeinschätzung und Personenbearbeitung genutzt werden können, sind dem Dezernat I zu übermitteln ...**

Und selbstverständlich **sollten** die vielen eingesetzten Inoffiziellen Mitarbeiter nicht nur ebenfalls der *Kriminalisierung einzelner Mitglieder des Leitungskreises ... dienen***, sondern haben nach Aktenlage **in der Tat** -in freilich verschiedener Weise und in unterschiedlichem Ausmaß - dazu **beigetragen**. Fast alle der am Zustandekommen der Akte „After-Shave“ beteiligten IM haben das MfS mit dem Zutragen ihrer heute in der Regel verniedlichend „unschädlich“ genannten „Erkenntnisse“ seinem „Offizialisierungs“-Ziel nähergebracht. Auch wenn der Sicherheitsdienst dieses Ziel in unserem Fall an keiner Stelle erreicht hat - mit dem Hinweis darauf, niemanden gefährdet oder es „so vermissen nicht gesehen zu haben“ (vgl. Kap. 10), kann sich heute kein IM entschuldigen.

Ohne die überaus zahlreichen „Beiträge“ der IM zu den verschiedenen Paragraphen auflisten zu können, machen das schon die vom MfS anvisierten Paragraphen selbst klar, zu deren Inhalten die IM in der Regel in ganz besonderer Weise berichtet haben:

§ 99: Landesverräterische Nachrichtenübermittlung (2 - 12 Jahre Haft);

§ 100: Landesverräterische Agententätigkeit (1 - 10 Jahr/e Haft);

§ 106: Staatsfeindliche Hetze (1 - 8 Jahr/e Haft);

§ 218: Zusammenschluß zur Verfolgung gesetzwidriger Ziele (Rädelsführer 1 - 8 Jahr/e Haft);

§ 219: Ungesetzliche Verbindungsaufnahme (bis 5 Jahre Haft);

§ 220: Öffentliche Herabwürdigung (bis 3 Jahre Haft).

Außerdem wollte mir die Stasi mit Hilfe von Inoffiziellen Mitarbeitern auch mit dem **Devisengesetz** (Haft bis 2 Jahre, in schweren Fällen bis 10 Jahre) und mit dem **Ordnungswidrigkeitengesetz** (OWG), mit der **Verordnung über Ordnungswidrigkeiten** und mit der **Veranstaltungsverordnung** (VAVO) (jeweils Geldstrafen) beikommen. Und weil man sich nicht erklären konnte, wie meine ständigen DDR-weiten Reisen bezahlt wurden, vermutete man „**Schwarzfahren**“ und „**Veruntreuung**“.

* ebd., Bl. 56f.

** ebd., Bl. 24

Am weitesten kamen die Sicherheitsdienstler bei ihren „Offizialisierungs“-Bemühungen mit dem **§ 213: Ungesetzlicher Grenzübertritt** (Haft bis 2 Jahre, in schweren Fällen 1 bis 8 Jahr/e) voran. Zum Glück nahmen sie sich jedoch einerseits selbst die Möglichkeit zum „Zuschlagen“, weil ihr eigener Apparat zu langsam arbeitete und deshalb an der Strafprozeß-Ordnung scheiterte; zum anderen hinderte sie mein Kranksein (vgl. Kap. 7).

Für mich ist dieser Paragraph in anderer Hinsicht noch interessanter: Obwohl es eines der ständig und laut erklärten Ziele unserer - zumindest meiner - Arbeit war, die Verhältnisse in der DDR schwulenpolitisch (und auch sonst) zu verbessern, tauchen in den Akten weder IM-Berichte über die Anforderung zum „Hierbleiben“ noch entsprechende Texte Hauptamtlicher auf. Ob nun Ironie oder Unfähigkeit des MfS, auf jeden Fall eine grobe Beleidigung, wenn die Stasi mich (uns) ausgerechnet mit Ausreisebestrebungen und/oder -unterstützungen in Verbindung bringt, wo doch einer meiner (unserer) wichtigsten Slogans in jener Zeit war: „Bleibe im Lande, und wehre dich redlich!“ Daß ich persönlich letztlich ohne Anklage und Verurteilung davonkam, lag nun aber nicht nur an der Langsamkeit und Behäbigkeit des MfS beim „Offizialisieren“ entsprechender „Erkenntnisse“ oder an seiner Rücksichtnahme auf die Strafprozeßordnung im Blick auf meinen seinerzeitigen Gesundheitszustand. Vermutlich muß ich dem MfS und den „Bremsern“ in unserer Bewegung heute dankbar sein, weil die „Legende“, mit der die „eingeschleusten“ Inoffiziellen Mitarbeiter unsere Bestrebungen einzudämmen versuchten, nämlich „dem Staat keinen Vorwand zum Eingreifen zu liefern“, genau im richtigen Maße griff. Die Akten belegen, daß unsere Arbeit hinsichtlich des politischen Strafrechts - wie auch sonst - eine Gratwanderung war, die angesichts unserer schwulenpolitischen Erfolge und des „Versagens“ der Staatssicherheit bei der Anwendung dieses Strafrechts sehr gut gelang.

9. Ein Tag wie mancher andere auch - Eine fast wahre Geschichte

Der Weg von meiner Haustür zum Bahnhof führt sieben Minuten durch die 3000er Kleinstadt. Hier, wo jeder jeden kennt, weiß man, daß ich, mit der Reisetasche ausgestattet, unterwegs zu irgendwelchen Sitzungen bin: „Na, geht's wieder los?“, werde ich statt eines „Guten Morgens“ begrüßt, und „nur bis morgen“ ist meine rasche Antwort. Der Zug nach Magdeburg und weiter nach Halle und Leipzig wartet nicht, und die Termine dieses langen Tages sind so dicht gedrängt, daß ich ihn nicht verpassen darf.

Auf ihrem Weg zum Bäcker überhole ich IM „Fritz“. Ihre hauptamtlichen Genossen von der Magdeburger Bezirksverwaltungs-Abteilung VI hatten ihre Kollegen in der Dienststelle der Kreisstadt mit der *Einleitung von Ermittlungen zu STAPEL im Hauptwohnsitz Bismark** beauftragt - und IM „Fritz“ gehorchte wie ihre fünf Bismarker IM-Kollegen: Insbesondere mit Blick auf § 218 (vgl. Kap. 8) sollten sie mittels *konspirative(r) Wohngebietsermittlungen* herausbekommen, wie ich einen Teil (m)einer *Kontaktverbindungen über (m)eine Heimatanschrift abwickelt(e)*, und ihren Auftraggebern in der Kreisdienststelle zutragen, ob STAPEL bei seinen *Aufenthalten in Bismark unter politisch-operativer Kontrolle gehalten werden kann*.

Mein kurzes „Guten Morgen“ beantwortet sie nicht; womöglich hat sie mich nicht einmal erkannt. Vor Monaten noch habe ich immer wieder mal die Seiten in den Stasi-Akten** aufgeschlagen, die ihren Bericht über mich enthalten: Manches stimmt und manches nicht. Ich sollte sie, die schon immer unsere Nachbarin war und ist und mit deren Sohn ich in eine Klasse ging, ansprechen. Vielleicht wartet sie sogar darauf, wäre doch so einiges ihres sachlich-bösen Berichtes zu bereden. Von ihr stammt also das *hochgradig zuckerkrank*, mit dem die Stasi, einmal auf meine Krankheiten gebracht, später auf das Schwinden meiner Kräfte setzt. Sie, die frühere Rathaus-Mitarbeiterin, versetzte ihren Bericht offenbar mit den sachlichen Auskünften der Stadtverwaltungs-Akten: Die Daten zu meiner Familie samt der genauen Größe unserer Ländereien stimmen. Dagegen irrte sie hin und wieder, wenn sie über das schrieb, was ich weit weg von Bismark tat, etwa meine Studien, und was meinen Weg durch die kirchlichen Strukturen betraf. Und vergriff sich auch im Ton, indem sie mir einen Erhabenheitsdünkel aufgrund meiner Intelligenz zuschrieb, dessentwegen sich meine früheren Klassenkameraden von mir abgewendet hätten. Aber immerhin: Neben der

* BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 314f.

** ebd., Band 2, Bl. 102f.

Intelligenz - meine *unwahrscheinliche Bibliothek* entsprang wohl eher ihrer geringen Vorstellungskraft über die Anzahl von Büchern, die man in meinen Berufen benötigt - gestand sie mir Freundlichkeit zu und sogar, daß ich zwar *kein Befürworter, aber eben auch kein Gegner unserer gesellschaftlichen Entwicklung* war. Sie, die der MfS-Kreisdienststelle Kalbe mein Schwulsein als *Abnormität* berichtete, kannte sogar den Begriff „Bisexualität“ und stellte auch gleich entsprechende Verbindungen her: Der Leiter der Gaststätte, in der ich jahrelang als Aushilfskellner arbeitete, wäre der Enkel eines *bisexual* veranlagt(en). *Bisher ist nichts bekannt, ob er die Veranlagung ebenfalls hat.*

Auch die *Quelle*: „Hans Knappe“ wußte *stark zuckerkrank, muß spritzen* zu berichten. Er fegt an diesem Morgen die Straße vor seinem Haus, das ein paar Meter weiter steht, und winkt mir freundlich zu; ich grüße freundlich zurück. Ob er weiß, daß ich weiß, was er über mich für das MfS schrieb? Vermutlich sah er von der Straße aus meine *im elterlichen Wohnhaus ... in der oberen Etage (aufgebauten) viele(n) Regale ... mit Büchern, wahrscheinlich auch ältere Literatur*. - Was mochte er wohl damit meinen? Oder hatte er schon mal in meinem Zimmer gesessen und auf mich eingeredet, als er zu einem der Trupps gehört hatte, die mich immer dann aufgesucht hatten, wenn Wahlen gewesen waren, zu denen ich später gar nicht, früher aber doch und dann meist erst nachmittags kam, weil ich vormittags zum Gottesdienst in die Kirche ging? „Hans Knappe“ mußte eigentlich wissen oder doch wenigstens ahnen, daß ich Bescheid weiß. Denn nach einem meiner Vorträge über den Magdeburg-Teil meiner Akten hatte die Zeitung der Landeshauptstadt breit berichtet - und diese Zeitung kommt auch in den Winkel des Landes, in dem ich wohne. Allerdings war es in diesem Zeitungsbericht nur darum gegangen, wie die Schwulen-Bewegung hatte verhindert werden sollen. Und bei diesem Thema hält sich die Kleinstadt schon immer vornehm zurück und spricht mich auch dann nicht an, wenn ich mit ihm im Fernsehen bin. Gewunken hatte „Hans Knappe“, der ehemalige Berufsschul-Lehrer, auch früher schon. Tut er es jetzt freundlicher? So kommt es mir vor. Sollte er ein schlechtes Gewissen haben? Braucht er eigentlich nicht, finde ich. Denn es stimmt ja fast alles, was er zu schreiben wußte. Nur daß er meine „Umgangsformen in der Gaststätte“ als Kellner *recht rüde* und *gegenüber Gästen schon frech* fand, nehme ich ihm übel: Immerhin sorgten Leute wie er dafür, daß auch Kellner in der DDR knapp waren. Als ich zunächst mit meiner Aushilfs-Kellnerei nur Geld verdienen wollte, um Bücher für mein zweites Studium kaufen zu können, kam mir diese Mißwirtschaft ja sehr entgegen. Als ich aber später die Wochenenden zum Lernen brauchte und lieber

* ebd., Bl. 104

auf das Geld verzichtet hätte, gab ich dem Drängen und Betteln der Gaststätten-Leiter immer wieder nach und ging kellnern. Mancher Schulball hätte teilweise ohne Bedienung auskommen müssen, hätte ich mich freitags nach dem letzten Seminar in Leipzig nicht in den Zug gestürzt, mir nach dreistündiger Fahrt meinen schwarzen Anzug übergeworfen und mich in die Gaststätte begeben, wo an zehn Zehner-Tischen Lehrer wie „Hans Knappe“ schon über eine Stunde ungeduldig auf Bier warteten, während andere Tische von meinen Kollegen bereits bedient wurden. Und obwohl sie wissen mußten, daß die auch von ihnen verursachte Mißwirtschaft schuld an ihrem Durst war, und sogar wußten, weshalb ich jetzt erst an ihre Tische trat, um die Bestellungen aufzunehmen, verlangten sie *recht rüde* und *schon frech* umgehende Bedienung. Daß mein *Ton nicht in unsere Gesellschaft (paßt)*, wie „Knappe“ schrieb, war also eine schlichte Verwechslung. Ob er heute weiß, daß er und Leute wie er selbst schuld an ihrem einstündigen Durst waren? Ich sollte mich nicht mit solchen Gedanken herumplagen, sondern ihn einfach fragen. Er könnte wohl noch am ehesten zu einem Gespräch bereit sein, vermute ich. - Ein Gespräch worüber? Über Schuld? „Ich habe den Genossen in der Kreisstadt doch nur wahrheitsgetreu aufgeschrieben, was ich über Sie wußte.“ - Über weitere Schuld? „Auch bei anderen bin ich bei der Wahrheit geblieben.“ Darüber, was die Kalbenser und Magdeburger wollten? „Das haben sie mir nicht gesagt, und weshalb hätte ich nachfragen sollen?“ - Warum er mitgemacht hat? Vielleicht hatte auch er nach dem Krieg keinen Vater mehr, und die Stasi wurde ihm einer. Oder der Anfang nach '45 hatte ihn überzeugt; aus dem Überzeugten wurde ein Zweihundertprozentiger, und der wollte den Sozialismus vor solchen „politischen Untergrundlern“ wie mir schützen, was allein Gewähr genug gegen Rückfragen bei Aufträgen von oben war ...

IM „Läufer“, der schon vor der Bahnhofsgaststätte auf deren Öffnung um acht Uhr und auf sein wohl schon nicht mehr erstes Bier wartet, erwidert meinen Gruß nicht, als ich den Bahnhof betrete. „Kommissar Freitag“, wie ihn die Leute früher in Anlehnung an einen West-Fernseh-Kommissar gleichen Familiennamens nannten, war Polizist. Jetzt sehe ich ihn oft durch die Stadt radeln, „von Kneipe zu Kneipe“, wie mir die Nachbarn erzählen. Ich war wohl zu lange fort, als daß er noch wüßte, wer ich bin.

Meine erste Station an diesem Tag ist Magdeburg. Nach einem Sprung ins Büro muß ich zu einer Kontroll-Untersuchung zum Chirurgen, der gerade meine Hand operiert hat. Ihn kenne ich noch von vor zehn Jahren, als ich wegen meiner Krebs-Operation lange Zeit in der Chirurgie zubrachte. Jetzt weiß ich, daß der Professor meine Hand nicht mehr in der Klinik und statt

dessen nur „privat“ hat operieren können, weil er IM war und gehen mußte. Während er prüfenden Auges das Ergebnis seiner Arbeit begutachtet, beschließe ich, ihn nicht auf seine MfS-Mitarbeit anzusprechen.

Auf dem Halleschen Bahnhof herrscht wie immer dichtes Gedränge. Nur ein geübter Blick erkennt in ihm auch einige Schwule, die - wie auf Klappen üblich - umeinander und um die Herren-Toilette kreisen, sie hin und wieder betreten, einander nachlaufen. Unter ihnen entdecke ich während des Umsteigens IM „Wolfgang Zimmer“; schon zu DDR-Zeiten gehörte die Bahnhofsklappe zu seinen bevorzugten Jagdrevieren. Damals war er einer der ersten im Arbeitskreis in Halle und wurde mir, indem er als Küchenleiter irgendwo bei der halleschen Stadtwirtschaft arbeitete, einer der wichtigsten Mitmacher im Arbeitskreis: Jede unserer Tagungen in Halle versorgte er mit Getränken und Verpflegung, was bei mitunter 300 Teilnehmern ohne dieses „Vitamin B(eziehung)“ nicht möglich gewesen wäre. Als IM gelangte er so völlig unauffällig an die Quelle von Informationen und sprudelte als Quelle „Wolfgang Zimmer“ diese „erarbeiteten Erkenntnisse“ gleich weiter ins Tonband seines Führungsoffiziers.

Auch in Magdeburg, Leipzig, Erfurt und anderenorts klappte dieses Tauschgeschäft, von dem wir nicht wußten, daß es ein Geschäft war, immer wieder: IM „Klaus Meyer“ räumte den Kirchsaal für unsere großen Diskotheken mit ein und aus; der „IM der Abteilung XV“ fuhr die Getränke an, die IM „Gerhard Olsen“, in der Regel der Conférencier unserer Geselligkeiten, besorgt hatte; IM „Günter Haase“ spielte mit seiner Disco-Anlage zum Tanz auf; IM „Achim Philipp“ trat unter dem Künstlernamen „Maria Katastrophe“ als arien-singender Travestit auf; IM „Max Schneider“ hielt manchen Vortrag...

„Wolfgang Zimmer“ macht mich in der Menge nicht aus, so daß ich um ein klärendes Gespräch herumkomme. Statt dessen huscht noch ein anderer Ex-IM vorüber, dessen Name wie Deckname mir heute nicht einfallen wollen - bei 200 IM mit Klar- und Decknamen wohl kein Wunder.

Die Leipziger Sitzung geht am späten Abend zu der Zeit zu Ende, zu der sich die Schwulen-Kneipen füllen. Ich lande im „Advocat“ am Tisch eines hübschen jungen Mannes mit polnischem Akzent. Er hat das Problem, nicht mehr lange bei seinem deutschen Partner bleiben zu dürfen: Vom Staat immer noch „verbotene Liebe“ also, und heiraten ist ja nach wie vor nicht möglich. Ich als Schwulen-Funktionär verspreche, nach Kräften zu helfen. Doch nun habe ich ein Problem: Es stellt sich nämlich heraus, daß sein deutscher Partner der frühere IM „Achim Philipp“ ist. Auch ihm sage ich, als ich ihn später in der anderen Schwulen-Kneipe „vis-à-vis“ treffe, meine Hilfe zu. Mein Groll gegen die Diskriminierung Schwuler, ob in der Diktatur DDR

oder im demokratischen Rechtsstaat BRD mit verfassungsgarantierter Unantastbarkeit der Würde des Menschen und seiner Rechte und mit ebensolchem Schutz von Minderheiten, ist schließlich größer als der gegen frühere Inoffizielle Mitarbeiter. Aber ich habe eben doch erst noch die Frage, warum er uns seinerzeit ausspionierte und damit gegen genau die Bemühungen arbeitete, die er und sein Partner nun in Anspruch nehmen wollen.

Daß ich überhaupt danach frage, scheint er nicht zu verstehen und sogar zu mißbilligen: „So verbissen habe ich das damals nicht gesehen!“ Punktum.

Akten-Vielschreiber und deshalb Präsent-20-Anzug-Prämierter IM „Max Schneider“ und IM „Gunnar Schmidt“ sitzen auf den beiden benachbarten Barhockern und schauen diskret weg. Bei einem Zufallstreffen ein paar Wochen später, als ich ihm die baldige Veröffentlichung dieser Broschüre erzählen und ihm durch die Blume dabei mitteilen werde, ich kenne auch den Niederschlag seiner Spitzeleien in den Akten, wird mir „Gunnar Schmidt“, lange Zeit eine wichtige Stütze des Leipziger Arbeitskreises, im Laufe des Jahres 1985 nach einer *Aussprache ... zur Überprüfung der operativen Eignung als IM-Kandidat* „Joachim“* angeworben und als erstes mit der *Kontrolle und mit der Verhinderung des Mißbrauchs für Provokationen*** der Buchenwald-Kranzniederlegung im Januar '86 beauftragt, entgegenschleudern, auch heute gebe es Geheimdienste ... Ich werde mehr eine Rechtfertigung vor sich selbst als den Versuch einer Entschuldigung bei mir heraushören. Er, der die Vorstellung hatte, es könnte Gespräche des Chefs der Staatssicherheit im Bezirk Leipzig mit der Leitung des dortigen Arbeitskreises geben, um *Hinweise zu erhalten ... wie vorbeugend an der Verhinderung ... des politischen Mißbrauchs des AKHS und der Betroffenen ... mitgewirkt werden kann**** und der um dieser Verhinderung willen den Arbeitskreis schon Mitte der 80er Jahre aus der Kirche herauslösen wollte, scheint heute mit seinem „vorbeugenden“ Einflußnehmen gegen den ja vom MfS definierten „Mißbrauch“ nicht zurechtzukommen. Spielt er deshalb auf einen Dialog an, indem er vorschlägt, ich solle aus diesem Büchlein in dem Leipziger Schwulen-Verein, in dem er sich seit der Zeit kurz vor der Wende engagiert, lesen? Selbstverständlich gehe ich darauf ein, und wir tauschen die Telefonnummern aus, um uns zu diesem Zweck erreichen zu können.

Ein langer Tag geht zu Ende - ein Tag wie manche andere auch: anstrengende Vergangenheit inmitten der ausbrennenden Gegenwart beinahe auf Schritt und Tritt. - Vergangenheit? Keineswegs. Denn auch diese Seite der

* BStU Ast. Leipzig AOP 452/87; Band 3, Bl. 12, 236

** ebd., Bl. 236

*** ebd., Bl. 292

DDR wirft lange Schatten, die noch immer in die Gegenwart reichen. Sogar mein mitleidiges Kopfschütteln über diese Leute ist geblieben. Zwei Dinge haben sich dabei aber geändert: Waren diese Leute damals anonym, weil man seine Widersacher ja nicht kannte und sie sogar für Mitstreiter halten durfte, meint das Kopfschütteln heute Leute mit Gesicht. Und: Trat ich früher sicher und entschieden gegen sie, die ich nicht kannte, auf, machen mich die jetzigen Begegnungen mit ihnen ratlos und unsicher.

1	Menschenrechtsdemagogie	129
2	Start-Programm des Magdeburger Arbeitskreises	130/131
3	Start-Programm des Berliner Arbeitskreises „Schwule in der Kirche“	132
4	IMS „Andreas Kramer“: Aufklärung einer evangelischen Vereinigung	133/134
5	IMS „Vera Jansen“: Konzentrationspunkt homosexueller Personen, unter Abdeckung der evangelischen Kirche	135
6	In der Abteilung XX bekannte homosexuelle IM (H) bzw. IM mit Einsatzmöglichkeiten unter homosexuellen Personenkreisen	136/137

GVS JHS 001 - 400/81*

Menschenrechtsdemagogie, imperialistische

wesentlicher Bestandteil des politisch-ideologischen Kampfes, mit dem die Politiker und Ideologen der imperialistischen Bourgeoisie durch die Verwirrung, Entstellung und Verfälschung der Frage der Menschenrechte diese als Mittel

- der weltweiten Diskriminierung des Sozialismus und der Einmischung in seine inneren Angelegenheiten,
- der Ausübung von Druck und Erpressung, der Inspirierung, Organisation und Unterstützung feindlich-negativer Kräfte als antisozialistische ideologische, personelle und organisatorische Basis in der sozialistischen Gesellschaft,
- der Störung und des Mißbrauchs des Entspannungsprozesses und
- der Verschleierung des Wesens der imperialistischen Herrschaftsverhältnisse einsetzen.

Mittels der M. führt der Gegner massive Angriffe auf die Machtverhältnisse, den Staat, die Demokratie, die Freiheit und das Recht im Sozialismus. Nach den gegnerischen Plänen soll die M. vor allem die Zersetzung, Lähmung und Zerstörung der sozialistischen Gesellschaft „von innen her“ durch die Irreführung ihrer Bevölkerung, die Erzeugung künstlicher Konflikte, die Inspirierung und Organisation politischer ⇒ Untergrundtätigkeit in Gestalt einer „Menschen- und Bürgerrechtsbewegung“, die Organisation des staatsfeindlichen Menschenhandels und rechtswidriger Ersuchen zur Übersiedlung in das kapitalistische Ausland sowie staatsfeindliche Hetze bewirken.

Die M. trägt innerhalb der ⇒ politisch-ideologischen Diversion und der psychologischen Kriegführung des Gegners einen ausgeprägt subversiven Charakter. Zugleich ist sie strategisch und langfristig angelegter Bestandteil der offiziellen Regierungspolitik der imperialistischen Mächte, Grundlage der subversiven Tätigkeit einer Vielzahl feindlicher Organisationen und ist kombiniert mit feindlichen Aktivitäten des Imperialismus auf den Gebieten Außenpolitik, Militär- und Rüstungspolitik, Außenhandelspolitik -, mit der Forcierung materieller Kriegsvorbereitungen, mit politischem und ökonomischem Boykott und Störmaßnahmen.

Der offensive, vorbeugende, schadensverhütende Kampf des MfS gegen die M. besitzt große und wachsende Bedeutung. Als Bestandteil ihres Feindbildes müssen unsere Mitarbeiter und IM daher genaue Kenntnis über die Rolle der M. in der Klassenauseinandersetzung haben.

* Suckut, Siegfried (Hrsg.): Das Wörterbuch der Staatssicherheit. Definitionen zur „politisch-operativen Arbeit“, Berlin 1996

BSIU
000271

Leiter: Eduard Stapel Bis Juli 84 3014 Magdeburg
Leipziger Straße 55
Tel. 480 71
3592 Bismark
Neue Str. 2

12.10. 83 Startgespräch
24.10. 83 Hagdeburger Schwule über sich
14.11. 83 Schwule Partnerschaft
28.11. 83 Wie sage ich es meinen Eltern, Kollegen ...?
12,12. 83 Adventsfeier
22.12. 83 Gemütliches Beisammensein
26.12. 83 Weihnachtsfeier
16.01. 84 Feer Graupe (Hagdeburger) : Lebensbedingungen der Homosexualität
30.01. 84 Eduard Stapel (Hagdeburger): Homosexualität und Bibel
13.02. 84 Michael Ochs (Leipzig): Die Geschichte des § 175
27.02. 84 Lesbenabend
12.03. 84 Beate Menke (Hagdeburger): Homosexualität und Drittes Reich
26.03. 84 Sascha Largé (Hagdeburger): Arbeiterparteien zur Homosexualienfrage (1902-1932)
09.04. 84 Coming-out-abend (Jürgen Stellmacher, Eduard Stapel Hagdeburger)
30.04. 84 Lesben-abend (Berliner Lesben)
14.05. 84 Beate Menke (Hagdeburger): Robert Menke "Die geschützten Männer"
19./20.05. 100 Jahre Stadtmission-wir feiern mit
28.05. 84 Dr. Kurt Bach (Hohannölsen): Homosexualität in der Sexualerziehung
02.06. 84 wir feiern Thomas' Geburtstag
Jahresschneeball im Kulturpark Rothenhorn (Karten bis 10.05. 84)
16.06. 84 Dr. Hync Richter (Institut für Immunbiologie Leipzig): AIDS-die neue "Schwulenkrankheit" ?
30.06. 84 shnung der homosexuellen KZ-Opfer in Buchenwald (Treffpunkt 12.00 Uhr vor dem Hauptbahnhof Weimar) und in Sachsenhausen
01.07. 84 Lieber ein warmer Bruder als ein kalter Krieger Friedenssonntag im Dom Hagdeburg (9-18.00 Uhr)
02.07. 84 Norbert Bischoff (Berlin): Unterschiedliche Sie, der Schwule bin ich (Friederprogramm)

Dokument 6: BStU Ast. Magdeburg AOP 9/91; Band 1, Bl. 271f.

BSIU
000272

03.09. 84	Günter Grau (Berlin): Von der Achtung mx zum Vorurteil Homosexuelle Kriminalfälle in der Geschichte
x 17.09. 84	Die Macht der Norm in der herrschaftsstrukturierten Gesellschaft / Inge Berndt (Leipzig)
x 01.10. 84	Dr. Manfred Funge (Berlin): Homosexuelle in der Kirche ? ... und die alten armen - Alternabend
x 15.10. 84	HR Dr. K. Schiffer (Berlin): Außenwelter in der Literatur
x 29.10. 84	Robert Marohn (Leipzig): Mein plattes Gesicht (Lesung)
x 26.11. 84	Selbstmordgefährdung und abnorme Reaktionen (mx Dr. K. Schiffer/Berlin)
10.12. 84	Siehe 03.09. 84 (dieses Wk. auf den 10.12.84 verlegt, der 03.09. bleibt)
23.12. 84	Weihnachtsfeier

Dieses Programm ist unverbindlich und kann noch geändert werden.
Die Veranstaltungen finden in der Regel in Hagenburg, Leibnitzstr. 48,
Stadtmission, statt. Sie beginnen jeweils 19,30 Uhr.
Eingeladen ist jeder, der mit Schwestern ins Gespräch kommen möchte,
Schule, Interessierte, "Gegner"....
Mögliche Anfragen bitte an Guerd Stapel (siehe oben) richten.

x noch nicht sicher (09.05. 84)

SCHWULE IN DER KIRCHE
Arbeitskreis Homosexuelle Selbsthilfe bei der Bekenntnisgemeinschaft
1193 Berlin, Plessner Straße 3-4

Vorläufiges Programm für das 1. Halbjahr 1984

8. 1. Eröffnungsabend: Peter Waschinsky spielt ...
22. 1. "Zu sagen weiß ich nur das Meine - entschuldigen Sie, der Schwule bin ich"
Lieder mit Norbert Bischof
5. 2. "Schule in der Kirche?"
Dr. Manfred Funge, Studienabteilung des Bundes der ev. Kirchen in der DDR, stellt eine neue Arbeit vor
19. 2. "Wie wollt Ihr mit uns umgehen?" - Ein Abend mit Rainer Eppelmann
24. 2. "Trübel, Pummel, Heiterkeit ..." - Unser Maskenball (Kostümzwang)
ab 18.00 Uhr im Gemeindesaal der Erlösergemeinde, Noldnerstraße
4. 3. offener Gesprächsabend
18. 3. Prof. Dr. sc. theol. Pink, Direktor der Sektion Theologie der Humboldt-Universität zu Berlin:
"Schwule Partnerschaften"
4. 4. "Annähern und verweigern" - Gert Neumann-Mies
15. 4. Pfr. Dieter Ziebarth, Berlin:
"Kirchliche Sexualmoral und die Menschlichkeit der Sexualität"
22. 4. "Vom Eise befreit ..." - Unser Osterzoo
5. 5. Inge Berndt:
"Die Macht der Norm in der herrschaftsstrukturierten Gesellschaft, Gefahren und Chancen der Randgruppen"
13. 5. Zu einem Buch von Hans "Ausgewählte in der Literatur"
Vortrag von MR Dr. med. Klaus Schäfer, Berlin
27. 5. offener Gesprächsabend
10. 6. Pfingstausflug
24. 6. "Rosa Winkel - Die Verfolgung der Homosexuellen im Dritten Reich"
30. 6. Ehrung im KZ-Sachsenhausen anlässlich des CHRISTOPHER-STREET-DAY
8. 7. Friedenswerkstatt '84
7. 7. offener Gesprächsabend
(Änderungen möglich)

Alle sind herzlich eingeladen!

SCHWULE IN DER KIRCHE gibt es seit Juli 1983. In unserem Arbeitskreis arbeiten Christen und Nichtchristen zusammen. Wir meinen, daß unsere Situation in der Gesellschaft nicht zufriedenstellend ist. Wir wollen darüber mit allen Schwulen ins Gespräch kommen. Selbstverständlich ist es auch wichtig, daß Heterosexuelle von unserer Situation erfahren - sie sind jederzeit eingeladen, mit uns zu sprechen.
Wer noch mit niemandem über seine Homosexualität reden konnte oder überhaupt Probleme mit seiner Sexualität hat und wer mit seiner Homosexualität Probleme in der Öffentlichkeit, im Beruf, in seiner Familie oder in seiner Gemeinde hat, kann bei uns sicher Gesprächspartner finden.

Anfragen:
Christian Pulz und Karsten Friedel
1040 Berlin, Rheinsberger Straße 16

Nur für innerkirchlichen Dienstgebrauch!

Quelle: MS "Andreas Kramer" Magdeburg, 3. November 1983
angen.: Hptm. Rulff

Abschrift

Magdeburg, d. 2. 11. 83

Bericht

Aufklärung einer evangelischen Vereinigung

Bereits im Sommer 83 wurde mir bekannt, daß sich in Magdeburg eine evangelische Vereinigung von homo- und heterosexuellen Personen etablieren soll, unter dem Oberbegriff Friedensbewegung in Magdeburg, aktiv werden soll.

Diese Information konnte ich damals nach dem evangelischen Kirchentag in der Gaststätte "An der Glacis" (genannt Bella) erarbeiten.

Ca. vor 14 Tagen wurde mir bekannt, daß sich diese geplante Vereinigung bereits in Magdeburg etabliert hat. Die Information darüber erhielt ich von der Serviererin der Gaststätte "Heindorf" in der Dodendorferstraße. Der Vorname ist Sabine, Diese weibl. Person ist nach eigenen Angaben in der Leitung dieser Vereinigung tätig. Ins Leben gerufen wurde diese Vereinigung, welche sich selbst Arbeitskreis nennt, von einem Vikar aus Halle. Der Name ist Eddi. Nach Angaben der Sabine und des Koches (aus der gleichen Gaststätte), Vorname Wolfgang, finden die Treffs dieses Arbeitskreises wöchentlich um 19.30 (Montags) in der Leibnitzstraße 48 statt. Die Treffs der Leitung finden in Privatwohnungen statt. (Nähere Angaben sind noch nicht bekannt.) Bedingt durch einen guten Kontakt zu der Sabine und dem Wolfgang wurde vor kurzer Zeit durch diese das Ansinnen an mich herangetragen, mir die Arbeit dieses Arbeitskreises einmal anzusehen. Unter dem Aspekt "Wir brauchen intelligente Leute" versuchte sie mich für die Mitarbeit in diesem "Arbeitskreis" zu werben. Ich ging bisher auf dieses Anliegen nicht sofort ein, werde aber nach heutigem Treff und des erhaltenen Auftrages, konkrete Schritte unternehmen und unter Beachtung der Konspiration, in diesen sogenannten "Arbeitskreis" einzudringen.

Bisher konnte ich zu dieser Vereinigung folgende Personen als Teilnehmer erarbeiten:

BStU
000029

2

1. Sabine s. oben
2. Wolfgang s. oben
3. Zahnarzt (Vorname Reiner)
4. Mitarbeiter der Kunsthandlung "Burggalerie"
(Vorname Wolfgang)
5. Eddi s. oben
6. ehemaliger Pauschalkellner im O.V.G.-Club, Vorname
Stefan (Bruder DDR ungesetzlich verlassen).

Die Realisierung des Auftrages wird mit sofortiger Wirkung
in Angriff genommen.

gez. "Andreas Kramer"

F. d. R. d. A.
Koth
Koth, Fw.

BStU
000032

Magdeburg, 7. November 1983

Quelle: IMS "Vera Jansen"
angen.: Nptm. Rulff

Abschrift

Magdeburg, 4. 11. 1983

Bericht

Konzentrationspunkt homosexueller Personen, unter Abdeckung
der evangelischen Kirche

Im Juli 1983 erhielt ich erstmals davon Kenntnis, daß ca. im
Oktober 1983 ein evangelischer Vikar aus Halle in Magdeburg
einen sogenannten Treffpunkt Homosexueller einrichten will.
Diese Information erhielt ich damals durch die Person

[REDACTED] Thomas
ca. 30 Jahre
1943
Magdeburg, Juri-Cäcilie-Straße.

Dieser [REDACTED] ist absolut homosexuell bzw. "stockschwul".

Nach Angaben dieser Person will dieser ev. Vikar in Magdeburg
einmal etwas tolles aufziehen, wobei dieser "Homosexuelle Club"
unter den Deckmantel der evangelischen Kirche eingerichtet wird.

Im September 1983 erhielt ich im nachhinein von anderen homo-
sexuellen Personen die Bestätigung für diesen Sachverhalt. Diese
Bestätigung wurden mir durch die Personen

[REDACTED], Norbert und
[REDACTED], Frank

vor kurzer Zeit gegeben.

Weitere Informationen sind z. Z. noch nicht bekannt.

gez. "Vera Jansen"

F. d. R. d. A.
Koth
Koth, Fw.

Abteilung XXIA

3x BSJ 000064 Magdeburg

Zu der Abteilung XX bekannte homosexuelle MA (H) bzw. MA mit
Einstellungseigenschaften

IMs "Achim Niemann" Reg.-Nr. VII/569/76	Bv Magdeburg, Abteilung XXIA MA: SCHULZ	H
IMs "Rolf Hirsch" Reg.-Nr. VII/545/76	Bv Magdeburg, KO Magdeburg MA: TOEHLER	H eingesetzt in der OPK "Dienst der KO Magdeburg" Teilnehmer OPR-Tg. v. 01.10.83
IMs "Klaus Bayer" Reg.-Nr. VII/545/76	Bv Magdeburg, KO Magdeburg MA: REBEL	H
IMs "Günther Granda" Reg.-Nr. VII/377/77	Bv Magdeburg, Abteilung XXIA MA:	loser Kontakt zum homosexuellen (Mafin [29.12.83] - Postkontrolle des AKF des 13. Regs.
IMs "Klaus" Reg.-Nr. VII/909/76	Bv Magdeburg, Abteilung XXIA MA: KREMER	
IMs "Rog" Reg.-Nr. VII/909/76	Bv Magdeburg, Abteilung XXIA MA: BÄRMINGHAUSEN	AKF/MA
IMs "Jan Stüblich" Reg.-Nr. VII/909/76	Bv Magdeburg, KO Stüblich MA: Fröhlich	Teilnehmer OPR-Tgung vom 01.10.83
IMs "Kernmann Schaper" Reg.-Nr. VII/909/76	Bv Magdeburg, Abteilung VII MA: WITT	Stand: 1979
Alm "Karl Krause" chem. Reg.-Nr. VII/150/77	Bv Magdeburg, Abteilung XXIA	H
Alm "Tito Belkous" chem. Reg.-Nr. VII/169/75	Bv Magdeburg, KO Magdeburg	H
Alm "Kerwig" chem. Reg.-Nr. VII/174/74	Bv Magdeburg, Abteilung XXIA	H
Alm "Sob" 174	Bv Magdeburg, KO Magdeburg	H

Dokument 10: BStU Ast. Magdeburg Abt. XX ZMA 5349-I, Bl. 64, 66

IMs

Bv Neubrandenburg
Abteilung XXIA
MA: TILDE

(Ch. km - 16.12.81 / 83 v. 27.09.83)

IM/KZ VPK Belitzsch

Bv VPK
KO Belitzsch
 Teilnehmer OPR-Tgung vom 01.10.83 || IMs "Peter Riedel" | Bv Halle, KO Eisenach MA: | eingesetzt in der OPK "Graf" der KO Eisenach |
| IMs "Ernst" | Bv Rostock/Oder Abteilung VI MA: WERN | Stand: 1979 |
| IMs "Klaus" | Bv Rostock, Abteilung XX MA: KREMER | Stand: 1977/1984 |

BSJ
000066

ABKÜRZUNGEN UND ERKLÄRUNGEN*

Abkürzungen

A	Maßnahmen A der Abteilung/Linie 26: Telefonüberwachung
AKG	Auswertungs- und Kontrollgruppe
AKHS	Arbeitskreis Homosexualität
AR I	Arbeitsrichtung I (der Kriminalpolizei)
BKG	Bezirkskoordinierungsgruppe
BV	Bezirksverwaltung
DA	Dienstanweisung
DE	Diensteinheit
DVP	Deutsche Volkspolizei
EAK/M	Evangelische Akademie Sachsen-Anhalt (Sitz: Magdeburg)
ESG	Evangelische Studentengemeinde
FIM	Führungs-IM zur Führung anderer IM und GMS
GMS	Gesellschaftlicher Mitarbeiter für Sicherheit
HMK 2	Hinweis- und Merkmalskomplex 2: Vereinigungen und sonstige Zusammenschlüsse von Personen, die sich eine verfassungsfeindliche Tätigkeit zum Ziel setzten
HS	Homosexualität, Homosexuelle
HW	Hauptwohnung
ILGA	International Lesbian and Gay Association
IM	Inoffizieller Mitarbeiter

* u. a.: Abkürzungsverzeichnis. Häufig verwendete Abkürzungen und Begriffe des Ministeriums für Staatssicherheit, Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, Abt. Bildung und Forschung, 2. Auflage, Berlin 1996

ABKÜRZUNGEN UND ERKLÄRUNGEN

IMB	IM der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
IMS	IM für Sicherheit zur politisch-operativen Durchdringung und Sicherung des Verantwortungsbereiches
KD	Kreisdienststelle
KdT	Kammer der Technik
KMU	Karl-Marx-Universität (Leipzig)
Ko	Koordinierungs-
KPS	Evangelische Kirche der Kirchenprovinz Sachsen
KW	Konspirative Wohnung
M	Abteilung M - Postkontrolle; mitunter auch: Magdeburg
MA	Mitarbeiter
MAM	Medizinische Akademie Magdeburg (heute: Universitätsklinik)
MfNV	Ministerium für Nationale Verteidigung
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
NMG	Nationale Mahn- und Gedenkstätte(n)
NSA	Nichtsozialistisches Ausland
NSW	Nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
NW	Nebenwohnung
OKR	Oberkonsistorialrat
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
OWG	Ordnungswidrigkeiten-Gesetz
PID	Politisch-ideologische Diversion
PUT	Politische Untergrundtätigkeit

ABKÜRZUNGEN UND ERKLÄRUNGEN

PZF	Postzollfahndung
RdSt.	Rat der Stadt
SW	Sozialistisches Wirtschaftsgebiet
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VP	Volkspolizei
WBK	Wehrbezirkskommando
WKK	Wehrkreiskommando
ZMA	Zentrale Materialablage

Erklärungen der (Haupt-)Abteilungen

II	Spionageabwehr; Aufklärung von Organisationen, die im Ausland gegen die DDR arbeiten
VI	Reiseverkehr und Tourismus; Paß- und Kontrolleinheit
VII	Abwehrarbeit des Ministeriums des Innern/Deutsche Volkspolizei
IX	Untersuchungen und Vernehmungen
XII	(Zentrale) Auskunft/Speicher, Registratur, Kartei, Aktenverwaltung, Archiv
XV	Aufklärung und Spionage; Informationserarbeitung auch im Inland
XIX	Verkehr, Post, Nachrichtenwesen
XX	Staatsapparat; Parteien (außer SED); Massenorganisationen (außer FDGB); Kammer der Technik; Kunst; Kultur; Kirche; Untergrund

Impressum

Eduard Stapel: Warme Brüder gegen kalte Krieger.
Schwulenbewegung in der DDR im Visier der Staatssicherheit.
(Reihe „Betroffene erinnern sich“, Teil 10)

Herausgeber: Die Landesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen DDR in Sachsen-Anhalt
(Telefon: 0391 - 567 50 51)

Magdeburg, Dezember 1999

Layout: Stefan Nowotzin
